
2018 **Ausgegeben zu Bonn am 7. Dezember 2018** **Nr. 24**

Tag	Inhalt	Seite
29.11.2018	Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland GESTA: XF001	610
29.11.2018	Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) GESTA: XJ001	617
4.12.2018	Gesetz zu der EntschlieÙung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings GESTA: XN001	691
20.11.2018	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Mittelamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration über Finanzielle Zusammenarbeit	706
21.11.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Genfer Fassung des Haager Abkommens über die internationale Eintragung von Designs	708

Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Europäischen Forstinstitut
über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts
in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 29. November 2018

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 7. Dezember 2017 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 1 teilweise und nach seinem Artikel 16 Absatz 2 im Übrigen in Kraft tritt, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 29. November 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Ernährung und Landwirtschaft
Julia Klöckner

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Europäischen Forstinstitut
über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts
in der Bundesrepublik Deutschland

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the European Forest Institute
on the establishment of an office of the European Forest Institute
in the Federal Republic of Germany

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
das Europäische Forstinstitut –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the European Forest Institute –

in Anbetracht dessen, dass das Europäische Forstinstitut, welches durch das am 4. September 2005 in Kraft getretene Übereinkommen vom 28. August 2003 über das Europäische Forstinstitut (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) in Helsinki errichtet wurde, seinen Sitz in Joensuu, Republik Finnland, hat und nunmehr anstrebt, ein Büro in Bonn zu eröffnen,

Noting that the European Forest Institute, which was established in Helsinki by the Convention of 28 August 2003 on the European Forest Institute (hereinafter called “the Convention”) and entered into force on 4 September 2005, is located in Joensuu, Republic of Finland, and is now seeking to open an Office in Bonn;

von dem Wunsch geleitet, die Rechtsstellung des Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland zu regeln, insbesondere hinsichtlich bestimmter Vorrechte und Immunitäten, um es in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen, und hinsichtlich der Maßnahmen für die Umsetzung dieser Vorrechte und Immunitäten –

Desiring to regulate the legal status of the European Forest Institute, of its Office in the Federal Republic of Germany, in particular relating to certain privileges and immunities to enable it to discharge its duties efficiently, and to the measures for the implementation of these privileges and immunities –

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeichnet

1. „Regierung“ die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
2. „Institut“ das Europäische Forstinstitut,
3. „Büro“ den in Bonn ansässigen Teil des Instituts,
4. „Institutsleiter“ die Person, die das Amt des Direktors des Instituts innehat,
5. „Direktor“ den vom Institutsleiter dazu bestimmten Bediensteten, in dessen Namen im Büro zu handeln, wobei der Institutsleiter der Regierung diesen Bediensteten mitteilt,
6. „Räumlichkeiten des Büros“ die Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile, die vom Institut üblicherweise für die Wahrnehmung seiner amtlichen Aufgaben besetzt werden,
7. „Rat“ den Rat des Instituts,
8. „Vorstand“ den Vorstand des Instituts,
9. „Konferenz“ die Konferenz des Instituts,
10. „Büropersonal“ die für das Büro tätigen Bediensteten des Instituts,
11. „Institutspersonal“ das Büropersonal und die für ein anderes Büro des Instituts tätigen Bediensteten des Instituts,

Article 1
Definitions

In this Agreement,

1. “the Government” shall mean the Government of the Federal Republic of Germany;
2. “the Institute” shall mean the European Forest Institute;
3. “the Office” shall mean the part of the Institute located in Bonn;
4. “Head of the Institute” shall mean the person holding the office of Director of the Institute;
5. “the Director” shall mean the official designated by the Head of the Institute to act on his/her behalf in the Office, whereby the Head of the Institute shall notify the Government of this official;
6. “Premises of the Office” shall mean land, buildings and parts of buildings normally occupied by the Institute for the fulfilment of its official functions;
7. “the Council” shall mean the Council of the Institute;
8. “the Board” shall mean the Board of the Institute;
9. “the Conference” shall mean the Conference of the Institute;
10. “Personnel of the Office” shall mean the officials of the Institute working for the Office;
11. “Personnel of the Institute” shall mean the personnel of the Office and the officials of the Institute working for another office of the Institute;

12. „Familienangehörige“ Ehepartner, minderjährige und volljährige unverheiratete Kinder bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die von ihren Eltern wirtschaftlich abhängig sind und in der Bundesrepublik Deutschland in häuslicher Gemeinschaft mit den Eltern leben, eingetragene Lebenspartner, verschiedengeschlechtliche Lebensgefährten und ihre gemeinsamen Kinder bei Nachweis des gemeinsamen Sorgerechts sowie gleichgeschlechtliche Lebenspartner bei Nachweis einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft.

Artikel 2

Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit

Das Institut, bei dem es sich um eine internationale Organisation handelt, besitzt die Rechtsfähigkeit, die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben und die Erfüllung seiner Zwecke notwendig ist. Es verfügt insbesondere über die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern sowie als Partei in einem Gerichtsverfahren aufzutreten. Das Büro ist Teil des Instituts.

Artikel 3

Akademische Freiheit

Das Institut genießt die für die Erfüllung seiner Zwecke erforderliche akademische Freiheit, insbesondere in der Wahl der Themen und Methoden in Forschung und Lehre, der Auswahl der Personen und Institutionen, mit denen es zusammenarbeitet, sowie der freien Meinungsäußerung.

Artikel 4

Immunität von der Gerichtsbarkeit; Vermögenswerte, Gelder und Guthaben

Das Institut und seine Vermögenswerte, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von jeder Gerichtsbarkeit, soweit das Institut nicht im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet. Ein solcher Verzicht auf Immunität umfasst im Zweifel jedoch nicht Vollstreckungsmaßnahmen. Die Vermögenswerte und das Guthaben des Instituts, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

Artikel 5

Räumlichkeiten

(1) Die Räumlichkeiten des Büros sind unverletzlich. Eine Person, die in der Bundesrepublik Deutschland hoheitliche Befugnisse ausübt, darf die Räumlichkeiten des Büros zur Ausübung hoheitlicher Aufgaben nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Direktors und unter den von ihm genehmigten Bedingungen oder auf dessen Ersuchen betreten. Diese Zustimmung wird bei Feuer oder einem anderen Notfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich macht, vermutet.

(2) Das Institut darf nicht zulassen, dass die Räumlichkeiten des Büros für Personen, die der Verhaftung oder einem Gerichtsverfahren entgehen möchten oder gegen die von den zuständigen Behörden eine Auslieferungsanordnung oder ein Abschiebungsbeschluss erlassen worden ist, eine Zuflucht vor der Justiz werden.

(3) Die zuständigen deutschen Behörden stehen in der Pflicht, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Räumlichkeiten des Büros vor jeglichem Eindringen durch unbefugte Personen oder vor Beschädigung zu schützen und um zu verhindern, dass der Friede des Instituts gestört oder die Würde des Instituts beeinträchtigt wird.

12. “Family members” shall mean spouses, minor children and unmarried adult children of less than 25 years of age who are economically dependent on their parents and live under the same roof as the parents in the Federal Republic of Germany; civil partners; opposite-sex partners and their joint children if proof of joint custody is furnished; and same-sex partners if proof of a “civil partnership” that is in keeping with the provisions of the German Act on Civil Partnerships is furnished.

Article 2

Legal personality and legal capacity

The Institute, which is an international organisation, shall enjoy such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its purposes. It shall, in particular, have the capacity to contract, to acquire and dispose of immovable and movable property, and to be a party to legal proceedings. The Office shall form part of the Institute.

Article 3

Academic freedom

The Institute shall enjoy the academic freedom required for the achievement of its purposes, with particular reference to the choice of subjects and methods of research and training, the selection of persons and institutions to share in its task, and freedom of expression.

Article 4

Immunity from legal process; property, funds and assets

The Institute and its property, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process, insofar as the Institute does not expressly waive its immunity in a particular case. In case of doubt, however, such a waiver of immunity shall not extend to any enforcement measures. The property and assets of the Institute, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference by executive, judicial or legislative action.

Article 5

Premises

(1) The premises of the Office shall be inviolable. No person exercising public authority within the Federal Republic of Germany shall be permitted to enter the premises of the Office to exercise any sovereign duties except with the express consent of, and under conditions approved by, the Director, or at his or her request. Such permission shall be assumed in case of fire or other emergency disaster requiring prompt protective action.

(2) The Institute shall not permit the premises of the Office to become a refuge from justice for persons who would like to avoid arrest or service of legal process or against whom an order of extradition or deportation has been issued by the appropriate authorities.

(3) The competent German authorities are under a duty to take reasonable steps to protect the premises of the Office against any intrusion by unauthorised persons, against damage and to prevent any disturbance of the peace of the Institute or impairment of its dignity.

Artikel 6**Unverletzlichkeit der Archive**

Die Archive des Instituts sind unverletzlich. Der Begriff „Archive“ umfasst die gesamten Unterlagen, Manuskripte, Fotografien, Filme und Aufzeichnungen sowie den gesamten Schriftverkehr, die dem Institut gehören oder in seinem Besitz befindlich sind, ungeachtet dessen, wo sie sich befinden und in welcher Form sie aufbewahrt werden.

Artikel 7**Öffentliche Dienstleistungen**

(1) Die Regierung stellt sicher, dass in den Räumlichkeiten des Büros die erforderlichen öffentlichen Versorgungsdienste und Dienstleistungen bereitgestellt werden und diese Bereitstellung zu angemessenen Bedingungen erfolgt.

(2) Besteht oder droht eine Unterbrechung eines dieser Dienste, so erachten die zuständigen Behörden, soweit möglich, die Bedürfnisse des Büros als ebenso wichtig wie die Befugnisse der wichtigsten Stellen der Regierung und ergreifen, soweit erforderlich, entsprechende Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Arbeit des Büros nicht über Gebühr beeinträchtigt wird.

(3) Der Direktor trifft auf Ersuchen geeignete Vorkehrungen, um den entsprechenden öffentlichen Dienstleistungsunternehmen zu ermöglichen, in den Räumlichkeiten des Büros Versorgungseinrichtungen, Leitungen, Kabel und Abwasserrohre zu überprüfen, instand zu setzen, zu warten, auszubessern und neu zu verlegen.

Artikel 8**Nachrichtenverkehr und Veröffentlichungen**

(1) Der gesamte an das Institut oder sein Personal gerichtete amtliche Schrift- und Nachrichtenverkehr sowie der gesamte vom Büro ausgehende amtliche Schrift- und Nachrichtenverkehr sind unverletzlich, wie und in welcher Form auch immer sie übermittelt werden mögen.

(2) Es besteht Einvernehmen darüber, dass das Institut die Rechte des geistigen Eigentums anderer achtet.

Artikel 9**Finanzielle Erleichterungen**

Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, kann das Institut

1. Gelder, Gold oder Devisen jeder Art besitzen sowie Konten in jeder Währung unterhalten,
2. seine Gelder, sein Gold oder seine Devisen frei in die oder aus der Bundesrepublik Deutschland transferieren sowie alle in seinem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln.

Artikel 10**Steuerbefreiung**

(1) Der Direktor und das sonstige Büropersonal sind einer vom Institut für eigene Rechnung erhobenen Steuer auf die ihnen vom Institut gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge unterworfen. Ab dem Zeitpunkt, ab dem diese Steuer erhoben wird, sind der Direktor und das sonstige Büropersonal in der Bundesrepublik Deutschland von der Steuer auf die ihnen vom Institut gezahlten Gehälter, Löhne und Bezüge befreit. Diese Gehälter, Löhne und Bezüge können von der Regierung bei der Festsetzung des auf Einkünfte aus anderen Quellen zu erhebenden Steuersatzes berücksichtigt werden.

(2) Absatz 1 ist auf Pensionen und Renten, die an frühere Direktoren und früheres sonstiges Büropersonal gezahlt werden, nicht anzuwenden.

Article 6**Inviolability of archives**

The archives of the Institute shall be inviolable. The term “archives” shall include all records, correspondence, manuscripts, photographs, films and recordings belonging to or held by the Institute, wherever located and in whatever form they are stored.

Article 7**Public services**

(1) The Government shall ensure that the premises of the Office shall be supplied with the necessary public utilities and services, and that such public utilities and services shall be supplied on equitable terms.

(2) In case of any interruption or threatened interruption of any such services, the appropriate authorities shall, insofar as possible, consider the needs of the Office as being of equal importance to those of essential agencies of the Government and shall, to the extent necessary, take steps accordingly to ensure that the work of the Office is not unduly affected.

(3) The Director shall, upon request, make suitable arrangements to enable the appropriate public service bodies to inspect, repair, maintain, reconstruct and relocate utilities, conduits, mains and sewers within the premises of the Office.

Article 8**Communications and publications**

(1) All official correspondence and official communications directed to the Institute, or to any of its personnel, and all official outward correspondence and official communications, by whatever means and in whatever form they are transmitted, shall be inviolable.

(2) It is understood that the Institute shall respect intellectual property rights rightfully held by others.

Article 9**Financial facilities**

Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria, the Institute may:

1. hold funds, gold or currency of any kind and operate accounts in any currency;
2. freely transfer its funds, gold or currency to or from the Federal Republic of Germany and convert any currency held by it into any other currency.

Article 10**Tax exemption**

(1) The Director and the other personnel of the Office shall be liable to a tax by the Institute for its own account on the salaries, wages and emoluments paid to them by the Institute. From the date on which the tax is applied, the Director and the other personnel of the Office shall be exempted from taxation in the Federal Republic of Germany on the salaries, wages and emoluments paid to them by the Institute. These salaries, wages and emoluments may be taken into account by the Government in the determination of its rate of tax to be applied to income from other sources.

(2) Paragraph 1 shall not be applied to pensions and annuities paid to former Directors and former personnel of the Office.

Artikel 11**Sozialversicherung**

Das Institut, der Direktor und das sonstige Büropersonal sind von allen Pflichtbeiträgen zu Sozialversicherungssystemen der Bundesrepublik Deutschland befreit, sofern ein zwischen den Vertragsparteien des Übereinkommens vereinbartes Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten des Instituts und seines Personals für die Bundesrepublik Deutschland und die drei weiteren Vertragsparteien des Übereinkommens, in denen ein Büro des Instituts ansässig ist, in Kraft getreten ist, das die Befreiung von allen Pflichtbeiträgen zu den nationalen Sozialversicherungssystemen vorsieht und das Erfordernis erfüllt, dem Direktor und dem sonstigen Büropersonal einen angemessenen Sozialversicherungsschutz zu gewähren.

Artikel 12**Einreise, Durchreise und Wohnsitz**

(1) Die Regierung ergreift im Einklang mit dem innerstaatlichen und europäischen Recht alle erforderlichen Maßnahmen, um den im Folgenden aufgeführten Personen die Einreise in das, den Aufenthalt im und die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der amtlichen Tätigkeit dieser Personen für das Institut zu erleichtern:

1. Vertreter der Mitglieder des Instituts und des Vorstands des Instituts sowie der assoziierten Mitglieder der Konferenz,
2. der Institutsleiter, der Direktor und das sonstige Institutspersonal sowie deren Familienangehörige,
3. Sachverständige im Auftrag, Stipendiaten und Trainees des Instituts sowie deren Familienangehörige,
4. andere Personen, die vom Institut zu amtlicher Tätigkeit eingeladen wurden.

(2) Zu den Erleichterungen nach Absatz 1 zählt die gebührenfreie und möglichst umgehende Erteilung von Visa, sofern dies für die in Absatz 1 genannten Personen erforderlich ist, sowie die Befreiung von der Ausländermeldepflicht, sofern die betreffenden Personen im Besitz eines durch die Regierung ausgestellten Sonderausweises sind. Die Vorschriften zur allgemeinen Meldepflicht bleiben hiervon unberührt.

(3) Der Direktor und das sonstige Büropersonal sowie deren Familienangehörige und Sachverständige im Auftrag benötigen keine Arbeitserlaubnis.

Artikel 13**Mitglieder des Rates und des Vorstands, Personal und Sachverständige im Auftrag**

(1) Die Vertreter der Mitglieder des Instituts, die Mitglieder des Vorstands, die Vertreter der assoziierten Mitglieder der Konferenz, der Institutsleiter, der Direktor, das sonstige Institutspersonal sowie die Sachverständigen im Auftrag genießen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich aller von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen.

(2) Der Institutsleiter, der Direktor, das sonstige Institutspersonal und Sachverständige im Auftrag, bei denen es sich nicht um deutsche Staatsangehörige oder in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässige Personen handelt,

1. sind ferner von jeder nationalen Dienstverpflichtung befreit,
2. genießen ferner bei Devisenerleichterungen die Vorrechte wie in vergleichbarem Rang stehende Bedienstete, die diplomatischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland angehören,
3. erhalten ferner, gemeinsam mit ihren Familienangehörigen, in Zeiten internationaler Krisen die Erleichterungen bezüglich ihrer Heimschaffung wie Diplomaten.

Article 11**Social security**

The Institute, the Director and the other personnel of the Office shall be exempt from all compulsory contributions to social security schemes of the Federal Republic of Germany, insofar as a protocol agreed between the parties to the Convention on privileges and immunities for the Institute and its personnel has entered into force for the Federal Republic of Germany and the three other parties to the Convention which host an office of the Institute, and provides for exemption from all compulsory contributions to the national social security systems and meets the requirement that the Institute should ensure adequate social security coverage for the Director and the other personnel of the Office.

Article 12**Entry, transit and residence**

(1) The Government shall take all necessary measures, in accordance with national and European law, to facilitate the entry into, residence in and transit through the territory of the Federal Republic of Germany of the persons listed below for the purposes of these persons' official business in connection with the Institute:

1. representatives of the Members of the Institute, and of the Board of the Institute, and of Associate Members at the Conference;
2. the Head of the Institute, the Director and other personnel of the Institute and their family members;
3. experts on mission, fellows, and trainees of the Institute and their family members;
4. other persons invited by the Institute on official business.

(2) The facilitations provided for in paragraph 1 shall include the granting of visas without charge and as promptly as possible where required for persons referred to in paragraph 1, and the exemption from the aliens' registration requirements, insofar as the respective persons possess a special permit issued by the government. The regulations on general registration requirements shall remain unaffected by this.

(3) The Director and the other personnel of the Office, and their family members, as well as experts on mission shall not require any work permit.

Article 13**Members of the Council, the Board, personnel, and experts on mission**

(1) Representatives of the Members of the Institute, members of the Board, representatives of the Associate Members at the Conference, the Head of the Institute, the Director, the other personnel of the Institute and experts on mission, regardless of nationality, shall be accorded immunity from legal process in respect of words spoken and written and of all acts performed by them in their official capacity.

(2) In addition, the Head of the Institute, the Director, the other personnel of the Office and experts on mission who are not German nationals or residents of the Federal Republic of Germany shall:

1. be exempt from national service obligations;
2. be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to officials of comparable rank forming part of diplomatic missions in the Federal Republic of Germany;
3. be given, together with their family members, the same repatriation facilities in times of international crisis as diplomats.

(3) Die Immunität von der Gerichtsbarkeit wird nicht im Falle von Straßenverkehrsdelikten, die durch die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen begangen werden, oder im Falle von Schäden, die durch ein diesen Personen gehörendes oder von ihnen geführtes Fahrzeug verursacht werden, gewährt.

(4) Die Vorrechte und Immunitäten durch dieses Abkommen werden im Interesse des Instituts und nicht zum persönlichen Vorteil der betreffenden Personen gewährt. Die betreffende Vertragspartei des Übereinkommens ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität eines Mitglieds des Rates in allen Fällen aufzuheben, in denen ihrer Auffassung nach die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen des Instituts aufgehoben werden kann. Der Vorsitzende des Vorstands hat entsprechende Rechte und Pflichten gegenüber den Mitgliedern des Vorstands; der Institutsleiter hat entsprechende Rechte und Pflichten gegenüber dem sonstigen Institutspersonal und den Sachverständigen im Auftrag.

Artikel 14

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Alle Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Regierung und den Institutsleiter beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt wird. Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und diese zwei Mitglieder einigen sich auf einen dritten Vertreter als Obmann. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will. Werden die genannten Fristen nicht eingehalten, so kann jede Vertragspartei in Ermangelung einer anderen einschlägigen Übereinkunft den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf der Grundlage dieses Abkommens und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertreter in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen bestimmt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 15

Allgemeine Bestimmungen

(1) Unbeschadet der durch dieses Abkommen gewährten Vorrechte und Immunitäten sind alle Personen, die diese Vorrechte und Immunitäten genießen, verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zu achten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen.

(2) Der Institutsleiter trifft alle Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass kein Missbrauch der durch dieses Abkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten stattfindet, und erlässt zu diesem Zweck die für notwendig und zweckmäßig erachteten Regeln und Vorschriften für das sonstige Institutspersonal und die anderen dafür in Betracht kommenden Personen. Sollte die Regierung der Auffassung sein, dass ein Missbrauch der durch dieses Abkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten vorliegt, so werden auf Ersuchen zwischen dem Institutsleiter und den zuständigen Behörden Konsultationen abgehalten, um festzustellen, ob ein solcher Missbrauch vorliegt. Führen diese Konsulta-

(3) No immunity from legal process shall apply in case of a road traffic offence committed by persons referred to in paragraphs 1 and 2 or in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by these persons.

(4) Privileges and immunities are granted by this Agreement in the interest of the Institute and not for the personal benefit of the individuals themselves. The respective Party to the Convention shall have the right and duty to waive the immunity of a member of the Council in any case where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and where it can be waived without prejudice to the interests of the Institute. The Chairman of the Board shall have a similar right and duty in respect of members of the Board; the Head of the Institute shall have a similar right and duty in respect of other personnel of the Institute and experts on mission.

Article 14

Settlement of disputes

(1) Any dispute between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, insofar as is possible, be settled by the Government and the Head of the Institute.

(2) If a dispute cannot thus be settled, either Contracting Party may require the dispute to be submitted to an arbitral tribunal for a decision to be made. Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall agree upon a third representative to act as chairman. The members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, from the date on which either Contracting Party has informed the other Contracting Party that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal. If the periods specified above are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(3) The tribunal shall decide by a majority of votes based upon this Agreement and upon general international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its representatives in the arbitral proceedings; the costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In other respects, the arbitral tribunal shall lay down its proceedings itself.

Article 15

General provisions

(1) Without prejudice to the privileges and immunities accorded by this Agreement, it shall be the duty of all persons enjoying such privileges and immunities to observe the laws and regulations of the Federal Republic of Germany. They shall also have a duty not to interfere in the internal affairs of the Federal Republic of Germany.

(2) The Head of the Institute shall take every precaution to ensure that no abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement shall occur, and for this purpose shall establish such rules and regulations as may be deemed necessary and expedient in respect of the other personnel of the Institute and of such other persons as may be appropriate. Should the Government consider that an abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement has occurred, the Head of the Institute shall, upon request, consult with the appropriate authorities to determine whether any such abuse has occurred. If such consultations fail to achieve a satisfactory result the matter shall be de-

tionen nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis, so wird die Angelegenheit nach dem in Artikel 14 Absatz 2 festgelegten Verfahren entschieden.

(3) Dieses Abkommen gilt für alle Personen in seinem Geltungsbereich, ungeachtet dessen, ob die Regierung mit dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, diplomatische Beziehungen unterhält, und ungeachtet dessen, ob der Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, Mitgliedern diplomatischer Missionen oder Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland ähnliche Vorrechte oder Immunitäten gewährt.

(4) Dieses Abkommen ist im Lichte seines eigentlichen Zwecks auszulegen, der darin besteht, das Institut in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben uneingeschränkt und wirksam wahrzunehmen.

Artikel 16

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen tritt mit Ausnahme der Artikel 10 und 11 an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Artikel 10 und 11 treten an dem Tag in Kraft, an dem ein zwischen den Vertragsparteien des Übereinkommens vereinbartes Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten des Instituts und seines Personals für die Bundesrepublik Deutschland und die drei weiteren Vertragsparteien des Übereinkommens, in denen ein Büro des Instituts ansässig ist, in Kraft getreten ist, wobei der Tag des Inkrafttretens des Protokolls für die letzte der vier Vertragsparteien maßgebend ist. Artikel 10 und 11 treten jedoch nicht vor dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt in Kraft.

(3) Dieses Abkommen gilt für einen unbegrenzten Zeitraum.

(4) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich beenden. Die Beendigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation über die Beendigung bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(5) Dieses Abkommen kann auch durch schriftliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien einvernehmlich beendet werden.

Geschehen zu Helsinki am 7. Dezember 2017 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

terminated in accordance with the procedure set out in Article 14, paragraph 2.

(3) This Agreement shall apply to any person within its scope irrespective of whether the Government maintains diplomatic relations with the State to which such person belongs or not, and irrespective of whether the State to which such person belongs grants a similar privilege or immunity to members of diplomatic missions or nationals of the Federal Republic of Germany.

(4) This Agreement shall be construed in the light of its primary purpose of enabling the Institute to discharge fully and effectively its functions.

Article 16

Final clauses

(1) This Agreement shall, with the exception of Article 10 and Article 11, enter into force on the day on which both Contracting Parties have notified each other that their respective requirements for such entry into force have been fulfilled. The relevant day shall be the day on which the last notification has been received.

(2) Article 10 and Article 11 shall enter into force from the date on which a protocol agreed between the parties to the Convention on privileges and immunities for the Institute and its personnel has entered into force for the Federal Republic of Germany and the three other parties to the Convention which host an office of the Institute, whereby the day on which the Protocol entered into force in the last of the four Contracting Parties is decisive. Article 10 and Article 11 shall, however, not enter into force prior to the date referred to in subsection 1.

(3) This Agreement shall apply for an indefinite period.

(4) Any Contracting Party may at any time terminate this Agreement in written form. The termination shall take effect one year after the other Contracting Party receives notification of this termination.

(5) This Agreement may also be terminated by written agreement subject to mutual consent between the Contracting Parties.

Done at Helsinki on 7. Dezember 2017 in duplicate, in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Detlef Lingemann

Für das Europäische Forstinstitut
For the European Forest Institute

Marc Palahi

**Gesetz
zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen
(Übereinkommen von Hongkong)**

Vom 29. November 2018

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) wird zugestimmt. Das Übereinkommen von Hongkong wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 29. November 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Internationales Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen

Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009

Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009

(Übersetzung)

The parties to this convention,

Les Parties à la présente Convention,

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

noting the growing concerns about safety, health, the environment and welfare matters in the ship recycling industry,

notant les préoccupations croissantes à l'égard des questions de sécurité, de santé, d'environnement et de bien-être dans l'industrie du recyclage des navires,

in Anbetracht der wachsenden Besorgnis über die Sicherheit, die Gesundheit, die Umwelt und soziale Fragen in der Schiffsrecyclingindustrie;

recognizing that recycling of ships contributes to sustainable development and, as such, is the best option for ships that have reached the end of their operating life,

reconnaissant que le recyclage des navires contribue au développement durable et qu'en tant que tel, il constitue la meilleure solution pour les navires ayant atteint la fin de leur vie opérationnelle,

in der Erkenntnis, dass das Recycling von Schiffen einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet und somit die beste Lösung für Schiffe darstellt, die am Ende ihrer Betriebsdauer angelangt sind;

recalling resolution A.962(23), adopted by the Assembly of the International Maritime Organization (Guidelines on Ship Recycling); amendments to the Guidelines adopted by resolution A.980(24); Decision VI/24 of the Sixth Meeting of the Conference of the Parties to the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal, which adopted Technical Guidelines for the Environmentally Sound Management of the Full and Partial Dismantling of Ships; and the Guidelines approved by the 289th session of the Governing Body of the International Labour Office (Safety and Health in Shipbreaking: Guidelines for Asian countries and Turkey),

rappelant la résolution A.962(23), adoptée par l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale (Directives sur le recyclage des navires), les amendements à ces directives qui ont été adoptés par la résolution A.980(24), la décision VI/24 de la sixième réunion de la Conférence des Parties à la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination, qui a adopté les Directives techniques pour la gestion écologiquement rationnelle du démantèlement intégral ou partiel des navires, et les Principes directeurs approuvés par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail à sa 289ème session (Sécurité et santé dans le secteur de la démolition de navires: Principes directeurs pour les pays d'Asie et la Turquie),

unter Hinweis auf die von der Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommene Entschliebung A.962(23) (Richtlinien zum Recycling von Schiffen), die mit der Entschliebung A.980(24) angenommenen Änderungen der Richtlinien, den Beschluss VI/24 der sechsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, auf der Technische Richtlinien für die umweltgerechte Behandlung bei der vollständigen und der teilweisen Zerlegung von Schiffen angenommen wurden, sowie auf die auf der 289. Tagung des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation genehmigten Leitlinien (Sicherheit und Gesundheit beim Abwracken von Schiffen: Leitlinien für asiatische Länder und die Türkei);

recalling also resolution A.981(24), by which the Assembly of the International Maritime Organization requested the Organization's Marine Environment Protection Committee to develop a legally-binding instrument on ship recycling,

rappelant aussi la résolution A.981(24), par laquelle l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale invitait le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation à élaborer un instrument ayant force obligatoire sur le recyclage des navires,

ferner unter Hinweis auf die Entschliebung A.981(24), durch die die Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation den Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt aufgefordert hat, eine rechtsverbindliche Übereinkunft für das Recycling von Schiffen auszuarbeiten;

noting also the role of the International Labour Organization in protecting the occupational safety and health of workers involved in ship recycling,

notant également le rôle que joue l'Organisation internationale du Travail en protégeant la sécurité et la santé au travail des travailleurs participant au recyclage des navires,

ferner in Anbetracht der Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Gewährleistung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeiter, die mit dem Recycling von Schiffen zu tun haben;

noting further the role of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal in protecting human health and the environment against the adverse effects which may result from such wastes,

mindful of the precautionary approach set out in Principle 15 of the Rio Declaration on Environment and Development and referred to in resolution MEPC.67(37), adopted by the Organization's Marine Environment Protection Committee on 15 September 1995,

mindful also of the need to promote the substitution of hazardous materials in the construction and maintenance of ships by less hazardous, or preferably, non-hazardous materials, without compromising the ships' safety, the safety and health of seafarers and the ships' operational efficiency,

resolved to effectively address, in a legally-binding instrument, the environmental, occupational health and safety risks related to ship recycling, taking into account the particular characteristics of maritime transport and the need to secure the smooth withdrawal of ships that have reached the end of their operating lives,

considering that these objectives may best be achieved by the conclusion of an international Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships,

have agreed as follows:

Article 1

General obligations

1 Each Party to this Convention undertakes to give full and complete effect to its provisions in order to prevent, reduce, minimize and, to the extent practicable, eliminate accidents, injuries and other adverse effects on human health and the environment caused by Ship Recycling, and enhance ship safety, protection of human health and the environment throughout a ship's operating life.

2 No provision of this Convention shall be interpreted as preventing a Party from taking, individually or jointly, more stringent measures consistent with international law, with respect to the safe and environmentally sound recycling of ships, in order to prevent, reduce or minimize any adverse effects on human health and the environment.

notant en outre le rôle que joue la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination en protégeant la santé humaine et l'environnement contre les effets nocifs qui peuvent résulter de ces déchets,

ayant à l'esprit l'approche de précaution énoncée au Principe 15 de la Déclaration de Rio sur l'environnement et le développement et mentionnée dans la résolution MEPC.67(37), que le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation a adoptée le 15 septembre 1995,

ayant aussi à l'esprit la nécessité de promouvoir le remplacement des matières potentiellement dangereuses utilisées dans la construction et l'entretien des navires par des matières moins potentiellement dangereuses ou, de préférence, des matières qui ne sont pas potentiellement dangereuses, sans compromettre la sécurité des navires, la sécurité et la santé des gens de mer et l'efficacité de l'exploitation des navires,

résolues à remédier efficacement, dans un instrument ayant force obligatoire, aux risques pour l'environnement et pour la sécurité et la santé au travail qui sont liés au recyclage des navires, tout en prenant en considération les caractéristiques particulières du transport par mer et la nécessité de garantir le bon déroulement du retrait des navires qui ont atteint la fin de leur vie opérationnelle,

considérant que le meilleur moyen d'atteindre ces objectifs est d'adopter une convention internationale pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires,

sont convenues de ce qui suit:

Article Premier

Obligations générales

1 Chaque Partie à la présente Convention s'engage à donner plein et entier effet à ses dispositions afin de prévenir, de limiter, de réduire au minimum et, dans la mesure où cela est possible dans la pratique, d'éliminer les accidents, lésions corporelles et autres effets dommageables du recyclage des navires sur la santé de l'homme et sur l'environnement et de renforcer la sécurité des navires, la protection de la santé de l'homme et de l'environnement pendant toute la vie opérationnelle d'un navire.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme empêchant une Partie de prendre, individuellement ou conjointement avec d'autres Parties, des mesures plus rigoureuses conformes au droit international, en matière de recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, afin de prévenir, de limiter ou de réduire au minimum tout effet dommageable sur la santé de l'homme et sur l'environnement.

ferner in Anbetracht der Rolle des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die solche Abfälle haben können;

eingedenk des Vorsorgeprinzips, das in Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung niedergelegt ist und auf das die am 15. September 1995 vom Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt angenommene Entschließung MEPC.67(37) Bezug nimmt;

ferner eingedenk der Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, dass beim Bau und bei der Instandhaltung von Schiffen gefährliche Materialien durch weniger gefährliche oder vorzugsweise nicht gefährliche Materialien ersetzt werden, ohne dass dabei die Schiffssicherheit, die Sicherheit und Gesundheit der Seeleute sowie die Effizienz der Betriebsabläufe des Schiffes beeinträchtigt werden;

entschlossen, die mit dem Recycling von Schiffen verbundenen Gefahren für die Umwelt, den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit in einer rechtsverbindlichen Übereinkunft wirksam zu regeln und dabei die Besonderheiten des Seeverkehrs und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, eine reibungslose Außerbetriebnahme von Schiffen sicherzustellen, die das Ende ihrer Betriebsdauer erreicht haben;

in der Erwägung, dass diese Ziele am besten durch den Abschluss eines internationalen Übereinkommens über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen erreicht werden können –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Allgemeine Verpflichtungen

1 Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens verpflichtet sich, den Bestimmungen des Übereinkommens in vollem Umfang Wirksamkeit zu verleihen, damit durch das Recycling von Schiffen verursachte Unfälle, Verletzungen und andere nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt verhütet, verringert, auf ein Mindestmaß beschränkt und, soweit praktisch durchführbar, behoben und die Schiffssicherheit sowie der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt während der gesamten Betriebsdauer eines Schiffes verbessert werden.

2 Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es eine Vertragspartei daran, einzeln oder mit anderen zusammen mit dem Völkerrecht im Einklang stehende strengere Maßnahmen im Hinblick auf das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen zu treffen, um nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu verhüten, zu verringern oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.

3 Parties shall endeavour to co-operate for the purpose of effective implementation of, compliance with and enforcement of this Convention.

4 The Parties undertake to encourage the continued development of technologies and practices which contribute to safe and environmentally sound Ship Recycling.

5 The Annex to this Convention forms an integral part of it. Unless expressly provided for otherwise, a reference to this Convention constitutes at the same time a reference to its Annex.

3 Les Parties s'efforcent de coopérer aux fins de garantir la mise en œuvre, le respect et la mise en application effectifs de la présente Convention.

4 Les Parties s'engagent à favoriser le développement continu de techniques et de pratiques qui contribuent au recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires.

5 L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de celle-ci. Sauf disposition expresse contraire, toute référence à la présente Convention constitue en même temps une référence à son annexe.

3 Die Vertragsparteien sind bestrebt, zum Zweck der wirksamen Durchführung, Einhaltung und Durchsetzung dieses Übereinkommens zusammenzuarbeiten.

4 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die weitere Entwicklung von Technologien und Verfahrensweisen zu fördern, die zu einem sicheren und umweltgerechten Recycling von Schiffen beitragen.

5 Die Anlage dieses Übereinkommens ist Bestandteil des Übereinkommens. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gilt eine Bezugnahme auf das Übereinkommen gleichzeitig als Bezugnahme auf seine Anlage.

Article 2 Definitions

For the purposes of this Convention, unless expressly provided otherwise:

1 "Convention" means the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009.

2 "Administration" means the Government of the State whose flag the ship is entitled to fly, or under whose authority it is operating.

3 "Competent Authority(ies)" means a governmental authority or authorities designated by a Party as responsible, within specified geographical area(s) or area(s) of expertise, for duties related to Ship Recycling Facilities operating within the jurisdiction of that Party as specified in this Convention.

4 "Organization" means the International Maritime Organization.

5 "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

6 "Committee" means the Marine Environment Protection Committee of the Organization.

7 "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating or having operated in the marine environment and includes submersibles, floating craft, floating platforms, self elevating platforms, Floating Storage Units (FSUs), and Floating Production Storage and Offloading Units (FPSOs), including a vessel stripped of equipment or being towed.

8 "Gross tonnage" means the gross tonnage (GT) calculated in accordance with the tonnage measurement regulations contained in Annex I to the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969, or any successor convention.

Article 2 Définitions

Aux fins de la présente Convention, sauf disposition expresse contraire:

1 «Convention» désigne la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009.

2 «Administration» désigne le Gouvernement de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon ou sous l'autorité duquel il est exploité.

3 «Autorité ou Autorités compétentes» désigne l'autorité ou les autorités gouvernementales désignées par une Partie pour s'acquitter, dans une zone ou des zones géographiques ou un ou des domaines de compétence spécifiques, de fonctions liées aux installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de la juridiction de cette Partie, telles que spécifiées dans la présente Convention.

4 «Organisation» désigne l'Organisation maritime internationale.

5 «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation.

6 «Comité» désigne le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation.

7 «Navire» désigne un bâtiment, de quelque type que ce soit, exploité ou ayant été exploité en milieu marin et englobe les engins submersibles, les engins flottants, les plates-formes flottantes, les plates-formes auto-élevatrices, les unités flottantes de stockage (FSU) et les unités flottantes de production, de stockage et de déchargement (FPSO), y compris un navire qui a été désarmé ou est remorqué.

8 «Jauge brute» désigne la jauge brute calculée conformément aux règles sur le jaugeage énoncées à l'Annexe I de la Convention internationale de 1969 sur le jaugeage des navires, ou dans toute convention qui lui succéderait.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens haben, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1 Der Ausdruck „Übereinkommen“ bezeichnet das Internationale Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen.

2 Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, dessen Flagge zu führen das Schiff berechtigt ist oder unter dessen Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird.

3 Der Ausdruck „zuständige Behörde“ beziehungsweise „zuständige Behörden“ bezeichnet eine oder mehrere von einer Vertragspartei bestimmte staatliche Behörden, die innerhalb eines oder mehrerer genau bezeichneten geographischen Gebiete oder auf einem oder mehreren genau festgelegten Fachgebieten für die in diesem Übereinkommen aufgeführten Aufgaben im Zusammenhang mit den Abwrackeinrichtungen zuständig sind, die im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden.

4 Der Ausdruck „Organisation“ bezeichnet die Internationale Seeschifffahrts-Organisation.

5 Der Ausdruck „Generalsekretär“ bezeichnet den Generalsekretär der Organisation.

6 Der Ausdruck „Ausschuss“ bezeichnet den Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt.

7 Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug beliebiger Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird oder wurde, und umfasst Unterwassergeräte, schwimmendes Gerät, schwimmende Plattformen, Hubplattformen, schwimmende Lagereinheiten sowie schwimmende Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten, einschließlich Fahrzeuge ohne Ausrüstung und geschleppte Fahrzeuge.

8 Der Ausdruck „Bruttoraumzahl“ bezeichnet die nach den Vermessungsregeln in Anlage I des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 oder in einem etwaigen Nachfolge-Übereinkommen berechnete Bruttoraumzahl.

9 “Hazardous Material” means any material or substance which is liable to create hazards to human health and/or the environment.

10 “Ship Recycling” means the activity of complete or partial dismantling of a ship at a Ship Recycling Facility in order to recover components and materials for reprocessing and re-use, whilst taking care of hazardous and other materials, and includes associated operations such as storage and treatment of components and materials on site, but not their further processing or disposal in separate facilities.

11 “Ship Recycling Facility” means a defined area that is a site, yard or facility used for the recycling of ships.

12 “Recycling Company” means the owner of the Ship Recycling Facility or any other organization or person who has assumed the responsibility for operation of the Ship Recycling activity from the owner of the Ship Recycling Facility and who on assuming such responsibility has agreed to take over all duties and responsibilities imposed by this Convention.

9 «Matière potentiellement dangereuse» désigne toute matière ou substance susceptible de mettre en danger la santé de l'homme et/ou l'environnement.

10 «Recyclage de navires» désigne l'activité qui consiste à démanteler en totalité ou en partie un navire dans une installation de recyclage afin d'en récupérer les éléments et les matières pouvant être retraités ou réutilisés, tout en prenant soin des matières potentiellement dangereuses et de toute autre matière, et inclut toutes les opérations qui se rapportent à cette activité, telles que l'entreposage et le traitement sur place des éléments et matières, mais non leur traitement ultérieur ou leur élimination dans des installations distinctes.

11 «Installation de recyclage des navires» désigne une zone définie qui est un site, un chantier ou une installation utilisé pour le recyclage de navires.

12 «Compagnie de recyclage» désigne le propriétaire de l'installation de recyclage des navires ou tout autre organisme ou personne auquel le propriétaire de l'installation a confié la responsabilité de l'exécution de l'activité de recyclage des navires et qui, en assumant cette responsabilité, a accepté de s'acquitter de toutes les tâches et obligations imposées par la présente Convention.

9 Der Ausdruck „gefährliche Materialien“ bezeichnet alle Materialien oder Stoffe, die eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt darstellen können.

10 Der Ausdruck „Recycling von Schiffen“ bezeichnet die vollständige oder teilweise Zerlegung eines Schiffes in einer Abwrackeinrichtung zwecks Rückgewinnung von Bauteilen und Materialien zur Wiederaufbereitung und Wiederverwendung, wobei auf gefährliche und sonstige Materialien zu achten ist, und schließt damit zusammenhängende Verfahren wie die Lagerung und Behandlung von Bauteilen und Materialien vor Ort ein, jedoch nicht ihre weitere Verarbeitung oder Entsorgung in gesonderten Anlagen.

11 Der Ausdruck „Abwrackeinrichtung“ bezeichnet einen abgegrenzten Bereich, bei dem es sich um ein Gelände, eine Werft oder eine Einrichtung handelt, die für das Recycling von Schiffen genutzt werden.

12 Der Ausdruck „Recyclingunternehmen“ bezeichnet den Eigentümer der Abwrackeinrichtung oder eine sonstige Stelle oder Person, die vom Eigentümer der Abwrackeinrichtung die Verantwortung für deren Betrieb übernommen hat und die sich durch die Übernahme dieser Verantwortung damit einverstanden erklärt hat, alle durch dieses Übereinkommen auferlegten Pflichten und Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Article 3

Application

1 Unless expressly provided otherwise in this Convention, this Convention shall apply to:

- .1 ships entitled to fly the flag of a Party or operating under its authority;
- .2 Ship Recycling Facilities operating under the jurisdiction of a Party.

2 This Convention shall not apply to any warships, naval auxiliary, or other ships owned or operated by a Party and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing operations or operational capabilities of such ships owned or operated by it, that such ships act in a manner consistent with this Convention, so far as is reasonable and practicable.

3 This Convention shall not apply to ships of less than 500 GT or to ships operating throughout their life only in waters subject to the sovereignty or jurisdiction of the State whose flag the ship is entitled to fly. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures, that such

Article 3

Champ d'application

1 Sauf disposition expresse contraire de la présente Convention, celle-ci s'applique:

- .1 aux navires autorisés à battre le pavillon d'une Partie ou exploités sous son autorité;
- .2 aux installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de la juridiction d'une Partie.

2 La présente Convention ne s'applique pas aux navires de guerre, aux navires de guerre auxiliaires ou autres navires appartenant à une Partie ou exploités par elle et exclusivement utilisés, à l'époque considérée, pour un service public non commercial. Cependant, chaque Partie doit s'assurer, en prenant des mesures appropriées qui ne compromettent pas les opérations ou la capacité opérationnelle des navires de ce type lui appartenant ou exploités par elle, que ceux-ci agissent d'une manière compatible avec la présente Convention, pour autant que cela soit raisonnable et possible dans la pratique.

3 La présente Convention ne s'applique pas aux navires d'une jauge brute inférieure à 500 ni aux navires qui sont exploités pendant toute leur vie uniquement dans des eaux relevant de la souveraineté ou de la juridiction de l'État dont ils sont autorisés à battre le pavillon. Cependant, chaque Partie

Artikel 3

Anwendungsbereich

1 Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, findet das Übereinkommen Anwendung

- .1 auf Schiffe, die die Flagge einer Vertragspartei zu führen berechtigt sind oder unter der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei betrieben werden;
- .2 auf Abwrackeinrichtungen, die im Hoheitsbereich einer Vertragspartei betrieben werden.

2 Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige einer Vertragspartei gehörende oder von ihr eingesetzte Schiffe, die zum gegebenen Zeitpunkt im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete, den Betrieb oder die Betriebsfähigkeit nicht beeinträchtigende Maßnahmen sicher, dass derartige ihr gehörende oder von ihr eingesetzte Schiffe soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

3 Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Schiffe mit einer Bruttoreaumzahl von weniger als 500 oder auf Schiffe, die während ihrer gesamten Betriebsdauer nur in Gewässern betrieben werden, die der Souveränität oder Hoheitsgewalt des Staates unterliegen, dessen Flagge zu führen

ships act in a manner consistent with this Convention, so far as is reasonable and practicable.

4 With respect to ships entitled to fly the flag of non-Parties to this Convention, Parties shall apply the requirements of this Convention as may be necessary to ensure that no more favourable treatment is given to such ships.

Article 4

Controls related to Ship Recycling

1 Each Party shall require that ships entitled to fly its flag or operating under its authority comply with the requirements set forth in this Convention and shall take effective measures to ensure such compliance.

2 Each Party shall require that Ship Recycling Facilities under its jurisdiction comply with the requirements set forth in this Convention and shall take effective measures to ensure such compliance.

Article 5

Survey and certification of ships

Each Party shall ensure that ships flying its flag or operating under its authority and subject to survey and certification are surveyed and certified in accordance with the regulations in the Annex.

Article 6

Authorization of Ship Recycling Facilities

Each Party shall ensure that Ship Recycling Facilities that operate under its jurisdiction and that recycle ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4 of this Convention, are authorized in accordance with the regulations in the Annex.

Article 7

Exchange of information

For the Ship Recycling Facilities authorized by a Party, such Party shall provide to the Organization, if requested, and to those Parties which request it, relevant information, in regard to this Convention, on which its decision for authorization was based. The information shall be exchanged in a swift and timely manner.

doit s'assurer, en prenant des mesures appropriées, que de tels navires agissent d'une manière compatible avec la présente Convention, pour autant que cela soit raisonnable et possible dans la pratique.

4 Dans le cas des navires autorisés à battre le pavillon d'États non Parties à la présente Convention, les Parties appliquent les prescriptions de la présente Convention dans la mesure nécessaire pour que ces navires ne bénéficient pas d'un traitement plus favorable.

Article 4

Mesures de contrôle relatives au recyclage des navires

1 Chaque Partie exige que les navires autorisés à battre son pavillon ou exploités sous son autorité respectent les prescriptions énoncées dans la présente Convention et prend des mesures effectives pour garantir ce respect.

2 Chaque Partie exige que les installations de recyclage des navires relevant de sa juridiction respectent les prescriptions énoncées dans la présente Convention et prend des mesures effectives pour garantir ce respect.

Article 5

Visites et délivrance des certificats

Chaque Partie veille à ce que les navires qui battent son pavillon ou sont exploités sous son autorité et qui doivent faire l'objet de visites et obtenir des certificats soient soumis aux visites et obtiennent les certificats prévus aux termes des règles de l'Annexe.

Article 6

Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

Chaque Partie veille à ce que les installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de sa juridiction et qui recyclent des navires auxquels s'applique la présente Convention ou des navires soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 de la présente Convention obtiennent l'autorisation de la manière prescrite dans les règles de l'Annexe.

Article 7

Échange d'informations

Si des installations de recyclage de navires obtiennent l'autorisation d'une Partie, cette Partie communique à l'Organisation, si celle-ci le demande, et aux Parties qui en font la demande les informations pertinentes, au regard de la présente Convention, sur la base desquelles elle a pris la décision d'accorder une autorisation. Les informations sont échangées promptement et en temps opportun.

das Schiff berechtigt ist. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete Maßnahmen sicher, dass derartige Schiffe soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

4 In Bezug auf Schiffe, die die Flagge von Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens zu führen berechtigt sind, wenden die Vertragsparteien die Vorschriften des Übereinkommens an, soweit dies nötig ist, um sicherzustellen, dass diesen Schiffen keine günstigere Behandlung zuteil wird.

Artikel 4

Kontrollen im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen

1 Jede Vertragspartei schreibt vor, dass Schiffe, die ihre Flagge zu führen berechtigt sind oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden, die in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften einzuhalten haben und ergreift wirksame Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Vorschriften sicherzustellen.

2 Jede Vertragspartei schreibt vor, dass Abwrackeinrichtungen in ihrem Hoheitsbereich die in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften einzuhalten haben und ergreift wirksame Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Vorschriften sicherzustellen.

Artikel 5

Besichtigungen und Zeugniserteilung

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Besichtigungen von Schiffen und die Erteilung von Zeugnissen an Schiffe, die ihre Flagge führen oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden und der Besichtigung und der Erteilung von Zeugnissen unterliegen, nach den Regeln in der Anlage erfolgen.

Artikel 6

Zulassung von Abwrackeinrichtungen

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Abwrackeinrichtungen, die in ihrem Hoheitsbereich betrieben werden und in denen Schiffe recycelt werden, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden, nach den Regeln in der Anlage zugelassen worden sind.

Artikel 7

Austausch von Informationen

Für Abwrackeinrichtungen, die von einer Vertragspartei zugelassen worden sind, stellt diese Vertragspartei der Organisation auf deren Ersuchen sowie denjenigen Vertragsparteien, die darum ersuchen, die einschlägigen Angaben in Bezug auf dieses Übereinkommen zur Verfügung, auf die ihre Entscheidung für eine Zulassung gegründet war. Der Austausch von Informationen erfolgt rasch und rechtzeitig.

Article 8**Inspection of ships**

1 A ship to which this Convention applies may, in any port or offshore terminal of another Party, be subject to inspection by officers duly authorized by that Party for the purpose of determining whether the ship is in compliance with this Convention. Except as provided in paragraph 2, any such inspection is limited to verifying that there is on board either an International Certificate on Inventory of Hazardous Materials or an International Ready for Recycling Certificate, which, if valid, shall be accepted.

2 Where a ship does not carry a valid certificate or there are clear grounds for believing that:

- .1 the condition of the ship or its equipment does not correspond substantially with the particulars of the certificate, and/or Part I of the Inventory of Hazardous Materials; or
- .2 there is no procedure implemented on board the ship for the maintenance of Part I of the Inventory of Hazardous Materials;

a detailed inspection may be carried out taking into account guidelines developed by the Organization.

Article 8**Inspection des navires**

1 Un navire auquel s'applique la présente Convention peut, dans tout port ou terminal au large d'une autre Partie, être inspecté par des agents dûment autorisés par cette Partie aux fins de déterminer s'il satisfait à la présente Convention. Sauf dans les cas prévus au paragraphe 2, une inspection de ce type se limite à vérifier qu'il y a à bord un certificat international en cours de validité attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses ou bien un certificat international en cours de validité attestant que le navire est prêt pour le recyclage, auquel cas ces certificats doivent être acceptés.

2 Si le navire ne possède pas de certificat en cours de validité ou s'il existe de bonnes raisons de penser que:

- .1 l'état du navire ou de son équipement ne correspond pas en substance aux indications du certificat et/ou de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses; ou
- .2 aucune procédure n'est mise en œuvre à bord du navire pour tenir à jour la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses,

une inspection approfondie peut être effectuée compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

Artikel 8**Überprüfungen von Schiffen**

1 Ein Schiff, auf das dieses Übereinkommen Anwendung findet, kann in jedem Hafen und an jedem Offshore-Umschlagplatz einer anderen Vertragspartei durch von dieser Vertragspartei ordnungsgemäß ermächtigte Bedienstete überprüft werden, damit festgestellt werden kann, ob das Schiff dieses Übereinkommen einhält. Vorbehaltlich des Absatzes 2 ist eine derartige Überprüfung auf die Feststellung beschränkt, dass sich an Bord entweder ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien oder ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit befindet, das, falls es gültig ist, anzuerkennen ist.

2 Führt das Schiff kein gültiges Zeugnis mit oder bestehen triftige Gründe für die Annahme, dass

- .1 der Zustand des Schiffes oder seiner Ausrüstung im Wesentlichen den Eintragungen in dem Zeugnis und/oder in Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien nicht entspricht oder
- .2 an Bord des Schiffes kein Verfahren angewandt wird, um Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien stets auf den neuesten Stand zu bringen,

so kann unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien eine gründliche Überprüfung durchgeführt werden.

Article 9**Detection of violations**

1 Parties shall co-operate in the detection of violations and the enforcement of the provisions of this Convention.

2 When there is sufficient evidence that a ship is operating, has operated or is about to operate in violation of any provision in this Convention, a Party holding the evidence may request an investigation of this ship when it enters the ports or offshore terminals under the jurisdiction of another Party. The report of such an investigation shall be sent to the Party requesting it, to the Administration of the ship concerned and to the Organization, so that action may be taken as appropriate.

3 If the ship is detected to be in violation of this Convention, the Party carrying out the inspection may take steps to warn, detain, dismiss, or exclude the ship from its ports. A Party taking such action shall immediately inform the Administration of the ship concerned and the Organization.

Article 9**Recherche des infractions**

1 Les Parties coopèrent à la recherche des infractions et à la mise en œuvre des dispositions de la présente Convention.

2 Lorsqu'il y a suffisamment de preuves qu'un navire est exploité, a été exploité ou est sur le point d'être exploité en violation d'une disposition de la présente Convention, une Partie qui détient ces preuves peut demander que ce navire soit inspecté à son entrée dans un port ou un terminal au large relevant de la juridiction d'une autre Partie. Le rapport de l'inspection est adressé à la Partie qui a demandé l'inspection, à l'Administration dont relève le navire en cause et à l'Organisation afin que chacune puisse prendre les mesures qu'elle juge appropriées.

3 S'il est constaté que le navire enfreint la présente Convention, la Partie qui procède à l'inspection peut prendre des dispositions pour mettre en garde le navire, le retenir, ordonner son départ ou l'exclure de ses ports. Une Partie qui prend ces mesures doit en informer immédiatement l'Administration du navire en cause et l'Organisation.

Artikel 9**Aufdecken von Verstößen**

1 Die Vertragsparteien arbeiten bei der Aufdeckung von Verstößen und bei der Durchsetzung dieses Übereinkommens zusammen.

2 Liegen ausreichende Beweise dafür vor, dass ein Schiff unter Verstoß gegen eine Bestimmung dieses Übereinkommens betrieben wird, betrieben worden ist oder demnächst betrieben wird, so kann eine Vertragspartei, der die Beweise vorliegen, eine Untersuchung dieses Schiffes verlangen, wenn es Häfen oder Offshore-Umschlagplätze anläuft, die der Hoheitsgewalt einer anderen Vertragspartei unterliegen. Der Bericht über diese Untersuchung wird der ersuchenden Vertragspartei, der für das betreffende Schiff zuständigen Verwaltung und der Organisation zugeleitet, damit geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

3 Wird festgestellt, dass das Schiff gegen dieses Übereinkommen verstößt, so kann die die Überprüfung durchführende Vertragspartei Maßnahmen ergreifen, um gegen das Schiff eine Verwarnung auszusprechen, das Schiff festzuhalten, es aus ihren Häfen zu verweisen oder ihm ein Anlaufen ihrer Häfen zu verbieten. Eine Vertragspartei, die diese Maßnahmen ergreift, muss die für das betreffende Schiff zuständige

4 If a request for an investigation is received from any Party, together with sufficient evidence that a Ship Recycling Facility is operating, has operated or is about to operate in violation of any provision of this Convention, a Party should investigate this Ship Recycling Facility operating under its jurisdiction and make a report. The report of any such investigation shall be sent to the Party requesting it, including information on action taken or to be taken, if any, and to the Organization for appropriate action.

4 Toute Partie devrait inspecter une installation de recyclage de navires dont l'exploitation relève de sa juridiction et établir un rapport si elle reçoit d'une autre Partie une demande d'enquête accompagnée de suffisamment de preuves attestant que l'installation de recyclage des navires est exploitée, a été exploitée ou est sur le point d'être exploitée en violation d'une disposition quelconque de la présente Convention. Le rapport de cette enquête est adressé à la Partie qui a demandé l'enquête, accompagné de renseignements sur les mesures qui ont été prises ou qui pourraient être prises, et à l'Organisation pour qu'elle prenne les mesures appropriées.

Verwaltung und die Organisation unverzüglich darüber unterrichten.

4 Erhält eine Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei ein Ersuchen um Untersuchung samt ausreichenden Beweisen, dass eine Abwrackeinrichtung unter Verstoß gegen eine Bestimmung dieses Übereinkommens betrieben wird, betrieben worden ist oder demnächst betrieben wird, so soll sie diese in ihrem Hoheitsbereich betriebene Abwrackeinrichtung untersuchen und einen Bericht erstellen. Der Bericht über diese Untersuchung, einschließlich Angaben zu den gegebenenfalls ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen, wird der ersuchenden Vertragspartei und der Organisation zugeleitet, damit geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

Article 10 Violations

1 Any violation of the requirements of this Convention shall be prohibited by national laws and:

.1 in the case of a ship, sanctions shall be established under the law of the Administration, wherever the violation occurs. If the Administration is informed of such a violation by a Party, it shall investigate the matter and may request the reporting Party to furnish additional evidence of the alleged violation. If the Administration is satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, in accordance with its law. The Administration shall promptly inform the Party that reported the alleged violation, as well as the Organization, of any action taken. If the Administration has not taken any action within one year after receiving the information, it shall inform the Party which reported the alleged violation, and the Organization, of the reasons why no action has been taken;

.2 in the case of a Ship Recycling Facility, sanctions shall be established under the law of the Party having jurisdiction over the Ship Recycling Facility. If the Party is informed of such a violation by another Party, it shall investigate the matter and may request the reporting Party to furnish additional evidence of the alleged violation. If the Party is satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, in accordance with its law. The Party shall promptly inform the Party that reported the alleged violation, as well as the Organization, of any action taken. If the Party has not taken any action within one year after receiving the information, it shall inform the Party

Article 10 Infractions

1 Toute infraction aux prescriptions de la présente Convention doit être interdite en vertu de la législation nationale et:

.1 dans le cas d'un navire en infraction, des sanctions doivent être prévues par la législation de l'Administration dont relève le navire en cause, quel que soit le lieu où l'infraction est commise. Si l'Administration est informée par une Partie d'une telle infraction, elle effectue une enquête et peut demander à la Partie qui l'a informée de lui fournir des preuves supplémentaires de l'infraction présumée. Si l'Administration est convaincue qu'il existe des preuves suffisantes pour lui permettre d'engager des poursuites au titre de l'infraction présumée, elle engage ces poursuites le plus tôt possible conformément à sa législation. L'Administration informe rapidement la Partie qui a signalé l'infraction présumée, ainsi que l'Organisation, de toute mesure prise. Si l'Administration n'a pris aucune mesure dans un délai d'un an à compter de la réception des renseignements, elle informe la Partie qui a signalé l'infraction présumée et l'Organisation des raisons pour lesquelles elle n'a pris aucune mesure;

.2 dans le cas d'une installation de recyclage de navires en infraction, des sanctions doivent être prévues par la législation de la Partie dont relève l'installation de recyclage de navires en cause. Si cette Partie est informée d'une telle infraction par une autre Partie, elle effectue une enquête et peut demander à la Partie qui l'a informée de lui fournir des preuves supplémentaires de l'infraction présumée. Si elle est convaincue qu'il existe des preuves suffisantes pour lui permettre d'engager des poursuites au titre de l'infraction présumée, elle engage ces poursuites le plus tôt possible conformément à sa législation. Elle informe rapidement la Partie qui a signalé l'infraction présumée, ainsi que l'Organisation, de toute mesure prise. Si elle n'a pris aucune mesure dans un délai

Artikel 10 Verstöße

1 Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Übereinkommens ist nach dem innerstaatlichen Recht zu verbieten und,

.1 im Fall eines Schiffes, nach dem Recht der Verwaltung unter Strafe zu stellen, gleichviel, wo der Verstoß begangen wird. Wird die Verwaltung von einer Vertragspartei von einem derartigen Verstoß unterrichtet, so untersucht sie die Angelegenheit und kann die meldende Vertragspartei ersuchen, zusätzliche Beweise für den mutmaßlichen Verstoß vorzulegen. Ist die Verwaltung überzeugt, dass ausreichende Beweise vorliegen, um ein Verfahren wegen des mutmaßlichen Verstoßes einzuleiten, so veranlasst sie, dass ein solches Verfahren so bald wie möglich nach ihrem Recht eingeleitet wird. Die Verwaltung unterrichtet die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, sowie die Organisation umgehend über die von ihr ergriffenen Maßnahmen. Hat die Verwaltung innerhalb eines Jahres nach erfolgter Unterrichtung keine Maßnahmen ergriffen, so unterrichtet sie die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, und die Verwaltung über die Gründe, weshalb keine Maßnahmen ergriffen wurden;

.2 im Fall einer Abwrackeinrichtung, nach dem Recht der Vertragspartei, deren Hoheitsgewalt die Abwrackeinrichtung unterliegt, unter Strafe zu stellen. Wird die Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei von einem derartigen Verstoß unterrichtet, so untersucht sie die Angelegenheit und kann die meldende Vertragspartei ersuchen, zusätzliche Beweise für den mutmaßlichen Verstoß vorzulegen. Ist die Vertragspartei überzeugt, dass ausreichende Beweise vorliegen, um ein Verfahren wegen des mutmaßlichen Verstoßes einzuleiten, so veranlasst sie, dass ein solches Verfahren so bald wie möglich nach ihrem Recht eingeleitet wird. Die Vertragspartei unterrichtet die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, sowie die Organisation umgehend

which reported the alleged violation, and the Organization, of the reasons why no action has been taken.

d'un an à compter de la réception des renseignements, elle informe la Partie qui a signalé l'infraction présumée et l'Organisation des raisons pour lesquelles elle n'a pris aucune mesure.

über die von ihr ergriffenen Maßnahmen. Hat die Vertragspartei innerhalb eines Jahres nach erfolgter Unterrichtung keine Maßnahmen ergriffen, so unterrichtet sie die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, und die Verwaltung über die Gründe, weshalb keine Maßnahmen ergriffen wurden.

2 Any violation of the requirements of this Convention within the jurisdiction of any Party shall be prohibited and sanctions shall be established under the law of that Party. Whenever such a violation occurs, that Party shall either:

2 Toute infraction aux prescriptions de la présente Convention dans la juridiction d'une Partie est interdite et fait l'objet de sanctions en vertu de la législation de cette Partie. Chaque fois qu'une telle infraction se produit, la Partie doit:

2 Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Übereinkommens im Hoheitsbereich einer Vertragspartei ist nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Sobald ein derartiger Verstoß begangen wird, wird die betreffende Vertragspartei

.1 cause proceedings to be taken in accordance with its law; or

.1 soit engager des poursuites conformément à sa législation;

.1 entweder veranlassen, dass ein Verfahren nach ihrem Recht eingeleitet wird, oder

.2 furnish to the Administration of the ship such information and evidence as may be in its possession that a violation has occurred.

.2 soit fournir à l'Administration dont relève le navire en cause les renseignements et les preuves qu'elle pourrait détenir attestant qu'il y a eu infraction.

.2 der für das Schiff zuständigen Verwaltung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen und Beweise dafür vorlegen, dass ein Verstoß begangen worden ist.

3 The sanctions provided for by the laws of a Party pursuant to this Article shall be adequate in severity to discourage violations of this Convention wherever they occur.

3 Les sanctions prévues par la législation d'une Partie en application du présent article doivent être, par leur rigueur, de nature à décourager les infractions à la présente Convention où qu'elles puissent être commises.

3 Die im Recht einer Vertragspartei nach Maßgabe dieses Artikels vorgeschriebenen Strafen müssen so streng sein, dass sie von Verstößen gegen dieses Übereinkommen überall gleichermaßen abschrecken.

Article 11

Undue delay or detention of ships

1 All possible efforts shall be made to avoid a ship being unduly detained or delayed under Article 8, 9 or 10 of this Convention.

2 When a ship is unduly detained or delayed under Article 8, 9 or 10 of this Convention, it shall be entitled to compensation for any loss or damage suffered.

Article 11

Retard ou retenue indus de navires

1 Il convient d'éviter, dans toute la mesure du possible, qu'un navire ne soit indûment retenu ou retardé par suite de l'application de l'article 8, 9 ou 10 de la présente Convention.

2 Un navire qui a été indûment retenu ou retardé par suite de l'application de l'article 8, 9 ou 10 de la présente Convention a droit à réparation pour les pertes ou dommages subis.

Artikel 11

Unangemessenes Aufhalten oder Festhalten von Schiffen

1 Es ist so weit wie möglich zu vermeiden, dass ein Schiff in Anwendung des Artikels 8, 9 oder 10 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten wird.

2 Wird ein Schiff infolge der Anwendung des Artikels 8, 9 oder 10 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten, so hat es Anspruch auf Ersatz des erlittenen Verlusts oder Schadens.

Article 12

Communication of information

Each Party shall report to the Organization and the Organization shall disseminate, as appropriate, the following information:

.1 a list of Ship Recycling Facilities authorized in accordance with this Convention and operating under the jurisdiction of that Party;

.2 contact details for the Competent Authority(ies), including a single contact point, for that Party;

.3 a list of the recognized organizations and nominated surveyors which are authorized to act on behalf of that Party in the administration of matters relating to the control of Ship Recycling in accor-

Article 12

Communication de renseignements

Chaque Partie fournit à l'Organisation et l'Organisation diffuse, sous la forme appropriée, les renseignements ci-après:

.1 la liste des installations de recyclage des navires qui sont autorisées conformément à la présente Convention et dont l'exploitation relève de la juridiction de cette Partie;

.2 les coordonnées de l'Autorité ou des Autorités compétentes, y compris d'un point de contact unique, de cette Partie;

.3 la liste des organismes reconnus et des inspecteurs désignés qui sont autorisés à agir pour le compte de ladite Partie dans l'administration des questions relatives au contrôle du recyclage des

Artikel 12

Übermittlung von Informationen

Jede Vertragspartei übermittelt der Organisation die folgenden Informationen und die Organisation leitet diese gegebenenfalls weiter:

.1 eine Liste der Abwrackeinrichtungen, die nach diesem Übereinkommen zugelassen worden sind und im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden;

.2 Einzelheiten für die Kontaktaufnahme mit der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden dieser Vertragspartei, einschließlich einer einzigen Kontaktstelle;

.3 eine Liste der anerkannten Stellen und ernannten Besichtiger, die befugt sind, bei der Verwaltung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Kontrolle des Recyclings von Schiffen in Überein-

dance with this Convention, and the specific responsibilities and conditions of the authority delegated to the recognized organizations or nominated surveyors;

- .4 an annual list of ships flying the flag of that Party to which an International Ready for Recycling Certificate has been issued, including the name of the Recycling Company and location of the Ship Recycling Facility as shown on the certificate;
- .5 an annual list of ships recycled within the jurisdiction of that Party;
- .6 information concerning violations of this Convention; and
- .7 actions taken towards ships and Ship Recycling Facilities under the jurisdiction of that Party.

Article 13

Technical assistance and co-operation

1 Parties undertake, directly or through the Organization and other international bodies, as appropriate, in respect of the safe and environmentally sound recycling of ships, to provide support for those Parties which request technical assistance:

- .1 to train personnel;
- .2 to ensure the availability of relevant technology, equipment and facilities;
- .3 to initiate joint research and development programmes; and
- .4 to undertake other actions aimed at the effective implementation of this Convention and of guidelines developed by the Organization related thereto.

2 Parties undertake to co-operate actively, subject to their national laws, regulations and policies, in the transfer of management systems and technology in respect of the safe and environmentally sound recycling of ships.

Article 14

Dispute settlement

Parties shall settle any dispute between them concerning the interpretation or application of this Convention by negotiation or any other peaceful means agreed upon by them, which may include enquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement, or resort to regional agencies or arrangements.

navires conformément à la présente Convention, les conditions spécifiques dans lesquelles l'autorité a été déléguée aux organismes reconnus ou aux inspecteurs désignés et les responsabilités spécifiques qui leur ont été confiées;

- .4 la liste annuelle des navires battant le pavillon de cette Partie auxquels un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage a été délivré, y compris le nom de la compagnie de recyclage et l'emplacement de l'installation de recyclage des navires qui sont indiqués sur ce certificat;
- .5 la liste annuelle des navires qui ont été recyclés sur le territoire relevant de la juridiction de cette Partie;
- .6 des informations sur les infractions à la présente Convention; et
- .7 les mesures prises à l'encontre des navires et des installations de recyclage des navires relevant de la juridiction de cette Partie.

Article 13

Assistance et coopération techniques

1 Les Parties s'engagent, directement ou par le biais de l'Organisation et d'autres organismes internationaux, le cas échéant, à apporter, aux fins du recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, leur appui aux Parties qui demandent une assistance technique en vue de:

- .1 former du personnel;
- .2 assurer la disponibilité des techniques, du matériel et des installations pertinents;
- .3 lancer des programmes communs de recherche et de développement; et
- .4 prendre d'autres mesures visant à garantir la mise en œuvre effective de la présente Convention et des directives y relatives élaborées par l'Organisation.

2 Les Parties s'engagent à coopérer activement, sans préjudice de leur législation, de leur réglementation et de leurs politiques nationales, au transfert de systèmes de gestion et de techniques en matière de recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires.

Article 14

Règlement des différends

Les Parties règlent tout différend survenant entre elles quant à l'interprétation ou l'application de la présente Convention par voie de négociation ou par tout autre moyen pacifique convenu entre elles, tel que enquête, médiation, conciliation, arbitrage, règlement judiciaire ou recours à des organismes ou accords régionaux.

stimmung mit diesem Übereinkommen im Namen dieser Vertragspartei tätig zu werden, sowie die genauen Verantwortlichkeiten und Bedingungen, die mit der den anerkannten Stellen oder ernannten Besichtigern übertragenen Befugnis verbunden sind;

- .4 eine jährliche Liste der die Flagge dieser Vertragspartei führenden Schiffe, denen ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt wurde, einschließlich des Namens des Recyclingunternehmens und des Standorts der Abwrackeinrichtung entsprechend der Eintragung im Zeugnis;
- .5 eine jährliche Liste der im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei recycelten Schiffe;
- .6 Informationen über Verstöße gegen dieses Übereinkommen;
- .7 Maßnahmen, die gegen Schiffe und Abwrackeinrichtungen im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei ergriffen wurden.

Artikel 13

Technische Hilfe und Zusammenarbeit

1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, unmittelbar oder gegebenenfalls über die Organisation und andere internationale Gremien hinsichtlich des sicheren und umweltgerechten Recyclings von Schiffen denjenigen Vertragsparteien Unterstützung zu gewähren, die um technische Hilfe ersuchen

- .1 für die Ausbildung von Personal;
- .2 zur Gewährleistung der Verfügbarkeit der einschlägigen Technologie, Ausrüstung und Anlagen;
- .3 zur Einleitung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben;
- .4 für andere Maßnahmen zur wirksamen Durchführung dieses Übereinkommens und der von der Organisation ausgearbeiteten damit zusammenhängenden Richtlinien.

2 Die Vertragsparteien verpflichten sich, vorbehaltlich ihrer innerstaatlichen Gesetze, sonstigen Vorschriften und Politiken, beim Transfer von Managementsystemen und Technologien im Hinblick auf das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen aktiv zusammenzuarbeiten.

Artikel 14

Beilegung von Streitigkeiten

Die Vertragsparteien legen alle zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlung oder durch andere friedliche Mittel, auf die sie sich geeinigt haben, bei, zu denen Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung oder Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen gehören können.

Article 15**Relationship
with international law and
other international agreements**

1 Nothing in this Convention shall prejudice the rights and obligations of any State under the United Nations Convention on the Law of the Sea, 1982, and under the customary international law of the sea.

2 Nothing in this Convention shall prejudice the rights and obligations of Parties under other relevant and applicable international agreements.

Article 16**Signature, ratification,
acceptance, approval and accession**

1 This Convention shall be open for signature by any State at the Headquarters of the Organization from 1 September 2009 to 31 August 2010 and shall thereafter remain open for accession by any State.

2 States may become Parties to this Convention by:

- .1 signature not subject to ratification, acceptance, or approval; or
- .2 signature subject to ratification, acceptance, or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- .3 accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4 If a State comprises two or more territorial units in which different systems of law are applicable in relation to matters dealt with in this Convention, it may at the time of signature, ratification, acceptance, approval, or accession declare that this Convention shall extend to all its territorial units or only to one or more of them and may modify this declaration by submitting another declaration at any time.

5 A declaration under paragraph 4 shall be notified to the Secretary-General in writing and shall state expressly the territorial unit or units to which this Convention applies.

6 A State at the time it expresses its consent to be bound by this Convention shall declare whether it requires explicit or tacit approval of the Ship Recycling Plan before a ship may be recycled in its authorized Ship Recycling Facility(ies). This declaration may be revised thereafter by notification to the Secretary-General. Such revision shall specify the effective date of the revision.

Article 15**Rapport avec
le droit international
et d'autres accords internationaux**

1 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits et obligations qu'a tout État en vertu de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer de 1982 et du droit international coutumier de la mer.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits et obligations qu'ont les Parties en vertu d'autres accords internationaux pertinents et applicables.

Article 16**Signature, ratification,
acceptation, approbation et adhésion**

1 La présente Convention est ouverte à la signature de tout État au Siège de l'Organisation du 1^{er} septembre 2009 au 31 août 2010 et reste ensuite ouverte à l'adhésion.

2 Les États peuvent devenir Parties à la présente Convention par:

- .1 signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- .2 signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- .3 adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4 Si un État comporte deux ou plusieurs unités territoriales dans lesquelles des régimes juridiques différents sont applicables pour ce qui est des questions traitées dans la présente Convention, il peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, déclarer que la présente Convention s'applique à l'ensemble de ses unités territoriales ou seulement à une ou plusieurs d'entre elles et il peut modifier cette déclaration en présentant une autre déclaration à tout moment.

5 Une déclaration faite en vertu du paragraphe 4 est notifiée par écrit au Secrétaire général et mentionne expressément l'unité ou les unités territoriales auxquelles s'applique la présente Convention.

6 Au moment où il exprime son consentement à être lié par la présente Convention, un État déclare s'il exige ou non que le plan de recyclage d'un navire soit expressément ou tacitement approuvé pour que ce navire puisse être recyclé dans sa ou ses installations de recyclage des navires. Cette déclaration peut, moyennant notification au Secrétaire général, être modifiée ultérieurement. Cette modification doit être accom-

Artikel 15**Verhältnis zum
Völkerrecht und zu anderen
völkerrechtlichen Übereinkünften**

1 Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten eines Staates aus dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 und nach dem völkerrechtlichen Seegewohnheitsrecht.

2 Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen einschlägigen und anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften.

Artikel 16**Unterzeichnung, Ratifikation,
Annahme, Genehmigung und Beitritt**

1 Dieses Übereinkommen liegt vom 1. September 2009 bis zum 31. August 2010 am Sitz der Organisation für jeden Staat zur Unterzeichnung auf und steht danach jedem Staat zum Beitritt offen.

2 Die Staaten können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,

- .1 indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen;
- .2 indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- .3 indem sie ihm beitreten.

3 Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

4 Ein Staat, der zwei oder mehr Gebietseinheiten umfasst, in denen auf die in diesem Übereinkommen geregelten Fragen unterschiedliche Rechtsordnungen anzuwenden sind, kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt erklären, dass sich das Übereinkommen auf alle seine Gebietseinheiten oder nur auf eine oder mehrere derselben erstreckt; er kann diese Erklärung jederzeit durch eine neue Erklärung ersetzen.

5 Eine Erklärung nach Absatz 4 ist dem Generalsekretär schriftlich zu notifizieren; in ihr sind ausdrücklich die Gebietseinheit oder die Gebietseinheiten anzugeben, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

6 Zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Staat seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, erklärt er, ob er eine ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, bevor ein Schiff in einer oder mehreren seiner zugelassenen Abwrackeinrichtungen recycelt werden darf. Diese Erklärung kann danach durch Notifikation an den Generalsekretär geändert

pagnée de la date à laquelle elle prend effet.

werden. Diese Änderung muss das Datum enthalten, an dem sie in Kraft tritt.

Article 17

Entry into force

1 This Convention shall enter into force 24 months after the date on which the following conditions are met:

- .1 not less than 15 States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited the requisite instrument of ratification, acceptance, approval or accession in accordance with Article 16;
- .2 the combined merchant fleets of the States mentioned in paragraph 1.1 constitute not less than 40 per cent of the gross tonnage of the world's merchant shipping; and
- .3 the combined maximum annual ship recycling volume of the States mentioned in paragraph 1.1 during the preceding 10 years constitutes not less than 3 per cent of the gross tonnage of the combined merchant shipping of the same States.

2 For States which have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Convention after the requirements for entry into force thereof have been met, but prior to the date of entry into force, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect on the date of entry into force of this Convention, or three months after the date of deposit of the instrument, whichever is the later date.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date on which this Convention enters into force shall take effect three months after the date of deposit.

4 After the date on which an amendment to this Convention is deemed to have been accepted under Article 18, any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited shall apply to the Convention, as amended.

Article 18

Amendments

1 This Convention may be amended by either of the procedures specified in the following paragraphs.

2 Amendments after consideration within the Organization:

- .1 Any Party may propose an amendment to this Convention. A proposed amendment shall be submitted to the Secretary-General, who shall then circulate it to the Parties and Members of the Organization at least six months prior to its consideration.

Article 17

Entrée en vigueur

1 La présente Convention entre en vigueur 24 mois après la date à laquelle les conditions ci-après sont remplies:

- .1 au moins 15 États soit l'ont signée sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit ont déposé l'instrument requis de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion conformément à l'article 16;
- .2 les flottes marchandes des États mentionnés au paragraphe 1.1 représentent au total au moins 40 pour cent du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce; et
- .3 le volume annuel maximal de recyclage de navires des États mentionnés au paragraphe 1.1 au cours des dix dernières années représente au total au moins 3 pour cent du tonnage brut de l'ensemble des flottes marchandes desdits États.

2 Pour les États qui ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention, ou d'adhésion à celle-ci, après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies mais avant la date de son entrée en vigueur, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou trois mois après la date du dépôt de l'instrument, si cette dernière date est postérieure.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention prend effet trois mois après la date du dépôt de l'instrument.

4 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date à laquelle un amendement à la présente Convention est réputé avoir été accepté en vertu de l'article 18 s'applique à la présente Convention telle que modifiée.

Article 18

Amendements

1 La présente Convention peut être modifiée selon l'une des procédures décrites dans les paragraphes ci-après.

2 Amendements après examen au sein de l'Organisation:

- .1 Toute Partie peut proposer un amendement à la présente Convention. L'amendement proposé est soumis au Secrétaire général, qui le diffuse aux Parties et aux Membres de l'Organisation six mois au moins avant son examen.

Artikel 17

Inkrafttreten

1 Dieses Übereinkommen tritt 24 Monate nach dem Tag in Kraft, an dem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- .1 Mindestens 15 Staaten haben es nach Artikel 16 ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt;
- .2 die Handelsflotten der in Absatz 1.1 genannten Staaten machen insgesamt mindestens 40 Prozent des Bruttoreaumgehalts der Handelsflotte der Welt aus;
- .3 das Höchstvolumen des jährlichen Schiffsrecyclings der in Absatz 1.1 genannten Staaten während der vorangegangenen 10 Jahre macht insgesamt mindestens 3 Prozent des gesamten Bruttoreumgehalts der Handelsflotten dieser Staaten aus.

2 Für Staaten, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt haben, nachdem die Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, jedoch vor dem Tag des Inkrafttretens, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Urkunde wirksam, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

3 Jede nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde wird drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung wirksam.

4 Nach dem Tag, an dem eine Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 18 als angenommen gilt, gilt jede hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde für das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung.

Artikel 18

Änderungen

1 Dieses Übereinkommen kann nach einem der in den folgenden Absätzen vorgesehenen Verfahren geändert werden.

2 Änderungen nach Prüfung innerhalb der Organisation:

- .1 Jede Vertragspartei kann eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen. Eine vorgeschlagene Änderung wird dem Generalsekretär vorgelegt; dieser leitet sie dann spätestens sechs Monate vor ihrer Prüfung an die Vertragsparteien und an die Mitglieder der Organisation weiter.

- | | | |
|--|---|---|
| <p>.2 An amendment proposed and circulated as above shall be referred to the Committee for consideration. Parties, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Committee for consideration and adoption of the amendment.</p> | <p>.2 Un amendement proposé et diffusé de la manière prévue ci-dessus est renvoyé au Comité pour examen. Les Parties, qu'elles soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisées à participer aux délibérations du Comité aux fins de l'examen et de l'adoption de l'amendement.</p> | <p>.2 Eine nach Absatz 2.1 vorgeschlagene und weitergeleitete Änderung wird dem Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Die Vertragsparteien, gleichviel, ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, haben das Recht, sich an den Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung und Beschlussfassung zu beteiligen.</p> |
| <p>.3 Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Parties present and voting in the Committee, on condition that at least one-third of the Parties shall be present at the time of voting.</p> | <p>.3 Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes au sein du Comité, à condition qu'un tiers au moins des Parties soient présentes au moment du vote.</p> | <p>.3 Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der im Ausschuss anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen, vorausgesetzt, dass mindestens ein Drittel der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sind.</p> |
| <p>.4 Amendments adopted in accordance with subparagraph 3 shall be communicated by the Secretary-General to the Parties for acceptance.</p> | <p>.4 Les amendements adoptés conformément à l'alinéa .3 sont communiqués par le Secrétaire général aux Parties pour acceptation.</p> | <p>.4 Nach Absatz 2.3 beschlossene Änderungen werden vom Generalsekretär den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.</p> |
| <p>.5 An amendment shall be deemed to have been accepted in the following circumstances:</p> | <p>.5 Un amendement est réputé avoir été accepté dans les cas suivants:</p> | <p>.5 Eine Änderung gilt unter folgenden Umständen als angenommen:</p> |
| <p>.5.1 An amendment to an article of this Convention shall be deemed to have been accepted on the date on which two-thirds of the Parties have notified the Secretary-General of their acceptance of it.</p> | <p>.5.1 Un amendement à un article de la présente Convention est réputé avoir été accepté à la date à laquelle son acceptation a été notifiée au Secrétaire général par les deux tiers des Parties.</p> | <p>.5.1 Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens gilt als an dem Tag angenommen, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär ihre Annahme notifiziert haben.</p> |
| <p>.5.2 An amendment to the Annex shall be deemed to have been accepted at the end of a period to be determined by the Committee at the time of its adoption, which period shall not be less than ten months after the date of adoption. However, if by that date more than one-third of the Parties notify the Secretary-General that they object to the amendment, it shall be deemed not to have been accepted.</p> | <p>.5.2 Un amendement à l'Annexe est réputé avoir été accepté à l'expiration d'un délai fixé par le Comité au moment de son adoption, lequel n'est pas inférieur à dix mois après la date de son adoption. Toutefois, si dans ce délai, plus d'un tiers des Parties ont notifié au Secrétaire général qu'elles élèvent une objection contre cet amendement, celui-ci est réputé ne pas avoir été accepté.</p> | <p>.5.2 Eine Änderung der Anlage gilt nach Ablauf eines vom Ausschuss zum Zeitpunkt der Beschlussfassung festzusetzenden Zeitabschnitts als angenommen, wobei dieser Zeitabschnitt mindestens zehn Monate nach dem Zeitpunkt der Beschlussfassung betragen muss. Notifizieren jedoch bis zu diesem Tag mehr als ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär, dass sie Einspruch gegen die Änderung einlegen, so gilt sie als nicht angenommen.</p> |
| <p>.6 An amendment shall enter into force under the following conditions:</p> | <p>.6 Un amendement entre en vigueur dans les conditions suivantes:</p> | <p>.6 Eine Änderung tritt unter folgenden Voraussetzungen in Kraft:</p> |
| <p>.6.1 An amendment to an article of this Convention shall enter into force, for those Parties that have declared that they have accepted it, six months after the date on which it is deemed to have been accepted in accordance with subparagraph .5.1.</p> | <p>.6.1 Un amendement à un article de la présente Convention entre en vigueur à l'égard des Parties qui ont déclaré l'avoir accepté six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté conformément à l'alinéa .5.1.</p> | <p>.6.1 Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens tritt für diejenigen Vertragsparteien, die erklärt haben, dass sie die Änderung angenommen haben, sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als nach Absatz 2.5.1 angenommen gilt.</p> |
| <p>.6.2 An amendment to the Annex shall enter into force with respect to all Parties six months after the date on which it is deemed to have been accepted, except for any Party that has:</p> | <p>.6.2 Un amendement à l'Annexe entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté, sauf à l'égard de toute Partie qui a:</p> | <p>.6.2 Eine Änderung der Anlage tritt für alle Vertragsparteien sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt; dies gilt jedoch nicht für eine Vertragspartei, die</p> |
| <p>.6.2.1 notified its objection to the amendment in accordance with subparagraph .5.2 and that has not withdrawn such objection; or</p> | <p>.6.2.1 notifié son objection à l'amendement conformément à l'alinéa .5.2 et n'a pas retiré cette objection; ou</p> | <p>.6.2.1 nach Absatz 2.5.2 ihren Einspruch gegen die Änderung notifiziert und diesen Einspruch nicht zurückgenommen hat oder</p> |
| <p>.6.2.2 notified the Secretary-General, prior to the entry into force of such amendment, that the amendment shall enter into force for it only after a subsequent notification of its acceptance.</p> | <p>.6.2.2 notifié au Secrétaire général, avant l'entrée en vigueur de cet amendement, que celui-ci entrera en vigueur à son égard uniquement après notification ultérieure de son acceptation.</p> | <p>.6.2.2 dem Generalsekretär vor dem Inkrafttreten der Änderung notifiziert hat, dass die betreffende Änderung für sie erst nach einer späteren Notifikation ihrer Annahme in Kraft tritt.</p> |

- | | | |
|---|--|---|
| <p>.6.3 A Party that has notified an objection under subparagraph .6.2.1 may subsequently notify the Secretary-General that it accepts the amendment. Such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.</p> | <p>.6.3 Une Partie qui a notifié une objection en vertu de l'alinéa .6.2.1 peut par la suite notifier au Secrétaire général qu'elle accepte l'amendement. Cet amendement entre en vigueur à l'égard de cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière date est postérieure.</p> | <p>.6.3 Eine Vertragspartei, die nach Absatz 2.6.2.1 einen Einspruch notifiziert hat, kann dem Generalsekretär später notifizieren, dass sie die Änderung annimmt. Die Änderung tritt für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.</p> |
| <p>.6.4 If a Party that has made a notification referred to in subparagraph .6.2.2 notifies the Secretary-General of its acceptance with respect to an amendment, such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.</p> | <p>.6.4 Si une Partie qui a adressé une notification visée à l'alinéa .6.2.2 notifie au Secrétaire général qu'elle accepte un amendement, cet amendement entre en vigueur à l'égard de cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière date est postérieure.</p> | <p>.6.4 Notifiziert eine Vertragspartei, die eine Notifikation nach Absatz 2.6.2.2 abgegeben hat, dem Generalsekretär ihre Annahme der Änderung, so tritt die betreffende Änderung für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.</p> |
| <p>3 Amendment by a Conference:</p> <p>.1 Upon the request of a Party concurred in by at least one-third of the Parties, the Organization shall convene a Conference of Parties to consider amendments to this Convention.</p> <p>.2 An amendment adopted by such a Conference by a two-thirds majority of the Parties present and voting shall be communicated by the Secretary-General to all Parties for acceptance.</p> <p>.3 Unless the Conference decides otherwise, the amendment shall be deemed to have been accepted and shall enter into force in accordance with the procedures specified in paragraphs 2.5 and 2.6 respectively.</p> <p>4 Any Party that has declined to accept an amendment to the Annex shall be treated as a non-Party only for the purpose of application of that amendment.</p> <p>5 Any notification under this Article shall be made in writing to the Secretary-General.</p> <p>6 The Secretary-General shall inform the Parties and Members of the Organization of:</p> <p>.1 any amendment that enters into force and the date of its entry into force generally and for each Party; and</p> <p>.2 any notification made under this Article.</p> | <p>3 Amendement par une conférence:</p> <p>.1 À la demande d'une Partie, appuyée par un tiers au moins des Parties, l'Organisation convoque une conférence des Parties pour examiner des amendements à la présente Convention.</p> <p>.2 Un amendement adopté par cette conférence à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes est communiqué par le Secrétaire général à toutes les Parties pour acceptation.</p> <p>.3 À moins que la Conférence n'en décide autrement, l'amendement est réputé avoir été accepté et entre en vigueur conformément aux procédures décrites aux paragraphes 2.5 et 2.6 respectivement.</p> <p>4 Toute Partie qui n'a pas accepté un amendement à l'Annexe est considérée comme non Partie aux seules fins de l'application de cet amendement.</p> <p>5 Toute notification en vertu du présent article doit être adressée par écrit au Secrétaire général.</p> <p>6 Le Secrétaire général informe les Parties et les Membres de l'Organisation de:</p> <p>.1 tout amendement qui entre en vigueur et de la date de son entrée en vigueur en général et à l'égard de chaque Partie; et</p> <p>.2 toute notification faite en vertu du présent article.</p> | <p>3 Änderung durch eine Konferenz:</p> <p>.1 Auf Antrag einer Vertragspartei, der von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt sein muss, beruft die Organisation eine Konferenz der Vertragsparteien zur Prüfung von Änderungen dieses Übereinkommens ein.</p> <p>.2 Eine von einer solchen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossene Änderung wird vom Generalsekretär allen Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.</p> <p>.3 Sofern die Konferenz nichts anderes beschließt, gilt die Änderung nach dem Verfahren in Absatz 2.5 als angenommen und tritt nach dem Verfahren in Absatz 2.6 in Kraft.</p> <p>4 Eine Vertragspartei, die eine Änderung der Anlage nicht angenommen hat, gilt lediglich für den Zweck der Anwendung dieser Änderung als Nichtvertragspartei.</p> <p>5 Jede Notifikation nach diesem Artikel hat in schriftlicher Form an den Generalsekretär zu erfolgen.</p> <p>6 Der Generalsekretär unterrichtet die Vertragsparteien und die Mitglieder der Organisation</p> <p>.1 über jede Änderung, die in Kraft tritt, und den Tag ihres Inkrafttretens allgemein und für jede einzelne Vertragspartei;</p> <p>.2 über jede nach diesem Artikel erfolgte Notifikation.</p> |

Article 19 Denunciation

1 This Convention may be denounced by any Party at any time after the expiry of two years from the date on which this Convention enters into force for that Party.

Article 19 Dénonciation

1 La présente Convention peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties à tout moment après l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date à laquelle elle entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

Artikel 19 Kündigung

1 Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens für die betreffende Vertragspartei gekündigt werden.

2 Denunciation shall be effected by written notification to the Secretary-General, to take effect one year after receipt or such longer period as may be specified in that notification.

Article 20

Depositary

1 This Convention shall be deposited with the Secretary-General, who shall transmit certified copies of this Convention to all States which have signed this Convention or acceded thereto.

2 In addition to the functions specified elsewhere in this Convention, the Secretary-General shall:

- .1 inform all States that have signed this Convention, or acceded thereto, of:
 - .1.1 each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, together with the date thereof;
 - .1.2 the date of entry into force of this Convention;
 - .1.3 the deposit of any instrument of denunciation from this Convention, together with the date on which it was received and the date on which the denunciation takes effect; and
 - .1.4 other declarations and notifications received pursuant to this Convention; and
- .2 as soon as this Convention enters into force, transmit the text thereof to the Secretariat of the United Nations, for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 21

Languages

This Convention is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at Hong Kong, China, this fifteenth day of May, two thousand and nine.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Convention.

2 La dénonciation s'effectue par notification écrite au Secrétaire général et prend effet un an après la date à laquelle le dépositaire a reçu la notification ou à l'expiration de toute autre période plus longue spécifiée dans cette notification.

Article 20

Dépositaire

1 La présente Convention est déposée auprès du Secrétaire général, qui en adresse des copies certifiées conformes à tous les États qui l'ont signée ou qui y ont adhéré.

2 Outre les fonctions spécifiées dans d'autres dispositions de la présente Convention, le Secrétaire général:

- .1 informe tous les États qui ont signé la présente Convention ou qui y ont adhéré:
 - .1.1 de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
 - .1.2 de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention;
 - .1.3 du dépôt de tout instrument de dénonciation de la présente Convention, ainsi que de la date à laquelle ce dépôt est intervenu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet; et
 - .1.4 des autres déclarations et notifications reçues en application de la présente Convention; et
- .2 dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 21

Langues

La présente Convention est établie en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi.

Fait à Hong Kong, Chine, ce quinze mai deux mille neuf.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont apposé leur signature à la présente Convention.

2 Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär und wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation oder nach Ablauf eines gegebenenfalls in der Notifikation angegebenen längeren Zeitabschnitts wirksam.

Artikel 20

Verwahrer

1 Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten, die es unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

2 Neben seinen Aufgaben, die an anderer Stelle in diesem Übereinkommen ausgeführt sind, wird der Generalsekretär wie folgt tätig:

- .1 Er unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, über:
 - .1.1 jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde unter Angabe des jeweiligen Zeitpunkts;
 - .1.2 den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
 - .1.3 die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Übereinkommen unter Angabe des Zeitpunkts ihres Eingangs und des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;
 - .1.4 weitere Erklärungen und Mitteilungen, die nach diesem Übereinkommen eingegangen sind;
- .2 er übermittelt, sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, dessen Wortlaut an das Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 21

Sprachen

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu Hongkong, China, am 15. Mai 2009.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Annex
Regulations
for Safe and Environmentally
Sound Recycling
of Ships

Chapter 1
General Provisions

Regulation 1
Definitions

For the purposes of this Annex:

1 "Competent person" means a person with suitable qualifications, training, and sufficient knowledge, experience and skill, for the performance of the specific work. Specifically, a Competent person may be a trained worker or a managerial employee capable of recognizing and evaluating occupational hazards, risks, and employee exposure to potentially Hazardous Materials or unsafe conditions in a Ship Recycling Facility, and who is capable of specifying the necessary protection and precautions to be taken to eliminate or reduce those hazards, risks, or exposures. The Competent Authority may define appropriate criteria for the designation of such persons and may determine the duties to be assigned to them.

2 "Employer" means a natural or legal person that employs one or more workers engaged in Ship Recycling.

3 "Existing ship" means a ship which is not a new ship.

4 "New ship" means a ship:

.1 for which the building contract is placed on or after the entry into force of this Convention; or

.2 in the absence of a building contract, the keel of which is laid or which is at a similar stage of construction on or after six months after the entry into force of this Convention; or

.3 the delivery of which is on or after 30 months after the entry into force of this Convention.

5 "New installation" means the installation of systems, equipment, insulation, or other material on a ship after the date on which this Convention enters into force.

Annexe
Règles
relatives au recyclage sûr et
écologiquement rationnel
des navires

Chapitre 1
Dispositions Générales

Règle 1
Définitions

Aux fins de la présente Annexe:

1 «Personne compétente» désigne une personne dotée de qualifications appropriées, d'une formation et de connaissances, d'une expérience et d'aptitudes suffisantes pour accomplir les tâches spécifiques. Plus précisément, une personne compétente peut être un travailleur qualifié ou un préposé aux fonctions de gestion qui est à même de reconnaître et d'évaluer les risques d'accident du travail, les dangers et l'exposition des employés à des matières potentiellement dangereuses ou des conditions peu sûres dans une installation de recyclage de navires et qui est capable d'indiquer les mesures de protection et les précautions nécessaires à prendre pour éliminer ou réduire ces risques, dangers ou situations. L'Autorité compétente peut définir des critères appropriés permettant de désigner ces personnes et peut déterminer les tâches à leur confier.

2 «Employeur» désigne une personne physique ou morale qui emploie un ou plusieurs travailleurs participant à des activités de recyclage des navires.

3 «Navire existant» désigne un navire qui n'est pas un navire neuf.

4 «Navire neuf» désigne un navire:

.1 dont le contrat de construction est passé à la date d'entrée en vigueur de la Convention ou après cette date; ou

.2 en l'absence d'un contrat de construction, dont la quille est posée ou dont la construction se trouve à un stade équivalent à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention ou six mois après cette date; ou

.3 dont la livraison s'effectue à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention ou 30 mois après cette date.

5 «Installation nouvelle» désigne l'installation de systèmes, d'équipement, d'isolant ou autre matière ou matériau à bord d'un navire après la date à laquelle la Convention entre en vigueur.

Anlage
Regeln
für das sichere und
umweltgerechte Recycling
von Schiffen

Kapitel 1
Allgemeine Bestimmungen

Regel 1
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1 Der Ausdruck „fachkundige Person“ bezeichnet eine Person, die über die geeignete Qualifikation und Ausbildung sowie über ausreichende Kenntnisse, Erfahrung und Fähigkeiten für die Ausführung einer bestimmten Arbeit verfügt. Bei einer fachkundigen Person kann es sich insbesondere um einen Facharbeiter oder um einen leitenden Angestellten handeln, der in der Lage ist, Berufsrisiken, Gefahren und den Kontakt der Beschäftigten mit möglicherweise gefährlichen Materialien sowie das Arbeiten unter mangelhaften Sicherheitsbedingungen in einer Abwrackeinrichtung zu erkennen und einzuschätzen, und der in der Lage ist, die notwendigen Schutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen zu nennen, die ergriffen werden müssen, um diese Risiken, Gefahren oder Zustände zu beseitigen oder zu verringern. Die zuständige Behörde kann geeignete Kriterien für die Benennung solcher Personen festlegen und bestimmen, welche Aufgaben diesen Personen übertragen werden.

2 Der Ausdruck „Arbeitgeber“ bezeichnet eine natürliche oder juristische Person, die einen oder mehrere Arbeiter beschäftigt, die beim Recycling von Schiffen eingesetzt werden.

3 Der Ausdruck „vorhandenes Schiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein neues Schiff ist.

4 Der Ausdruck „neues Schiff“ bezeichnet ein Schiff,

.1 für das der Bauvertrag am oder nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens geschlossen wird;

.2 falls kein Bauvertrag vorliegt, dessen Kiel am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder in den sechs Monaten danach gelegt wird oder das sich dann in einem entsprechenden Bauzustand befindet oder

.3 das am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder in den 30 Monaten danach abgeliefert wird.

5 Der Ausdruck „Neueinbau“ bezeichnet den Einbau von Systemen, Ausrüstungsgegenständen und Isoliermaterial oder sonstiger Werkstoffe auf einem Schiff nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

6 “Safe-for-entry” means a space that meets the following criteria:

- .1 the oxygen content of the atmosphere and the concentration of flammable vapours are within safe limits;
- .2 any toxic materials in the atmosphere are within permissible concentrations; and
- .3 any residues or materials associated with the work authorized by the Competent person will not produce uncontrolled release of toxic materials or an unsafe concentration of flammable vapours under existing atmospheric conditions while maintained as directed.

7 Safe-for-hot work means a space that meets the following criteria:

- .1 a safe, non-explosive condition, including gas-free status, exists for the use of electric arc or gas welding equipment, cutting or burning equipment or other forms of naked flame, as well as heating, grinding, or spark generating operations;
- .2 Safe-for-entry requirements of regulation 1.6 are met;
- .3 existing atmospheric conditions will not change as a result of the hot work; and
- .4 all adjacent spaces have been cleaned, or inerted, or treated sufficiently to prevent the start or spread of fire.

8 “Shipowner” means the person or persons or company registered as the owner of the ship or, in the absence of registration, the person or persons or company owning the ship or any other organization or person such as the manager, or the bareboat charterer, who has assumed the responsibility for operation of the ship from the owner of the ship. However, in the case of a ship owned by a State and operated by a company which in that State is registered as the ship’s operator, “owner” shall mean such company. This term also includes those who have ownership of the ship for a limited period pending its sale or handing over to a Ship Recycling Facility.

9 “Site inspection” means an inspection of the Ship Recycling Facility confirming the condition described by the verified docu-

6 «Conditions de sécurité en vue de l’entrée dans un espace» désignent les conditions que remplit un espace qui satisfait aux critères ci-après:

- .1 la teneur en oxygène de l’atmosphère et la concentration des vapeurs inflammables restent dans les limites de sécurité;
- .2 la concentration de matières toxiques dans l’atmosphère ne dépasse pas les limites admissibles; et
- .3 les résidus ou matières associés au travail autorisé par la personne compétente n’entraînent pas de dégagement incontrôlé de matières toxiques ni une concentration dangereuse de vapeurs inflammables dans l’atmosphère existante, dont la condition est maintenue conformément aux instructions.

7 «Conditions de sécurité en vue du travail à chaud» désignent les conditions que remplit un espace qui satisfait aux critères ci-après:

- .1 il y existe des conditions sûres, qui ne présentent pas de risque d’explosion, y compris des conditions exemptes de gaz, pour l’utilisation d’une soudeuse à l’arc électrique ou au gaz, d’un outil de découpage ou d’un brûleur au chalumeau ou d’autres formes de flamme nue, de même que pour les opérations de chauffe, de meulage ou génératrices d’étincelles;
- .2 les conditions de sécurité en vue de l’entrée dans un espace énoncées à la règle 1.6 sont réunies;
- .3 l’atmosphère existante ne changera pas par suite du travail à chaud; et
- .4 tous les espaces adjacents ont été nettoyés ou rendus inertes ou suffisamment traités pour éviter qu’un incendie ne se déclare ou ne se propage.

8 «Propriétaire du navire» désigne la personne ou les personnes ou la compagnie au nom de laquelle ou desquelles le navire est immatriculé ou, à défaut d’immatriculation, la personne ou les personnes ou la compagnie dont le navire est la propriété ou tout autre organisme ou personne, tel que l’armateur-gérant ou l’affréteur coque nue, auquel le propriétaire du navire a confié la responsabilité de l’exploitation du navire. Toutefois, dans le cas d’un navire appartenant à un État et exploité par une compagnie qui, dans cet État, est enregistrée comme étant l’exploitant du navire, le terme «propriétaire» désigne cette compagnie. Cette expression comprend également les acheteurs qui sont propriétaires du navire pour une période de temps limitée en attendant sa vente ou sa remise à une installation de recyclage de navires.

9 «Inspection sur place» désigne l’inspection de l’installation de recyclage des navires visant à confirmer l’état décrit par la

6 Der Ausdruck „sicher zum Begehen“ bezeichnet einen Bereich, der die folgenden Kriterien erfüllt:

- .1 Der Sauerstoffgehalt der Luft und die Konzentration entzündlicher Dämpfe liegen im sicheren Bereich;
- .2 die giftigen Materialien in der Luft befinden sich innerhalb der zulässigen Konzentrationen;
- .3 die Rückstände oder Materialien, die mit den von der fachkundigen Person genehmigten Arbeiten zusammenhängen, führen nicht zu einer unkontrollierten Freisetzung giftiger Materialien oder einer gefährlichen Konzentration entzündlicher Dämpfe unter den herrschenden Luftverhältnissen, solange diese wie angewiesen bewahrt werden.

7 Der Ausdruck „sicher für feuergefährliche Arbeiten“ bezeichnet einen Bereich, der die folgenden Kriterien erfüllt:

- .1 Es handelt sich um ein sicheres, nicht explosionsfähiges sowie nachweislich gasfreies Umfeld, in dem Lichtbogen- oder Gasschweißgeräte, Schneid- und Brenngeräte oder andere Geräte, bei denen offene Flammen zum Einsatz kommen, verwendet und Erhitzungs-, Trenn- oder sonstige Arbeiten durchgeführt werden können, die Funkenflug verursachen;
- .2 die Voraussetzungen der Regel 1.6 für ein sicheres Begehen sind erfüllt;
- .3 die herrschenden Luftverhältnisse werden nicht aufgrund der feuergefährlichen Arbeiten verändert;
- .4 alle angrenzenden Bereiche wurden gereinigt, inertisiert oder so behandelt, dass das Entstehen oder Ausweiten eines Brandes verhindert wird.

8 Der Ausdruck „Schiffseigentümer“ bezeichnet die Person oder Personen oder das Unternehmen, in deren Namen das Schiff in das Schiffsregister eingetragen ist, oder, wenn keine Eintragung vorliegt, die Person oder Personen oder das Unternehmen, denen das Schiff gehört, oder eine sonstige Organisation oder Person, wie zum Beispiel den Geschäftsführer oder den Bareboat-Charterer, die vom Eigentümer des Schiffes die Verantwortung für den Betrieb des Schiffes übernommen hat. Jedoch bedeutet „Eigentümer“ in Fällen, in denen das Schiff einem Staat gehört und von einem Unternehmen betrieben wird, das in dem betreffenden Staat als Betreiber des Schiffes eingetragen ist, dieses Unternehmen. Dieser Ausdruck schließt auch diejenigen ein, die für einen begrenzten Zeitabschnitt Eigentümer des Schiffes sind, bevor dieses verkauft oder einer Abwrackeinrichtung übergeben wird.

9 Der Ausdruck „Vor-Ort-Kontrolle“ bezeichnet eine Überprüfung der Abwrackeinrichtung zur Bestätigung des in den

mentation.

10 "Statement of Completion" means a confirmatory statement issued by the Ship Recycling Facility that the Ship Recycling has been completed in accordance with this Convention.

11 "Tanker" means an oil tanker as defined in MARPOL Annex I or an NLS tanker as defined in MARPOL Annex II.

12 "Worker" means any person who performs work, either regularly or temporarily, in the context of an employment relationship including contractor personnel.

Regulation 2

General applicability

Unless expressly provided otherwise, the design, construction, survey, certification, operation and recycling of ships shall be conducted in accordance with the provisions of this Annex.

Regulation 3

Relationship with other standards, recommendations and guidance

Parties shall take measures to implement the requirements of the regulations of this Annex, taking into account relevant and applicable standards, recommendations and guidance developed by the International Labour Organization and the relevant and applicable technical standards, recommendations and guidance developed under the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal.

Chapter 2

Requirements for Ships

Part A

Design, construction, operation and maintenance of ships

Regulation 4

Controls of ships' Hazardous Materials

In accordance with the requirements specified in Appendix 1 to this Convention each Party:

- .1 shall prohibit and/or restrict the installation or use of Hazardous Materials listed in Appendix 1 on ships entitled to fly its flag or operating under its authority; and

documentation vérifiée.

10 «Avis d'achèvement» désigne une déclaration délivrée par l'installation de recyclage des navires pour confirmer que le recyclage du navire a été achevé conformément à la présente Convention.

11 «Navire-citerne» désigne un pétrolier tel que défini dans l'Annexe I de MARPOL ou un navire-citerne NLS tel que défini dans l'Annexe II de MARPOL.

12 «Travailleur» désigne toute personne qui s'acquitte de tâches, sur une base régulière ou temporaire, dans le cadre de relations de travail, y compris les sous-traitants.

Règle 2

Applicabilité générale

Sauf disposition expresse contraire, la conception, la construction, les visites, la délivrance des certificats, l'exploitation et le recyclage des navires doivent être effectués conformément aux dispositions de la présente Annexe.

Règle 3

Rapport avec d'autres normes, recommandations et orientations

Les Parties prennent des mesures pour appliquer les dispositions des règles de la présente Annexe, en tenant compte des normes, recommandations et orientations pertinentes et applicables élaborées par l'Organisation internationale du Travail et des normes, recommandations et orientations pertinentes et applicables mises au point dans le cadre de la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination.

Chapitre 2

Prescriptions applicables aux navires

Partie A

Conception, construction, exploitation et entretien des navires

Règle 4

Réglementation des matières potentiellement dangereuses à bord des navires

Conformément aux dispositions prescrites à l'appendice 1 de la présente Convention, chaque Partie:

- .1 interdit et/ou limite l'installation ou l'utilisation des matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1 à bord des navires autorisés à battre son pavillon ou exploités sous son autorité; et

geprüften Unterlagen beschriebenen Zustands.

10 Der Ausdruck „Erklärung über den Abschluss der Arbeiten“ bezeichnet eine von der Abwrackeinrichtung abgegebene Erklärung, mit der bestätigt wird, dass das Recycling des Schiffes in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen abgeschlossen wurde.

11 Der Ausdruck „Tankschiff“ bezeichnet ein Öltankschiff im Sinne der Anlage I von MARPOL oder ein NLS-Tankschiff im Sinne der Anlage II von MARPOL.

12 Der Ausdruck „Arbeiter“ bezeichnet eine Person, die im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses regelmäßig oder vorübergehend Arbeiten ausführt und schließt Personal von Subunternehmern ein.

Regel 2

Allgemeine Anwendbarkeit

Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, dürfen der Entwurf, der Bau, die Besichtigung, die Zeugniserstellung, der Betrieb und das Recycling von Schiffen nur nach Maßgabe dieser Anlage erfolgen.

Regel 3

Verhältnis zu anderen Normen, Empfehlungen und Richtlinien

Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen zur Durchführung der Regeln dieser Anlage, wobei die einschlägigen und geltenden Normen, Empfehlungen und Richtlinien, die von der Internationalen Arbeitsorganisation entwickelt wurden, und die einschlägigen und geltenden technischen Normen, Empfehlungen und Richtlinien, die im Rahmen des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung entwickelt wurden, zu berücksichtigen sind.

Kapitel 2

Anforderungen für Schiffe

Teil A

Entwurf, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Schiffen

Regel 4

Beschränkung der gefährlichen Materialien an Bord von Schiffen

Nach Maßgabe der in Anhang 1 enthaltenen Vorschriften verbietet und/oder beschränkt jede Vertragspartei

- .1 den Einbau oder die Verwendung der in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien auf Schiffen, die zum Führen ihrer Flagge berechtigt sind oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden;

.2 shall prohibit and/or restrict the installation or use of such materials on ships, whilst in its ports, shipyards, ship repair yards, or offshore terminals,

and shall take effective measures to ensure that such ships comply with those requirements.

Regulation 5 **Inventory of** **Hazardous Materials**

1 Each new ship shall have on board an Inventory of Hazardous Materials. The Inventory shall be verified either by the Administration or by any person or organization authorized by it taking into account guidelines, including any threshold values and exemptions contained in those guidelines, developed by the Organization. The Inventory of Hazardous Materials shall be specific to each ship and shall at least:

.1 identify as Part I, Hazardous Materials listed in Appendices 1 and 2 to this Convention and contained in ship's structure or equipment, their location and approximate quantities; and

.2 clarify that the ship complies with regulation 4.

2 Existing ships shall comply as far as practicable with paragraph 1 not later than 5 years after the entry into force of this Convention, or before going for recycling if this is earlier, taking into account the guidelines developed by the Organization and the Organization's Harmonized System of Survey and Certification. The Hazardous Materials listed in Appendix 1, at least, shall be identified when the Inventory is developed. For existing ships a plan shall be prepared describing the visual/sampling check by which the Inventory of Hazardous Materials is developed, taking into account the guidelines developed by the Organization.

3 Part I of the Inventory of Hazardous Materials shall be properly maintained and updated throughout the operational life of the ship, reflecting new installations containing Hazardous Materials listed in Appendix 2 and relevant changes in ship structure and equipment, taking into account the guidelines developed by the Organization.

4 Prior to recycling the Inventory shall, in addition to the properly maintained and updated Part I, incorporate Part II for operationally generated wastes and Part III for stores, and be verified either by the Administration or by any person or organization

.2 interdit et/ou limite l'installation ou l'utilisation de ces matières à bord des navires se trouvant dans ses ports, chantiers navals, chantiers de réparation ou terminaux au large,

et prend des mesures efficaces pour veiller à ce que lesdits navires satisfassent à ces prescriptions.

Règle 5 **Inventaire des** **matières potentiellement dangereuses**

1 Chaque navire neuf doit avoir à bord un Inventaire des matières potentiellement dangereuses. L'Inventaire est vérifié soit par l'Administration, soit par toute personne ou organisme autorisé par elle, compte tenu des directives, y compris toutes les valeurs de seuil et les exemptions mentionnées dans ces directives, élaborées par l'Organisation. L'Inventaire est propre à chaque navire et ses caractéristiques minimales sont les suivantes:

.1 il recense, dans la Partie I, les matières potentiellement dangereuses qui sont énumérées dans les appendices 1 et 2 de la présente Convention et sont présentes dans la structure et l'équipement du navire, leur emplacement et leurs quantités approximatives; et

.2 il précise que le navire satisfait aux dispositions de la règle 4.

2 Les navires existants doivent satisfaire autant que possible aux dispositions du paragraphe 1 au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou avant d'être recyclés si cette date est plus rapprochée, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation et du système harmonisé de visites et de délivrance des certificats de l'Organisation. Les matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1, au minimum, doivent être identifiées lors de l'établissement de l'Inventaire. Dans le cas des navires existants, il est établi un plan décrivant la vérification visuelle/par prélèvement d'échantillons sur la base de laquelle a été établi l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

3 La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses doit être correctement tenue et mise à jour pendant toute la vie opérationnelle du navire afin de rendre compte des installations nouvelles contenant des matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 2 et des modifications pertinentes apportées à la structure et à l'équipement du navire, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

4 Avant le recyclage, l'Inventaire doit, en plus de la Partie I correctement tenue et mise à jour, incorporer une Partie II pour les déchets d'exploitation et une Partie III pour les provisions de bord et doit être vérifié soit par l'Administration soit par la personne ou

.2 den Einbau oder die Verwendung solcher Materialien auf Schiffen während des Aufenthalts in ihren Häfen, Werften, Reparaturwerften oder Offshore-Umschlagplätzen

und ergreift wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Schiffe die betreffenden Vorschriften einhalten.

Regel 5 **Bestandsverzeichnis** **der gefährlichen Materialien**

1 Jedes neue Schiff muss ein Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien an Bord mitführen. Das Bestandsverzeichnis wird entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle geprüft, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien, einschließlich der in diesen Richtlinien enthaltenen Grenzwerte und Ausnahmen, zu berücksichtigen sind. Das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird für jedes Schiff gesondert erstellt und muss mindestens Folgendes aufweisen:

.1 als Teil I müssen die in den Anhängen 1 und 2 aufgeführten gefährlichen Materialien im Schiffskörper und in der Ausrüstung, ihr Standort und ihre ungefähre Menge angegeben sein;

.2 aus ihr muss klar hervorgehen, dass das Schiff Regel 4 einhält.

2 Vorhandene Schiffe müssen, soweit praktisch durchführbar, spätestens 5 Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder vor dem Recycling, sofern dies der frühere Zeitpunkt ist, Absatz 1 einhalten, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien und das von ihr entwickelte Einheitliche System der Besichtigung und Zeugniserteilung zu berücksichtigen sind. Bei der Erstellung des Bestandsverzeichnisses sind mindestens die in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien anzugeben. Für vorhandene Schiffe ist ein Plan anzufertigen, in dem die Sichtkontrollen/Stichprobenkontrollen beschrieben sind, auf deren Grundlage das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien erstellt wird.

3 Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien wird während der gesamten Betriebsdauer des Schiffes ordnungsgemäß geführt und aktualisiert, wobei neue Einbauten, die in Anhang 2 aufgeführte gefährliche Materialien enthalten, und entsprechende Änderungen am Schiffskörper und bei der Ausrüstung unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu vermerken sind.

4 Vor dem Recycling wird das Bestandsverzeichnis zusätzlich zu dem ordnungsgemäß geführten und aktualisierten Teil I um einen Teil II für Betriebsabfälle und einen Teil III für Vorräte ergänzt und entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr er-

authorized by it, taking into account the guidelines developed by the Organization.

l'organisme autorisé par elle, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

mächtigten Person oder Stelle unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien geprüft.

Regulation 6

Procedure for proposing amendments to Appendices 1 and 2

1 Any Party may propose an amendment to Appendix 1 and/or Appendix 2 in accordance with this regulation. The proposed amendment shall be considered within the Organization under Article 18 paragraph 2 and this regulation.

2 When the Organization receives a proposal, it shall also bring the proposal to the attention of the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the Organization and non-governmental organizations in consultative status with the Organization and shall make it available to them.

3 The Committee shall establish a technical group in accordance with regulation 7 to review proposals submitted in accordance with paragraph 1 of this regulation.

4 The technical group shall review the proposal along with any additional data, including decisions adopted by other international bodies regarding their lists of materials or hazardous substances, submitted by any interested entity, and shall evaluate and report to the Committee whether the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment such that the amendment of Appendix 1 or Appendix 2 is warranted. In this regard:

.1 The technical group's review shall include:

.1 an evaluation of the association between the Hazardous Material in question and the likelihood, in the context of this Convention, that it will lead to significant adverse effects on human health or the environment based on the submitted data or other relevant data brought to the attention of the group;

.2 an evaluation of the potential risk reduction attributable to the proposed control measures and any other control measures that may be considered by the technical group;

.3 consideration of available information on the technical feasibility of control measures;

Règle 6

Procédure à suivre pour proposer des amendements aux appendices 1 et 2

1 Toute Partie peut proposer de modifier l'appendice 1 et/ou l'appendice 2 conformément aux dispositions de la présente règle. La modification proposée est examinée au sein de l'Organisation en vertu de l'article 18.2 et de la présente règle.

2 Lorsque l'Organisation est saisie d'une proposition, elle la porte également à la connaissance de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées, des organisations intergouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et des organisations non gouvernementales bénéficiant du statut consultatif auprès de l'Organisation et la met à leur disposition.

3 Le Comité charge un groupe technique constitué conformément à la règle 7 d'examiner les propositions soumises en vertu du paragraphe 1 de la présente règle.

4 Le groupe technique examine la proposition, ainsi que les données complémentaires, y compris les décisions adoptées par d'autres organisations internationales au sujet de leurs listes de matières ou de substances potentiellement dangereuses, qui pourraient être soumises par une entité intéressée, détermine s'il est prouvé que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement au point qu'il est justifié de modifier l'appendice 1 ou l'appendice 2 et fait rapport au Comité. À cet égard:

.1 l'examen effectué par le groupe technique doit comprendre:

.1 l'évaluation de la corrélation entre la matière potentiellement dangereuse en question et la probabilité, dans le contexte de la présente Convention, qu'elle ait des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, sur la base des données soumises ou de toute autre donnée portée à la connaissance du groupe;

.2 l'évaluation de la réduction du risque potentiel imputable aux mesures de contrôle proposées et à toute autre mesure de contrôle pouvant être envisagée par le groupe technique;

.3 l'examen des informations disponibles sur les possibilités techniques d'application des mesures de contrôle;

Regel 6

Verfahren für Vorschläge zur Änderung der Anhänge 1 und 2

1 Jede Vertragspartei kann nach Maßgabe dieser Regel eine Änderung des Anhangs 1 und/oder des Anhangs 2 vorschlagen. Die vorgeschlagene Änderung wird innerhalb der Organisation nach Artikel 18 Absatz 2 und dieser Regel geprüft.

2 Geht bei der Organisation ein Vorschlag ein, so unterrichtet sie auch die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, die zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie die nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation über diesen Vorschlag und macht ihn diesen Stellen zugänglich.

3 Der Ausschuss richtet für die Überprüfung der nach Absatz 1 eingereichten Vorschläge eine Facharbeitsgruppe nach Regel 7 ein.

4 Die Facharbeitsgruppe überprüft den Vorschlag sowie die von einer betroffenen Stelle gegebenenfalls vorgelegten zusätzlichen Daten, einschließlich der von anderen internationalen Gremien angenommenen Beschlüsse betreffend deren Listen der Materialien oder der gefährlichen Stoffe, bewertet den Vorschlag und berichtet dem Ausschuss, ob das betreffende gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen voraussichtlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so dass die Änderung des Anhangs 1 oder 2 gerechtfertigt ist. Diesbezüglich

.1 beinhaltet die Überprüfung durch die Facharbeitsgruppe

.1 eine auf die vorgelegten Daten oder andere der Gruppe zur Kenntnis gebrachten einschlägigen Daten gestützte Bewertung des Zusammenhangs zwischen dem betreffenden gefährlichen Material und der Wahrscheinlichkeit, dass es im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird;

.2 eine Bewertung der möglichen Gefahrminderung aufgrund der vorgeschlagenen Beschränkungsmaßnahmen und etwaiger anderer Beschränkungsmaßnahmen, die von der Facharbeitsgruppe möglicherweise in Betracht gezogen werden;

.3 die Prüfung verfügbarer Informationen über die technische Durchführbarkeit von Beschränkungsmaßnahmen;

- | | | |
|--|---|---|
| <p>.4 consideration of available information on other effects arising from the introduction of such control measures relating to:</p> <ul style="list-style-type: none"> – the environment; – human health and safety including that of seafarers and workers; and – the cost to international shipping and other relevant sectors. | <p>.4 l'examen des informations disponibles sur les autres effets produits par l'adoption desdites mesures de contrôle sur:</p> <ul style="list-style-type: none"> – l'environnement; – la santé et la sécurité, y compris celles des gens de mer et des travailleurs; et – la charge financière imposée au secteur des transports maritimes internationaux et aux autres branches d'activités concernées; | <p>.4 die Prüfung verfügbarer Informationen über weitere Auswirkungen der Einführung solcher Beschränkungsmaßnahmen betreffend</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Umwelt; – die menschliche Gesundheit und Sicherheit, einschließlich der von Seeleuten und Arbeitern; – die Kosten für die internationale Schifffahrt und weitere betroffene Wirtschaftszweige; |
| <p>.5 consideration of the availability of suitable alternatives to the Hazardous Material to be controlled, including a consideration of the potential risks of alternatives;</p> | <p>.5 l'examen de la disponibilité de matières susceptibles de remplacer les matières potentiellement dangereuses à réglementer, y compris l'examen des risques potentiels présentés par les matières de remplacement;</p> | <p>.5 die Prüfung der Verfügbarkeit geeigneter Alternativen zu dem Beschränkungen zu unterwerfenden gefährlichen Material, einschließlich einer Prüfung der mit diesen Alternativen möglicherweise verbundenen Risiken;</p> |
| <p>.6 consideration of the risks posed by the Hazardous Material during the recycling process; and</p> | <p>.6 l'examen des risques présentés par les matières potentiellement dangereuses pendant le processus de recyclage; et</p> | <p>.6 die Prüfung der Risiken, die von dem gefährlichen Material während des Recyclingvorgangs ausgehen;</p> |
| <p>.7 consideration of suitable threshold values and any useful or necessary exemptions.</p> | <p>.7 l'examen de valeurs de seuil appropriées et de toute exemption utile ou nécessaire.</p> | <p>.7 die Prüfung geeigneter Schwellenwerte und etwaiger sinnvoller oder notwendiger Befreiungen.</p> |
| <p>.2 If the technical group finds that the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment, lack of full scientific certainty shall not be used as a reason to prevent the group from proceeding with an evaluation of the proposal.</p> | <p>.2 Si le groupe technique constate que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, l'absence de certitude scientifique absolue ne saurait être invoquée comme prétexte pour empêcher le groupe de procéder à l'évaluation de la proposition.</p> | <p>.2 Kommt die Facharbeitsgruppe zu dem Schluss, dass das gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen wahrscheinlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, die Gruppe davon abzuhalten, mit der Bewertung des Vorschlags fortzufahren.</p> |
| <p>.3 The technical group's report shall be in writing and shall take into account each of the evaluations and considerations referred to in subparagraph .1, except that the technical group may decide not to proceed with the evaluations and considerations described in subparagraphs .1.2 to .1.7 if it determines after the evaluation in subparagraph .1.1 that the proposal does not warrant further consideration.</p> | <p>.3 Le groupe technique présente un rapport écrit, dans lequel il prend en considération chaque examen et évaluation visés à l'alinéa .1, étant entendu toutefois que le groupe technique peut décider de ne pas procéder aux examens et évaluations énumérés aux alinéas .1.2 à .1.7 s'il établit, après avoir procédé à l'évaluation visée à l'alinéa .1.1, que la proposition ne mérite pas un complément d'examen.</p> | <p>.3 Der Bericht der Facharbeitsgruppe ist schriftlich vorzulegen und muss jede einzelne der in Absatz 4.1 genannten Bewertungen und Prüfungen berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn die Facharbeitsgruppe beschließt, mit den in den Absätzen 4.1.2 bis 4.1.7 beschriebenen Bewertungen und Prüfungen nicht fortzufahren, wenn sie nach der in Absatz 4.1.1 vorgesehenen Bewertung feststellt, dass der Vorschlag keine weitere Prüfung erfordert.</p> |
| <p>.4 The technical group's report shall include, <i>inter alia</i>, a recommendation on whether international controls pursuant to this Convention are warranted on the Hazardous Material in question, on the suitability of the specific control measures suggested in the comprehensive proposal, or on other control measures which it believes to be more suitable.</p> | <p>.4 Le rapport du groupe technique contient notamment une recommandation sur la question de savoir si des mesures de contrôle à l'échelle internationale en application de la présente Convention sont justifiées pour les matières potentiellement dangereuses en question, sur la pertinence des mesures de contrôle particulières suggérées dans la proposition détaillée ou sur d'autres mesures de contrôle qu'il juge plus appropriées.</p> | <p>.4 Der Bericht der Facharbeitsgruppe muss unter anderem eine Empfehlung enthalten, aus der hervorgeht, ob internationale Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Übereinkommen bezüglich des betreffenden gefährlichen Materials gerechtfertigt sind, ob die in dem umfassenden Vorschlag angeregten konkreten Beschränkungsmaßnahmen zweckmäßig sind oder ob andere Beschränkungsmaßnahmen von der Facharbeitsgruppe für geeigneter gehalten werden.</p> |
| <p>5 The Committee shall decide whether to approve any proposal to amend Appendix 1 or Appendix 2, and any modifications thereto, if appropriate, taking into account the technical group's report. Any proposed</p> | <p>5 Le Comité décide s'il y a lieu d'approuver une proposition d'amendement à l'appendice 1 ou à l'appendice 2 ou toute modification de cette proposition qui serait jugée appropriée en tenant compte du rapport</p> | <p>5 Der Ausschuss entscheidet unter Berücksichtigung des Berichts der Facharbeitsgruppe, ob er einen Vorschlag zur Änderung des Anhangs 1 oder 2 und gegebenenfalls Änderungen des Vorschlags ge-</p> |

amendment shall specify the application of the amendment for ships certified in accordance with this Convention before the entry into force of the amendment. If the report finds that the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment, lack of full scientific certainty shall not be used as a reason to prevent a decision from being taken to list a Hazardous Material in Appendix 1 or Appendix 2. A decision not to approve the proposal shall not preclude future submission of a new proposal with respect to a particular Hazardous Material if new information comes to light.

du groupe technique. Toute proposition d'amendement doit préciser la façon dont cet amendement s'applique aux navires auxquels ont été délivrés les certificats prévus par la présente Convention avant l'entrée en vigueur dudit amendement. S'il est établi dans le rapport que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, l'absence de certitude scientifique absolue ne saurait être invoquée comme prétexte pour faire obstacle à la décision d'inscrire une matière potentiellement dangereuse sur la liste figurant à l'appendice 1 ou à l'appendice 2. La décision de ne pas approuver la proposition n'exclut pas la possibilité de soumettre une nouvelle proposition concernant une matière potentiellement dangereuse donnée au cas où de nouvelles informations apparaîtraient.

nehmigt. Jeder Änderungsvorschlag muss genaue Angaben zur Anwendung der Änderung auf Schiffe enthalten, denen vor Inkrafttreten der Änderung ein Zeugnis nach diesem Übereinkommen erteilt wurde. Enthält der Bericht die Feststellung, dass das gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen wahrscheinlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, eine Entscheidung über die Aufnahme eines gefährlichen Materials in Anhang 1 oder 2 zu verhindern. Durch eine Entscheidung, den Vorschlag nicht zu genehmigen, wird die zukünftige Vorlage eines neuen Vorschlags in Bezug auf ein bestimmtes gefährliches Material nicht ausgeschlossen, wenn neue Informationen bekannt werden.

Regulation 7

Technical Groups

1 The Committee may establish one or more technical groups pursuant to regulation 6 as needed. The technical group may comprise representatives of the Parties, Members of the Organization, the United Nations and its Specialized Agencies, inter-governmental organizations having agreements with the Organization, and non-governmental organizations in consultative status with the Organization, which should preferably include representatives of institutions and laboratories with expertise in environmental fate and effects of substances, toxicological effects, marine biology, human health, economic analysis, risk management, shipbuilding, international shipping, occupational health and safety or other fields of expertise necessary to objectively review the technical merits of a proposal.

2 The Committee shall decide on the terms of reference, organization, participation and operation of the technical groups. Such terms shall provide for protection of any confidential information that may be submitted. Technical groups may hold such meetings as required, but shall endeavour to conduct their work through written or electronic correspondence or other media as appropriate.

3 Only the representatives of Parties may participate in formulating any recommendation to the Committee pursuant to regulation 6. A technical group shall endeavour to achieve unanimity among the representatives of the Parties. If unanimity is not possible, the technical group shall communicate any minority views of such representatives.

Règle 7

Groupes techniques

1 Le Comité, en application de la règle 6, peut constituer un ou plusieurs groupes techniques selon que de besoin. Le groupe technique est composé de représentants des Parties, des Membres de l'Organisation, de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées, des organisations intergouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et des organisations non gouvernementales bénéficiant du statut consultatif auprès de l'Organisation, qui devraient de préférence inclure des représentants d'établissements et de laboratoires ayant des connaissances spécialisées dans le devenir de l'environnement et les effets des substances, les effets toxicologiques, la biologie marine, la santé de l'homme, l'analyse économique, la gestion des risques, la construction des navires, le transport maritime international, la santé et la sécurité au travail ou d'autres domaines de compétence nécessaires pour passer objectivement en revue les mérites techniques d'une proposition.

2 Le Comité détermine le mandat, la structure, la composition et le mode de fonctionnement des groupes techniques. Ledit mandat contient des dispositions assurant la protection de toute information confidentielle qui pourrait être soumise. Les groupes techniques peuvent se réunir aussi souvent que nécessaire mais ils s'efforcent de mener leurs travaux par correspondance ou voie électronique ou autre moyen jugé approprié.

3 Seuls les représentants des Parties peuvent participer à l'élaboration des recommandations à adresser au Comité en application de la règle 6. Un groupe technique s'attache à obtenir l'unanimité des représentants des Parties. En l'absence d'unanimité, le groupe technique communique les points de vue minoritaires.

Regel 7

Facharbeitsgruppen

1 Der Ausschuss kann nach Bedarf eine oder mehrere Facharbeitsgruppen nach Regel 6 einrichten. Der Facharbeitsgruppe können Vertreter der Vertragsparteien, der Mitglieder der Organisation, der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, der zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie der nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation angehören; darunter sollen vorzugsweise auch Vertreter von Einrichtungen und Laboren sein, die über Fachwissen in den Bereichen Verhalten und Verbleib von Stoffen in der Umwelt und deren Auswirkungen auf die Umwelt, toxikologische Wirkungen, Meeresbiologie, menschliche Gesundheit, wirtschaftliche Analyse, Risikomanagement, Schiffbau, internationale Schifffahrt, Arbeitsmedizin und -sicherheit oder auf anderen Fachgebieten verfügen, das erforderlich ist, um die technischen Vorzüge eines Vorschlags objektiv zu prüfen.

2 Der Ausschuss beschließt über den Arbeitsauftrag, die Organisation, die Beteiligung und die Arbeitsweise der Facharbeitsgruppen. Der Arbeitsauftrag sieht den Schutz jeglicher gegebenenfalls vorgelegter vertraulicher Informationen vor. Die Facharbeitsgruppen können je nach Bedarf Sitzungen abhalten, bemühen sich jedoch darum, ihre Arbeit mittels schriftlicher oder elektronischer Korrespondenz oder über andere geeignete Medien zu erledigen.

3 Ausschließlich die Vertreter von Vertragsparteien dürfen sich an der Formulierung von Empfehlungen an den Ausschuss nach Regel 6 beteiligen. Eine Facharbeitsgruppe bemüht sich, unter den Vertretern der Vertragsparteien Einstimmigkeit zu erzielen. Ist Einstimmigkeit nicht möglich, so teilt die Facharbeitsgruppe etwaige Minderheitsmeinungen der betreffenden Vertreter mit.

Part B
Preparation
for Ship Recycling

Regulation 8

General requirements

Ships destined to be recycled shall:

- .1 only be recycled at Ship Recycling Facilities that are:
 - .1 authorized in accordance with this Convention; and
 - .2 fully authorized to undertake all the ship recycling which the Ship Recycling Plan specifies to be conducted by the identified Ship Recycling Facility(ies);
- .2 conduct operations in the period prior to entering the Ship Recycling Facility in order to minimize the amount of cargo residues, remaining fuel oil, and wastes remaining on board;
- .3 in the case of a tanker, arrive at the Ship Recycling Facility with cargo tanks and pump room(s) in a condition that is ready for certification as Safe-for-entry, or Safe-for-hot work, or both, according to national laws, regulations and policies of the Party under whose jurisdiction the Ship Recycling Facility operates;
- .4 provide to the Ship Recycling Facility all available information relating to the ship for the development of the Ship Recycling Plan required by regulation 9;
- .5 complete the Inventory required by regulation 5; and
- .6 be certified as ready for recycling by the Administration or organization recognized by it, prior to any recycling activity taking place.

Regulation 9

Ship Recycling Plan

A ship-specific Ship Recycling Plan shall be developed by the Ship Recycling Facility(ies) prior to any recycling of a ship, taking into account the guidelines developed by the Organization. The Ship Recycling Plan shall:

- .1 be developed taking into account information provided by the shipowner;
- .2 be developed in the language accepted by the Party authorizing the Ship Recy-

Partie B
Préparatifs en vue
du recyclage des navires

Règle 8

Prescriptions générales

Les navires destinés au recyclage:

- .1 ne sont recyclés que dans des installations de recyclage des navires qui sont:
 - .1 autorisées conformément à la présente Convention; et
 - .2 pleinement autorisées à procéder à tout le recyclage dont le plan de recyclage du navire précise qu'il sera effectué par l'installation ou les installations de recyclage des navires identifiées;
- .2 effectuent des opérations pendant la période précédant leur arrivée dans l'installation de recyclage des navires en vue de réduire au minimum la quantité de résidus de cargaison, de résidus de fuel-oil et de déchets restant à bord;
- .3 s'ils sont des navires-citernes, arrivent à l'installation de recyclage des navires avec des citernes à cargaison et une ou plusieurs chambres des pompes dont l'état permet la délivrance d'un certificat attestant que les conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace ou du travail à chaud ou des deux sont remplies, conformément à la législation, à la réglementation et aux politiques nationales de la Partie sous la juridiction de laquelle l'installation de recyclage des navires est exploitée;
- .4 fournissent à l'installation de recyclage des navires tous les renseignements disponibles à leur sujet aux fins de l'établissement du plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9;
- .5 établissent l'Inventaire prescrit par la règle 5; et
- .6 sont certifiés être prêts pour le recyclage par l'Administration ou l'organisme reconnu par elle, avant que ne soit entreprise la moindre opération de recyclage.

Règle 9

Plan de recyclage du navire

L'installation ou les installations de recyclage des navires élaborent un plan de recyclage spécifique au navire avant toute opération de recyclage, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation. Le plan de recyclage du navire:

- .1 est élaboré compte tenu des renseignements fournis par le propriétaire du navire;
- .2 est rédigé dans la langue acceptée par la Partie octroyant l'autorisation à l'ins-

Teil B
Vorbereitung für
das Recycling von Schiffen

Regel 8

Allgemeine Vorschriften

Für zum Recycling bestimmte Schiffe gilt Folgendes:

- .1 Sie werden nur in Abwrackeinrichtungen recycelt,
 - .1 die nach diesem Übereinkommen zugelassen worden sind;
 - .2 die die uneingeschränkte Zulassung für alle Recyclingvorgänge haben, hinsichtlich derer im Schiffsrecyclingplan festgelegt ist, dass sie in der angegebenen Abwrackeinrichtung oder in den angegebenen Abwrackeinrichtungen durchzuführen sind;
- .2 sie werden vor der Ankunft in einer Abwrackeinrichtung so betrieben, dass die Menge an Ladungsrückständen, verbleibendem ölhaltigen Brennstoff und an Bord verbleibenden Abfällen auf ein Mindestmaß verringert wird;
- .3 wenn es sich um ein Tankschiff handelt, müssen sich die Ladetanks und der Pumpenraum oder die Pumpenräume bei der Ankunft in der Abwrackeinrichtung in einem Zustand befinden, der bei der Zeugniserteilung im Einklang mit innerstaatlichen Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Politiken der Vertragspartei, in deren Hoheitsbereich die Abwrackeinrichtung betrieben wird, als „sicher zum Begehen“ oder „sicher für feuergefährliche Arbeiten“ oder beides bezeichnet werden kann;
- .4 der Abwrackeinrichtung werden alle verfügbaren Informationen über das Schiff im Hinblick auf die Erstellung des in Regel 9 vorgeschriebenen Schiffsrecyclingplans zur Verfügung gestellt;
- .5 die in Regel 5 vorgeschriebene Bestandsliste wird lückenlos erstellt;
- .6 vor Beginn jeglicher Recyclingtätigkeiten muss ihnen von der Verwaltung oder der von ihr anerkannten Stelle ein Zeugnis darüber, dass das Schiff recyclingfähig ist, erteilt worden sein.

Regel 9

Schiffsrecyclingplan

Die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen erstellen vor Beginn jeglichen Recyclings von Schiffen einen schiffsspezifischen Schiffsrecyclingplan, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind. Für den Schiffsrecyclingplan gilt Folgendes:

- .1 Er wird unter Berücksichtigung der vom Schiffseigentümer zur Verfügung gestellten Informationen erstellt;
- .2 er wird in der Sprache abgefasst, die von der Vertragspartei akzeptiert wird,

cling Facility, and if the language used is not English, French or Spanish, the Ship Recycling Plan shall be translated into one of these languages, except where the Administration is satisfied that this is not necessary;

tallation de recyclage des navires et, si cette langue n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le plan de recyclage du navire est traduit dans l'une de ces langues, sauf si l'Administration juge que cela n'est pas nécessaire;

die die Abwrackeinrichtung zulässt; ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so ist der Schiffsrecyclingplan in eine dieser Sprachen zu übersetzen, es sei denn, die Verwaltung hält dies nicht für erforderlich;

.3 include information concerning *inter alia*, the establishment, maintenance, and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions and how the type and amount of materials including those identified in the Inventory of Hazardous Materials will be managed;

.3 inclut des renseignements au sujet notamment de la mise en place, du maintien et de la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud et sur la façon dont le type et la quantité de matières, y compris celles qui sont énumérées dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, seront gérés;

.3 er enthält Angaben, die unter anderem die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen, und die Frage betreffen, wie die Art oder Menge der Materialien, einschließlich der im Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien aufgeführten, behandelt wird;

.4 in accordance with the declaration deposited pursuant to Article 16.6, be either explicitly or tacitly approved by the Competent Authority authorizing the Ship Recycling Facility. The Competent Authority shall send written acknowledgement of receipt of the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration within three (3) working days of its receipt in accordance with regulation 24. Thereafter:

.4 conformément à la déclaration faite en vertu de l'article 16.6, est approuvé soit expressément soit tacitement par l'Autorité compétente qui accorde l'autorisation à l'installation de recyclage des navires. L'Autorité compétente adresse par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration un accusé de réception du plan de recyclage du navire dans les trois (3) jours ouvrables qui suivent sa réception conformément à la règle 24. Par la suite:

.4 er muss von der zuständigen Behörde, die die Zulassung für die Abwrackeinrichtung erteilt, im Einklang mit der nach Artikel 16 Absatz 6 hinterlegten Erklärung entweder ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt werden. Die zuständige Behörde übersendet der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung innerhalb von drei (3) Arbeitstagen nach Eingang des Schiffsrecyclingplans gemäß Regel 24 eine schriftliche Eingangsbestätigung. Danach,

.1 where a Party requires explicit approval of the Ship Recycling Plan, the Competent Authority shall send written notification of its decision to approve or deny the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration; and

.1 si une Partie exige l'approbation expresse du plan de recyclage du navire, l'Autorité compétente doit adresser par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration notification de sa décision d'approuver ou de refuser le plan de recyclage du navire; et

.1 sofern eine Vertragspartei die ausdrückliche Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, übersendet die zuständige Behörde der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung eine schriftliche Mitteilung über ihre Entscheidung, den Schiffsrecyclingplan zu genehmigen oder abzulehnen;

.2 where a Party requires tacit approval of the Ship Recycling Plan, the acknowledgment of receipt shall specify the end date of a 14-day review period. The Competent Authority shall notify any written objection to the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration within this 14-day review period. Where no such written objection has been notified, the Ship Recycling Plan shall be deemed to be approved.

.2 si une Partie exige l'approbation tacite du plan de recyclage du navire, l'accusé de réception doit préciser la date à laquelle une période d'examen de 14 jours prend fin. L'Autorité compétente doit notifier par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration, avant l'expiration de cette période de 14 jours, toute objection éventuelle à l'encontre du plan de recyclage du navire. Si aucune objection n'a été notifiée par écrit, le plan de recyclage du navire est réputé avoir été approuvé.

.2 sofern eine Vertragspartei die stillschweigende Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, wird in der Eingangsbestätigung genau angegeben, wann die 14-tägige Überprüfungszeit endet. Die zuständige Behörde teilt der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung innerhalb dieser 14-tägigen Überprüfungszeit etwaige schriftliche Einsprüche mit. Wurde kein schriftlicher Einspruch mitgeteilt, so gilt der Schiffsrecyclingplan als genehmigt;

.5 once approved in accordance with paragraph .4, be made available for inspection by the Administration, or any nominated surveyors or organization recognized by it; and

.5 une fois approuvé conformément au paragraphe .4, doit pouvoir être inspecté par l'Administration ou par tout inspecteur désigné ou organisme reconnu par elle; et

.5 nach seiner Genehmigung gemäß Absatz 4 wird er für die Prüfung durch die Verwaltung, einen ernannten Besichtigter oder eine von ihr anerkannte Stelle zugänglich gemacht;

.6 where more than one Ship Recycling Facility is used, identify the Ship Recycling Facilities to be used and specify the recycling activities and the order in which they occur at each authorized Ship Recycling Facility.

.6 lorsque plusieurs installations de recyclage de navires sont utilisées, doit préciser les installations de recyclage des navires devant être utilisées et déterminer les activités de recyclage et l'ordre dans lequel celles-ci doivent être exécutées dans chaque installation de recyclage des navires autorisée.

.6 bei Nutzung von mehr als einer Abwrackeinrichtung werden die vorgesehenen Abwrackeinrichtungen bezeichnet und genau angegeben, welche Recyclingtätigkeiten in welcher Reihenfolge in jeder zugelassenen Abwrackeinrichtung durchgeführt werden.

Part C
Surveys
and certification

Regulation 10

Surveys

1 Ships to which this Convention applies shall be subject to the surveys specified below:

- .1 an initial survey before the ship is put in service, or before the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials is issued. This survey shall verify that Part I of the Inventory required by regulation 5 is in accordance with the requirements of this Convention;
- .2 a renewal survey at intervals specified by the Administration, but not exceeding five years. This survey shall verify that Part I of the Inventory of Hazardous Materials required by regulation 5 complies with the requirements of this Convention;
- .3 an additional survey, either general or partial, according to the circumstances, may be made at the request of the shipowner after a change, replacement, or significant repair of the structure, equipment, systems, fittings, arrangements and material. The survey shall be such as to ensure that any such change, replacement, or significant repair has been made in the way that the ship continues to comply with the requirements of this Convention, and that Part I of the Inventory is amended as necessary; and
- .4 a final survey prior to the ship being taken out of service and before the recycling of the ship has started. This survey shall verify:
 - .1 that the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 is in accordance with the requirements of this Convention taking into account the guidelines developed by the Organization;
 - .2 that the Ship Recycling Plan, as required by regulation 9, properly reflects the information contained in the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 and contains information concerning the establishment, maintenance and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions; and

Partie C
Visites et délivrance
des certificats

Règle 10

Visites

1 Les navires auxquels s'applique la présente Convention doivent être soumis aux visites indiquées ci-après:

- .1 une visite initiale avant la mise en service du navire ou avant la délivrance du certificat attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses. Elle permet de vérifier que la Partie I de l'Inventaire prescrit par la règle 5 satisfait aux prescriptions de la présente Convention;
- .2 une visite de renouvellement effectuée à des intervalles déterminés par l'Administration, mais n'excédant pas cinq ans. Elle permet de vérifier que la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5 satisfait aux prescriptions de la présente Convention;
- .3 une visite supplémentaire, générale ou partielle selon les circonstances, peut être effectuée à la demande du propriétaire à la suite d'un changement, d'un remplacement ou d'une réparation importante de la structure, de l'équipement, des systèmes, des installations, des aménagements et des matériaux. Elle permet de s'assurer que les changements, remplacements ou réparations importantes ont été effectués de telle sorte que le navire continue de satisfaire aux prescriptions de la présente Convention et que la Partie I de l'Inventaire a été modifiée comme il convient; et
- .4 une visite finale avant la mise hors service du navire et avant le début de son recyclage. Elle permet de vérifier:
 - .1 que l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 satisfait aux prescriptions de la présente Convention, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation;
 - .2 que le plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9 reprend bien les renseignements figurant dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 et contient des renseignements sur la mise en place, le maintien et la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud; et

Teil C
Besichtigungen
und Zeugniserteilung

Regel 10

Besichtigungen

1 Schiffe, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, unterliegen den nachstehend aufgeführten Besichtigungen:

- .1 einer erstmaligen Besichtigung, bevor das Schiff in Dienst gestellt oder bevor das Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ausgestellt wird. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden, ob Teil I des in Regel 5 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses mit den Vorschriften dieses Übereinkommens übereinstimmt;
- .2 einer Erneuerungsbesichtigung in von der Verwaltung festgesetzten Zeitabständen, mindestens jedoch alle fünf Jahre. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden, ob Teil I des in Regel 5 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien die Vorschriften dieses Übereinkommens einhält;
- .3 einer je nach Sachlage allgemeinen oder teilweisen zusätzlichen Besichtigung, die auf Ersuchen des Schiffseigentümers nach einer Änderung, einem Ersatz oder einer wesentlichen Instandsetzung des Schiffskörpers, der Ausrüstung, der Systeme, der Einrichtungen, der Anordnung und der Werkstoffe durchgeführt werden kann. Die Besichtigung hat die Gewähr dafür zu bieten, dass die Änderung, der Ersatz oder die wesentliche Instandsetzung in einer Weise durchgeführt worden ist, dass das Schiff weiterhin die Vorschriften dieses Übereinkommens einhält, und dass Teil I des Bestandsverzeichnisses gegebenenfalls geändert wird;
- .4 einer abschließenden Besichtigung vor Außerbetriebnahme des Schiffes und vor Beginn des Recyclings des Schiffes. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden,
 - .1 ob das in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebene Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien mit den Vorschriften dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung der von der Organisation erstellten Richtlinien übereinstimmt;
 - .2 ob der in Regel 9 vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan die in dem in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien enthaltenen Angaben richtig wiedergibt und Angaben enthält, die die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;

.3 that the Ship Recycling Facility(ies) where the ship is to be recycled holds a valid authorization in accordance with this Convention.

.3 que l'installation ou les installations de recyclage des navires où le navire doit être recyclé possèdent une autorisation en cours de validité conforme à la présente Convention.

.3 ob die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen, in denen das Schiff recycelt werden soll, über eine gültige Zulassung nach diesem Übereinkommen verfügen.

2 Surveys of ships for the purpose of enforcement of the provisions of this Convention shall be carried out by officers of the Administration, taking into account the guidelines developed by the Organization. The Administration may, however, entrust the surveys either to surveyors nominated for the purpose or to organizations recognized by it.

2 Les visites de navires aux fins de l'application des dispositions de la présente Convention sont effectuées par des agents de l'Administration, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation. L'Administration peut toutefois confier ces visites soit à des inspecteurs désignés à cet effet, soit à des organismes reconnus par elle.

2 Die Besichtigungen von Schiffen zum Zweck der Anwendung dieses Übereinkommens werden von Bediensteten der Verwaltung unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien durchgeführt. Jedoch kann die Verwaltung die Besichtigungen für diesen Zweck ernannten Besichtigern oder von ihr anerkannten Stellen übertragen.

3 An Administration nominating surveyors or recognizing organizations to conduct surveys, as described in paragraph 2 shall, as a minimum, empower such nominated surveyors or recognized organizations to:

3 Toute Administration qui désigne des inspecteurs ou reconnaît des organismes pour effectuer les visites décrites au paragraphe 2 doit au moins habiliter ces inspecteurs désignés ou organismes reconnus à:

3 Eine Verwaltung, die Besichtigter ernennt oder Stellen anerkennt, die Besichtigungen nach Absatz 2 durchführen sollen, ermächtigt diese ernannten Besichtigter oder anerkannten Stellen mindestens,

.1 require a ship that they survey to comply with the provisions of this Convention; and

.1 exiger qu'un navire soumis à une visite satisfasse aux dispositions de la présente Convention; et

.1 zu verlangen, dass ein Schiff, das sie besichtigen, dieses Übereinkommen einhält;

.2 carry out surveys and inspections if requested by the appropriate authorities of a port State that is a Party.

.2 effectuer des visites et des inspections à la requête des autorités appropriées d'un État du port qui est Partie.

.2 Besichtigungen und Überprüfungen durchzuführen, wenn sie von den zuständigen Behörden eines Hafenstaats, der Vertragspartei ist, darum ersucht werden.

4 In every case, the Administration concerned shall be responsible to ensure the completeness and efficiency of the survey and shall undertake to ensure the necessary arrangements to satisfy this obligation.

4 Dans tous les cas, l'Administration intéressée est responsable de l'exécution complète et de l'efficacité de la visite et s'engage à prendre les mesures nécessaires pour satisfaire à cette obligation.

4 Die betreffende Verwaltung ist in jedem Fall für die Vollständigkeit und Gründlichkeit der Besichtigung verantwortlich und verpflichtet sich, die erforderlichen Vorkehrungen zur Erfüllung dieser Pflicht zu treffen.

5 The initial and renewal surveys should be harmonized with the surveys required by other applicable statutory instruments of the Organization.

5 Les visites initiales et de renouvellement devraient être harmonisées avec les visites prescrites par les autres instruments réglementaires de l'Organisation qui sont applicables.

5 Die erstmaligen Besichtigungen und die Erneuerungsbesichtigungen sollen mit den Besichtigungen abgestimmt werden, die in anderen geltenden Übereinkünften und Regelungen der Organisation vorgeschrieben sind.

Regulation 11

Issuance and endorsement of certificates

1 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials shall be issued either by the Administration or by any person or organization authorized by it after successful completion of an initial or renewal survey conducted in accordance with regulation 10 applies, except for existing ships for which both an initial survey and a final survey are conducted at the same time, taking into account the guidelines developed by the Organization.

2 The International Certificate on Inventory of Hazardous Materials issued under paragraph 1, at the request of the shipowner, shall be endorsed either by the Administration or by any person or organization authorized by it after successful completion of an additional survey conducted in accordance with regulation 10.

3 Notwithstanding regulation 14.2 and the requirements of regulation 10.1.2, when the renewal survey is completed within three

Règle 11

Délivrance des certificats et apposition d'un visa

1 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses est délivré soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, après l'achèvement d'une visite initiale ou de renouvellement concluante effectuée conformément à la règle 10, à tout navire auquel s'applique la règle 10, sauf dans le cas de navires existants, pour lesquels une visite initiale et une visite finale sont effectuées simultanément, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 Le certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses, qui est délivré en vertu du paragraphe 1, doit, à la demande du propriétaire du navire, être visé soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, à l'issue d'une visite supplémentaire concluante effectuée conformément à la règle 10.

3 Nonobstant la règle 14.2 et les prescriptions de la règle 10.1.2, lorsque la visite de renouvellement est achevée dans un délai

Regel 11

Ausstellung und Bestätigung von Zeugnissen

1 Nach erfolgreicher Durchführung einer erstmaligen Besichtigung oder einer Erneuerungsbesichtigung gemäß Regel 10 wird Schiffen, auf die Regel 10 Anwendung findet – ausgenommen Schiffen, bei denen gleichzeitig sowohl eine erstmalige als auch eine abschließende Besichtigung durchgeführt wird – ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

2 Nach erfolgreicher Durchführung einer gemäß Regel 10 erfolgten zusätzlichen Besichtigung wird das nach Absatz 1 ausgestellte Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien auf Ersuchen des Schiffseigentümers entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle bestätigt.

3 Ungeachtet der Regel 14 Absatz 2 und der Vorschriften der Regel 10 Absatz 1.2 ist das neue Zeugnis, wenn die Erneuerungs-

months before the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate.

4 When the renewal survey is completed after the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate.

5 When the renewal survey is completed more than three months before the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of completion of the renewal survey.

6 If a certificate is issued for a period of less than five years, the Administration may extend the validity of the certificate beyond the expiry date to the maximum period specified in regulation 10.1.2.

7 If a renewal survey has been completed and a new certificate cannot be issued or placed on board the ship before the expiry date of the existing certificate, the person or organization authorized by the Administration may endorse the existing certificate and such a certificate shall be accepted as valid for a further period which shall not exceed five months from the expiry date.

8 If a ship at the time when a certificate expires is not in a port in which it is to be surveyed, the Administration may extend the period of validity of the certificate but this extension shall be granted only for the purpose of allowing the ship to complete its voyage to the port in which it is to be surveyed and then only in cases where it appears proper and reasonable to do so. No certificate shall be extended for a period longer than three months, and a ship to which an extension is granted shall not, on its arrival in the port in which it is to be surveyed, be entitled by virtue of such extension to leave that port without having a new certificate. When the renewal survey is completed, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate before the extension was granted.

9 A certificate issued to a ship engaged on short voyages which has not been extended under the foregoing provisions of this regulation may be extended by the Administration for a period of grace of up to one month from the date of expiry stated on it.

de trois mois avant la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant.

4 Lorsque la visite de renouvellement est achevée après la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant.

5 Lorsque la visite de renouvellement est achevée plus de trois mois avant la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'achèvement de la visite de renouvellement.

6 Si un certificat est délivré pour une période inférieure à cinq ans, l'Administration peut en proroger la période de validité au-delà de la date d'expiration pour la période maximale indiquée à la règle 10.1.2.

7 Si une visite de renouvellement a été achevée mais qu'un nouveau certificat ne peut pas être délivré ni être placé à bord du navire avant la date d'expiration du certificat existant, la personne ou l'organisme autorisé par l'Administration peut viser le certificat existant et ce certificat est accepté comme étant valable pour une période supplémentaire, laquelle n'est pas postérieure de plus de cinq mois à la date d'expiration.

8 Si, à la date d'expiration d'un certificat, le navire ne se trouve pas dans un port dans lequel il doit subir une visite, l'Administration peut proroger la période de validité du certificat mais cette prorogation ne doit être accordée que pour permettre au navire d'achever son voyage vers le port dans lequel il doit être visité et ce, uniquement dans le cas où cette mesure semble opportune et raisonnable. Aucun certificat ne doit être prorogé pour une période supérieure à trois mois et un navire auquel une prorogation est accordée ne doit pas, après son arrivée dans le port dans lequel il doit être visité, être autorisé, en vertu de cette prorogation, à quitter ce port sans qu'un nouveau certificat lui ait été délivré. Lorsque la visite de renouvellement est achevée, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant avant l'octroi de la prorogation.

9 Un certificat délivré à un navire effectuant des voyages courts qui n'a pas été prorogé en vertu des dispositions précédentes de la présente règle peut être prorogé par l'Administration pour une période de grâce ne dépassant pas d'un mois la date d'expiration

besichtigung innerhalb von drei Monaten vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen wird, vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses liegt.

4 Wird die Erneuerungsbesichtigung nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen, so ist das neue Zeugnis vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Ablaufs des bisherigen Zeugnisses liegt.

5 Wird die Erneuerungsbesichtigung früher als drei Monate vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen, so ist das neue Zeugnis vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung liegt.

6 Wird ein Zeugnis für einen Zeitabschnitt von weniger als fünf Jahren ausgestellt, so kann die Verwaltung die Gültigkeit des Zeugnisses über das Datum des Ablaufs hinaus bis zu der in Regel 10 Absatz 1.2 bestimmten Höchstdauer verlängern.

7 Ist eine Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen und kann ein neues Zeugnis nicht vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses ausgestellt oder an Bord des Schiffes gebracht werden, so kann die von der Verwaltung ermächtigte Person oder Stelle das vorhandene Zeugnis bestätigen, und dieses Zeugnis wird für einen weiteren Zeitabschnitt von höchstens fünf Monaten nach dem Datum des Ablaufs als gültig anerkannt.

8 Hält sich ein Schiff zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Zeugnis abläuft, nicht in einem Besichtigungshafen auf, so kann die Verwaltung die Geltungsdauer des Zeugnisses verlängern; diese Verlängerung darf jedoch nur zu dem Zweck gewährt werden, dem Schiff die Reise zum Besichtigungshafen zu ermöglichen, und zwar nur in Fällen, in denen dies geboten und zweckmäßig erscheint. Ein Zeugnis darf um höchstens drei Monate verlängert werden, und ein Schiff, dem eine Verlängerung gewährt wird, ist nach seiner Ankunft in dem Besichtigungshafen nicht berechtigt, aufgrund der Verlängerung diesen Hafen zu verlassen, ohne ein neues Zeugnis zu besitzen. Ist die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen, so gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses vor Gewährung der Verlängerung liegt.

9 Ein Zeugnis, das einem Schiff, das Reisen von kurzer Dauer durchführt, ausgestellt wurde und nicht nach den vorstehenden Bestimmungen verlängert wurde, kann von der Verwaltung um eine Nachfrist von bis zu einem Monat von dem darin einge-

When the renewal survey is completed, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate before the extension was granted.

10 In special circumstances, as determined by the Administration, a new certificate need not be dated from the date of expiry of the existing certificate as required by paragraph 4, 8 or 9 of this regulation. In these special circumstances, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of completion of the renewal survey.

11 An International Ready for Recycling Certificate shall be issued either by the Administration or by any person or organization authorized by it, after successful completion of a final survey in accordance with the provisions of regulation 10, to any ships to which regulation 10 applies, taking into account the authorization of the Ship Recycling Facility and the guidelines developed by the Organization.

12 A certificate issued under the authority of a Party shall be accepted by the other Parties and regarded for all purposes covered by this Convention as having the same validity as a certificate issued by them. Certificates shall be issued or endorsed either by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case, the Administration assumes full responsibility for the certificate.

indiquée sur ce certificat. Lorsque la visite de renouvellement est achevée, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant avant l'octroi de la prorogation.

10 Dans certains cas particuliers déterminés par l'Administration, il n'est pas nécessaire que le nouveau certificat porte la date d'expiration du certificat existant comme le prescrivent les paragraphes 4, 8 ou 9 de la présente règle. Dans ces cas particuliers, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'achèvement de la visite de renouvellement.

11 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage est délivré soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, après l'achèvement d'une visite finale concluante effectuée conformément aux dispositions de la règle 10, aux navires auxquels s'applique la règle 10, compte tenu de l'autorisation donnée à l'installation de recyclage des navires et des directives élaborées par l'Organisation.

12 Un certificat délivré sous l'autorité d'une Partie doit être accepté par les autres Parties et être considéré, à toutes les fins visées par la présente Convention, comme ayant la même validité qu'un certificat délivré par elles. Les certificats doivent être délivrés ou visés soit par l'Administration, soit par un agent ou organisme dûment autorisé par elle. Dans tous les cas, l'Administration assume l'entière responsabilité du certificat.

tragenen Datum des Ablaufs an verlängert werden. Ist die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen, so gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses vor Gewährung der Verlängerung liegt.

10 Unter von der Verwaltung zu bestimmenden besonderen Umständen braucht ein neues Zeugnis nicht vom Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses an gültig zu sein, wie es in Absatz 4, 8 oder 9 vorgeschrieben ist. Unter diesen besonderen Umständen gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung liegt.

11 Nach erfolgreicher Durchführung einer abschließenden Besichtigung gemäß Regel 10 wird Schiffen, auf die Regel 10 Anwendung findet, von der Verwaltung oder einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt, wobei die Zulassung der Abwrackeinrichtung und die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

12 Ein im Namen einer Vertragspartei ausgestellt Zeugnis ist von den anderen Vertragsparteien anzuerkennen und für alle Zwecke im Rahmen dieses Übereinkommens als ebenso gültig zu betrachten wie ein von ihnen ausgestellt Zeugnis. Zeugnisse werden von der Verwaltung oder von einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt beziehungsweise bestätigt. In jedem Fall übernimmt die Verwaltung die volle Verantwortung für das Zeugnis.

Regulation 12

Issuance or endorsement of a certificate by another Party

1 At the request of the Administration, another Party may cause a ship to be surveyed and, if satisfied that the provisions of this Convention are complied with, shall issue or authorize the issuance of a certificate to the ship, and where appropriate, endorse or authorize the endorsement of that certificate on the ship, in accordance with this Annex.

2 A copy of the certificate and a copy of the survey report shall be transmitted as soon as possible to the requesting Administration.

3 A certificate so issued shall contain a statement to the effect that it has been issued at the request of the Administration and it shall have the same force and receive the same recognition as a certificate issued by the Administration.

4 No certificate shall be issued to a ship entitled to fly the flag of a State which is not a Party.

Règle 12

Délivrance d'un certificat ou apposition d'un visa par une autre Partie

1 À la demande de l'Administration, une autre Partie peut faire visiter un navire et, si elle considère que les dispositions de la présente Convention sont respectées, elle délivre un certificat au navire ou autorise sa délivrance et, le cas échéant, appose un visa ou autorise son apposition sur le certificat que détient le navire, conformément à la présente Annexe.

2 Une copie du certificat et une copie du rapport de la visite doivent être transmises dès que possible à l'Administration qui a demandé que la visite soit effectuée.

3 Un certificat ainsi délivré doit comporter une déclaration attestant qu'il a été délivré à la requête de l'Administration et il a la même valeur et est accepté dans les mêmes conditions qu'un certificat délivré par l'Administration.

4 Aucun certificat ne doit être délivré à un navire autorisé à battre le pavillon d'un État qui n'est pas un État Partie.

Regel 12

Ausstellung oder Bestätigung eines Zeugnisses durch eine andere Vertragspartei

1 Eine andere Vertragspartei kann auf Ersuchen der Verwaltung die Besichtigung eines Schiffes veranlassen und diesem nach Maßgabe dieser Anlage ein Zeugnis ausstellen oder ausstellen lassen und, sofern angebracht, dieses Zeugnis bestätigen oder bestätigen lassen, wenn sie sich davon überzeugt hat, dass dieses Übereinkommen eingehalten wird.

2 Der ersuchenden Verwaltung werden so bald wie möglich eine Kopie des Zeugnisses und eine Kopie des Besichtigungsberichts übermittelt.

3 Ein solches Zeugnis muss die Feststellung enthalten, dass es auf Ersuchen der Verwaltung ausgestellt wurde; es hat die gleiche Gültigkeit wie ein von der Verwaltung ausgestellt Zeugnis und wird ebenso anerkannt.

4 Einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, der nicht Vertragspartei ist, darf kein Zeugnis ausgestellt werden.

Regulation 13**Form of the certificates**

The certificates shall be drawn up in an official language of the issuing Party, in the form set forth in Appendices 3 and 4. If the language used is not English, French or Spanish, the text shall include a translation into one of these languages. The Administration may, however, issue the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials drawn up only in an official language of the issuing Party to ships not engaged in voyages to ports or offshore terminals under the jurisdiction of other Parties to this Convention and the International Ready for Recycling Certificate drawn up only in an official language of the issuing Party to ships recycled in Ship Recycling Facilities under the jurisdiction of the issuing Party.

Règle 13**Modèle des certificats**

Les certificats doivent être établis dans une langue officielle de la Partie qui les délivre, selon les modèles qui figurent aux appendices 3 et 4. Si la langue utilisée n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le texte doit comporter une traduction dans l'une de ces langues. L'Administration peut toutefois établir le certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses uniquement dans une langue officielle de la Partie qui délivre le certificat, dans le cas des navires qui n'effectuent pas de voyages à destination de ports ou de terminaux au large relevant de la juridiction d'autres Parties à la présente Convention, et le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage uniquement dans une langue officielle de la Partie qui le délivre, dans le cas des navires recyclés dans des installations relevant de la juridiction de ladite Partie.

Regel 13**Form der Zeugnisse**

Die Zeugnisse werden in einer Amtssprache der ausstellenden Vertragspartei und in der Form abgefasst, die dem in den Anhängen 3 und 4 wiedergegebenen Muster entspricht. Ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so muss der Wortlaut eine Übersetzung in eine dieser Sprachen enthalten. Die Verwaltung kann jedoch Schiffen, die keine Reisen zu Häfen oder Offshore-Umschlagplätzen durchführen, die der Hoheitsgewalt anderer Vertragsparteien dieses Übereinkommens unterliegen, ein nur in einer Amtssprache der ausstellenden Vertragspartei abgefasstes Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ausstellen, und sie kann Schiffen, die in Abwrackeinrichtungen recycelt werden, die im Hoheitsbereich der ausstellenden Vertragspartei liegen, ein nur in einer Amtssprache dieser Vertragspartei abgefasstes Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausstellen.

Regulation 14**Duration and validity of the certificates**

1 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials issued under regulation 11 or 12 shall cease to be valid in any of the following cases:

- .1 if the condition of the ship does not correspond substantially with the particulars of the certificate, including where Part I of the Inventory of Hazardous Materials is not properly maintained and updated, reflecting changes in ship structure and equipment, in accordance with the guidelines developed by the Organization;
- .2 upon transfer of the ship to the flag of another State. A new certificate shall only be issued when the Party issuing the new certificate is fully satisfied that the ship is in compliance with the requirements of regulation 10. In the case of a transfer between Parties, if requested within three months after the transfer has taken place, the Party whose flag the ship was formerly entitled to fly shall, as soon as possible, transmit to the Administration copies of the certificates carried by the ship before the transfer and, if available, copies of the relevant survey reports;
- .3 if the renewal survey is not completed within the periods specified under regulations 10.1 and 11; or
- .4 if the certificate is not endorsed in accordance with regulation 11 or 12.

Règle 14**Durée et validité des certificats**

1 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses délivré en vertu de la règle 11 ou 12 cesse d'être valable dans l'un quelconque des cas suivants:

- .1 si l'état du navire ne correspond pas en substance aux indications du certificat, et notamment si la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses n'est pas correctement tenue et mise à jour afin de rendre compte des modifications apportées à la structure et à l'équipement du navire, conformément aux directives élaborées par l'Organisation;
- .2 si le navire passe sous le pavillon d'un autre État. Un nouveau certificat ne doit être délivré que si la Partie délivrant le nouveau certificat a la certitude que le navire satisfait aux prescriptions de la règle 10. Dans le cas d'un transfert de pavillon entre Parties, si la demande lui en est faite dans un délai de trois mois à compter du transfert, la Partie dont le navire était autorisé précédemment à battre pavillon adresse dès que possible à l'Administration des copies des certificats dont le navire était pourvu avant le transfert, ainsi que des copies des rapports de visite pertinents, le cas échéant;
- .3 si la visite de renouvellement n'est pas achevée dans les délais indiqués dans les règles 10.1 et 11; ou
- .4 si les visas prévus aux termes de la règle 11 ou de la règle 12 n'ont pas été apposés sur le certificat.

Regel 14**Geltungsdauer und Gültigkeit der Zeugnisse**

1 Ein nach Regel 11 oder 12 ausgestelltes Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird in jedem der nachstehenden Fälle ungültig:

- .1 wenn der Zustand des Schiffes den Angaben in dem Zeugnis im Wesentlichen nicht entspricht, einschließlich der Fälle, in denen Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien nicht im Einklang mit den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien ordnungsgemäß geführt und aktualisiert wird, um Änderungen der Bauausführung und der Ausrüstung widerzuspiegeln;
- .2 sobald das Schiff zur Flagge eines anderen Staates überwechselt. Ein neues Zeugnis wird nur ausgestellt, wenn die das neue Zeugnis ausstellende Vertragspartei sich vergewissert hat, dass das Schiff Regel 10 einhält. Bei einem Überwechseln zwischen Vertragsparteien übermittelt die Vertragspartei, deren Flagge das Schiff bisher zu führen berechtigt war, wenn sie innerhalb von drei Monaten nach dem Überwechseln darum ersucht wird, der Verwaltung so bald wie möglich Kopien der Zeugnisse, die das Schiff vor dem Überwechseln mitführte, sowie, falls vorhanden, Kopien der entsprechenden Besichtigungsberichte;
- .3 wenn die Erneuerungsbesichtigung nicht innerhalb der in Regel 10 Absatz 1 und in Regel 11 bestimmten Zeitabschnitte abgeschlossen wird oder
- .4 wenn das Zeugnis nicht nach Regel 11 oder 12 bestätigt wurde.

2 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials shall be issued for a period specified by the Administration, which shall not exceed five years.

3 An International Ready for Recycling Certificate shall be issued for a period specified by the Administration that shall not exceed three months.

4 An International Ready for Recycling Certificate issued under regulation 11 or 12 shall cease to be valid if the condition of the ship does not correspond substantially with the particulars of the certificate.

5 The International Ready for Recycling Certificate may be extended by the Administration or by any person or organization authorized by it for a single point to point voyage to the Ship Recycling Facility.

Chapter 3 Requirements for Ship Recycling Facilities

Regulation 15 Controls on Ship Recycling Facilities

1 Each Party shall establish legislation, regulations, and standards that are necessary to ensure that Ship Recycling Facilities are designed, constructed, and operated in a safe and environmentally sound manner in accordance with the regulations of this Convention.

2 Each Party shall establish a mechanism for authorizing Ship Recycling Facilities with appropriate conditions to ensure that such Ship Recycling Facilities meet the requirements of this Convention.

3 Each Party shall establish a mechanism for ensuring that Ship Recycling Facilities comply with the requirements of this chapter including the establishment and effective use of inspection, monitoring and enforcement provisions, including powers of entry and sampling. Such a mechanism may include an audit scheme to be carried out by the Competent Authority(ies) or an organization recognized by the Party, taking into account guidelines developed by the Organization, and the results of these audits should be communicated to the Organization.

4 Each Party shall designate one or more Competent Authorities and the single contact point to be used by the Organization, Parties to this Convention and other interested entities, for matters related to Ship Recycling Facilities operating within the jurisdiction of that Party.

2 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses est délivré pour une période dont la durée est fixée par l'Administration, sans que cette durée ne dépasse cinq ans.

3 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage est délivré pour une période spécifiée par l'Administration, qui ne dépasse pas trois mois.

4 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage délivré en vertu de la règle 11 ou 12 cesse d'être valable si l'état du navire ne correspond pas en substance aux indications du certificat.

5 Le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage peut être prorogé par l'Administration ou par une personne ou un organisme autorisé par elle pour un voyage unique direct jusqu'à l'installation de recyclage des navires.

Chapitre 3 Prescriptions applicables aux installations de recyclage des navires

Règle 15 Réglementation relative aux installations de recyclage des navires

1 Chaque Partie édicte toute législation, tout règlement et toute norme nécessaire pour garantir que les installations de recyclage des navires sont conçues, construites et exploitées d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément aux dispositions de la présente Convention.

2 Chaque Partie met en place un mécanisme qui permet de donner une autorisation à des installations de recyclage des navires assortie des conditions voulues pour que ces installations de recyclage des navires satisfassent aux prescriptions de la présente Convention.

3 Chaque Partie met en place un mécanisme qui permet de garantir que les installations de recyclage des navires satisfont aux prescriptions du présent chapitre, y compris d'établir et d'utiliser efficacement des mesures d'inspection, de surveillance et d'exécution, notamment le droit d'entrer et de prélever des échantillons. Ce mécanisme peut inclure un programme de vérifications mené par l'Autorité ou les Autorités compétentes ou un organisme reconnu par la Partie, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation; les résultats de ces vérifications devraient être communiqués à l'Organisation.

4 Chaque Partie désigne une ou plusieurs Autorités compétentes et le point de contact unique auxquels l'Organisation, les Parties à la présente Convention et les autres entités intéressées doivent s'adresser en ce qui concerne les installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de la juri-

2 Ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird für einen von der Verwaltung bestimmten Zeitabschnitt von höchstens fünf Jahren ausgestellt.

3 Ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit wird für einen von der Verwaltung bestimmten Zeitabschnitt von höchstens drei Monaten ausgestellt.

4 Ein nach Regel 11 oder 12 ausgestellt Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit wird ungültig, wenn der Zustand des Schiffes den Angaben in dem Zeugnis im Wesentlichen nicht entspricht.

5 Das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit kann von der Verwaltung oder einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle für eine einzelne direkte Reise zur Abwrackeinrichtung verlängert werden.

Kapitel 3 Vorschriften für Abwrackeinrichtungen

Regel 15 Regelungen betreffend Abwrackeinrichtungen

1 Jede Vertragspartei legt die gesetzlichen Bestimmungen, sonstigen Vorschriften und Normen fest, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass Abwrackeinrichtungen in Übereinstimmung mit den Regeln dieses Übereinkommens in einer sicheren und umweltgerechten Weise entworfen, gebaut und betrieben werden.

2 Jede Vertragspartei führt ein Verfahren für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen mit solchen Bedingungen ein, dass sichergestellt ist, dass diese Abwrackeinrichtungen die Vorschriften dieses Übereinkommens einhalten.

3 Jede Vertragspartei führt ein Verfahren ein, durch das sichergestellt wird, dass Abwrackeinrichtungen die Vorschriften dieses Kapitels einhalten; dazu gehört auch die Festlegung und wirksame Anwendung von Bestimmungen betreffend Überprüfungen, Überwachung und Durchsetzung, einschließlich Betretungs- und Probenahmebefugnisse. Ein solches Verfahren kann ein Prüfsystem enthalten, das von der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden oder einer von der Vertragspartei anerkannten Stelle angewandt wird, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind; die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen an die Organisation weitergeleitet werden.

4 Jede Vertragspartei bezeichnet eine oder mehrere zuständige Behörden sowie eine einzige Kontaktstelle, an die sich die Organisation, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens und andere beteiligte Stellen in Angelegenheiten wenden können, die mit Abwrackeinrichtungen in Zusammenhang

diction de ladite Partie.

stehen, die im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden.

Regulation 16

Authorization of Ship Recycling Facilities

1 Ship Recycling Facilities which recycle ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4, shall be authorized by a Party taking into account the guidelines developed by the Organization.

2 The authorization shall be carried out by the Competent Authority(ies) and shall include verification of documentation required by this Convention and a site inspection. The Competent Authority(ies) may however entrust the authorization of Ship Recycling Facilities to organizations recognized by it.

3 The Party shall notify the Organization of the specific responsibilities and conditions of the authority delegated to the recognized organizations, for circulation to Parties. In every case, the Competent Authority(ies) retains full responsibility for the authorization issued.

4 The authorization shall be drawn up in the form set forth in Appendix 5. If the language used is not English, French or Spanish, the text shall include a translation into one of these languages.

5 The authorization shall be valid for a period specified by the Party but not exceeding five years. The Party shall identify the terms for which the authorization will be issued, withdrawn, suspended, amended and renewed, and communicate these terms to the Ship Recycling Facilities. If a Ship Recycling Facility refuses inspection by the Competent Authority(ies) or the recognized organization operating on its/their behalf, the authorization shall be suspended or withdrawn.

6 If incidents or actions taken at the Ship Recycling Facility have the effect that the conditions for the authorization are no longer fulfilled, the Ship Recycling Facility shall inform the Competent Authority(ies). The Competent Authority(ies) may accordingly decide to suspend or withdraw the authorization, or require corrective actions by the Ship Recycling Facility.

Regulation 17

General requirements

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish management systems, procedures and techniques which do not

Règle 16

Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

1 Les installations de recyclage des navires qui recyclent des navires auxquels s'applique la présente Convention ou des navires qui sont soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 doivent recevoir l'autorisation d'une Partie, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 L'autorisation doit être effectuée par l'Autorité ou les Autorités compétentes et doit inclure la vérification des documents requis par la présente Convention, ainsi qu'une inspection sur place. L'Autorité ou les Autorités compétentes peuvent toutefois confier cette tâche à des organismes reconnus par elles.

3 La Partie doit notifier à l'Organisation les conditions spécifiques de la délégation de son autorité à des organismes reconnus, ainsi que les responsabilités qu'elle leur confie, pour diffusion aux Parties. Dans chaque cas, l'Autorité ou les Autorités compétentes assument l'entière responsabilité de l'autorisation octroyée.

4 L'autorisation doit être établie selon le modèle figurant à l'appendice 5. Si la langue utilisée n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le texte doit inclure une traduction dans l'une de ces langues.

5 L'autorisation est valable pour une période d'une durée spécifiée par la Partie qui ne dépasse pas cinq ans. La Partie doit déterminer les conditions dans lesquelles l'autorisation est accordée, retirée, suspendue, modifiée et renouvelée et doit les communiquer aux installations de recyclage des navires. Si une installation de recyclage de navires refuse une inspection par l'Autorité ou les Autorités compétentes ou l'organisme reconnu agissant en son/leur nom, l'autorisation est suspendue ou retirée.

6 Si, à la suite d'incidents survenus ou de mesures prises dans l'installation de recyclage des navires, les conditions requises pour l'autorisation ne sont plus remplies, l'installation de recyclage des navires doit en informer l'Autorité ou les Autorités compétentes. L'Autorité ou les Autorités compétentes peuvent en conséquence décider de suspendre ou retirer l'autorisation ou exiger que l'installation de recyclage des navires prenne des mesures correctives.

Règle 17

Prescriptions générales

1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie mettent en place des systèmes, des procédures et des tech-

Regel 16

Zulassung von Abwrackeinrichtungen

1 Abwrackeinrichtungen, die Schiffe recyceln, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden, werden von einer Vertragspartei unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zugelassen.

2 Die Zulassung wird von der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden vorgenommen und umfasst die Überprüfung der in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Unterlagen und eine Vor-Ort-Kontrolle. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden können die Zulassung von Abwrackeinrichtungen jedoch von ihr anerkannten Stellen übertragen.

3 Die Vertragspartei teilt der Organisation zur Weiterleitung an die anderen Vertragsparteien die genauen Verantwortlichkeiten und Bedingungen mit, die mit der den anerkannten Stellen übertragenen Befugnis verbunden sind. In jedem Fall behält die zuständige Behörde oder behalten die zuständigen Behörden die volle Verantwortung für die erteilten Zulassungen.

4 Die Zulassung wird in der Form abgefasst, die dem in Anhang 5 wiedergegebenen Muster entspricht. Ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so muss der Wortlaut eine Übersetzung in eine dieser Sprachen enthalten.

5 Die Zulassung ist für einen von der Vertragspartei bestimmten Zeitabschnitt von höchstens fünf Jahren gültig. Die Vertragspartei legt die Bedingungen fest, unter denen die Zulassung erteilt, entzogen, ausgesetzt, geändert oder verlängert wird, und teilt diese Bedingungen den Abwrackeinrichtungen mit. Lehnt eine Abwrackeinrichtung eine Überprüfung durch die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden oder die in ihrem Namen tätige anerkannte Stelle ab, so wird die Zulassung ausgesetzt oder entzogen.

6 Haben Zwischenfälle oder Maßnahmen in der Abwrackeinrichtung zur Folge, dass die Bedingungen für die Zulassung nicht mehr erfüllt sind, so unterrichtet die Abwrackeinrichtung die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden können dann beschließen, die Zulassung auszusetzen oder zu entziehen oder von der Abwrackeinrichtung Abhilfemaßnahmen verlangen.

Regel 17

Allgemeine Vorschriften

1 Von einer Vertragspartei zugelassene Abwrackeinrichtungen führen Managementsysteme, Verfahren und Techniken ein, die

pose health risks to the workers concerned or to the population in the vicinity of the Ship Recycling Facility and which will prevent, reduce, minimize and to the extent practicable eliminate adverse effects on the environment caused by Ship Recycling, taking into account guidelines developed by the Organization.

2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall, for ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4:

.1 only accept ships that:

- .1 comply with this Convention; or
- .2 meet the requirements of this Convention;

.2 only accept ships which they are authorized to recycle; and

.3 have the documentation of its authorization available if such documentation is requested by a shipowner that is considering recycling a ship at that Ship Recycling Facility.

niques de gestion qui ne présentent pas de risques pour la santé des travailleurs concernés ou la population au voisinage de l'installation de recyclage des navires et qui sont destinés à prévenir, à limiter, à réduire au minimum et dans la mesure où cela est possible dans la pratique, à éliminer les effets dommageables du recyclage des navires sur l'environnement, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie, en ce qui concerne les navires auxquels s'applique la présente Convention ou les navires qui sont soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4:

.1 n'acceptent que les navires qui:

- .1 respectent la présente Convention; ou
- .2 satisfont aux prescriptions de la Convention;

.2 n'acceptent que les navires qu'elles sont autorisées à recycler; et

.3 tiennent à disposition les documents qui fondent leur autorisation, s'ils sont demandés par un propriétaire de navire qui envisage d'y recycler un navire.

weder für die betroffenen Arbeiter noch für die Bevölkerung in der Umgebung der Abwrackeinrichtung ein gesundheitliches Risiko darstellen und durch das Recycling von Schiffen verursachte nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt verhüten, verringern, auf ein Mindestmaß beschränken und, soweit praktisch durchführbar, beheben, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen werden in Bezug auf Schiffe, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden,

.1 nur Schiffe annehmen,

- .1 die dieses Übereinkommen einhalten, beziehungsweise
- .2 die den Vorschriften dieses Übereinkommens entsprechen;

.2 nur Schiffe annehmen, für deren Recycling sie eine Zulassung haben;

.3 die Unterlagen zu ihrer Zulassung bereithalten, falls solche Unterlagen von einem Schiffseigentümer verlangt werden, der erwägt, ein Schiff in der betreffenden Abwrackeinrichtung recyceln zu lassen.

Regulation 18

Ship Recycling Facility Plan

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall prepare a Ship Recycling Facility Plan. The Plan shall be adopted by the board or the appropriate governing body of the Recycling Company, and shall include:

.1 a policy ensuring workers' safety and the protection of human health and the environment, including the establishment of objectives that lead to the minimization and elimination to the extent practicable of the adverse effects on human health and the environment caused by Ship Recycling;

.2 a system for ensuring implementation of the requirements set out in this Convention, the achievement of the goals set out in the policy of the Recycling Company, and the continuous improvement of the procedures and standards used in the Ship Recycling operations;

.3 identification of roles and responsibilities for employers and workers when conducting Ship Recycling operations;

Règle 18

Plan relatif à l'installation de recyclage des navires

Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie établissent un plan relatif à l'installation de recyclage des navires. Ce plan est adopté par le comité de direction ou l'organe directeur approprié de la compagnie de recyclage et doit prévoir ce qui suit:

.1 une politique garantissant la sécurité des travailleurs et la protection de la santé et de l'environnement, y compris l'établissement d'objectifs visant à réduire au minimum et à éliminer dans la mesure où cela est possible dans la pratique les effets dommageables du recyclage des navires sur la santé de l'homme et l'environnement;

.2 un système permettant d'assurer l'application des prescriptions énoncées dans la présente Convention, la réalisation des objectifs prévus dans la politique de la compagnie de recyclage et l'amélioration continue des procédures et des normes utilisées dans les opérations de recyclage des navires;

.3 la définition des rôles et des responsabilités des employeurs et des travailleurs lors de l'exécution des opérations de recyclage des navires;

Regel 18

Betriebsplan der Abwrackeinrichtung

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen erstellen einen Betriebsplan der Abwrackeinrichtung. Der Plan wird durch den Aufsichtsrat oder das entsprechende Leitungsorgan des Recyclingunternehmens genehmigt; er enthält

.1 ein Konzept, das die Sicherheit der Arbeiter und den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt gewährleistet, einschließlich der Festlegung von Zielen, die zum Gegenstand haben, die nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt durch das Recycling von Schiffen auf ein Mindestmaß zu beschränken und, soweit praktisch durchführbar, zu beheben;

.2 ein System, um die Durchführung der in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften, die Erreichung der im Konzept des Recyclingunternehmens festgelegten Ziele und die ständige Verbesserung der Verfahren und Normen zu gewährleisten, die bei den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen angewandt werden;

.3 die Festlegung von Aufgaben und Zuständigkeiten der Arbeitgeber und der Arbeiter bei der Ausführung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen;

- | | | |
|--|--|---|
| <p>.4 a programme for providing appropriate information and training of workers for the safe and environmentally sound operation of the Ship Recycling Facility;</p> <p>.5 an emergency preparedness and response plan;</p> <p>.6 a system for monitoring the performance of Ship Recycling;</p> <p>.7 a record-keeping system showing how Ship Recycling is carried out;</p> <p>.8 a system for reporting discharges, emissions, incidents and accidents causing damage, or with the potential of causing damage, to workers' safety, human health and the environment; and</p> <p>.9 a system for reporting occupational diseases, accidents, injuries and other adverse effects on workers' safety and human health,</p> <p>taking into account guidelines developed by the Organization.</p> | <p>.4 un programme d'information et de formation approprié pour les travailleurs, afin de garantir l'exploitation sûre et écologiquement rationnelle de l'installation de recyclage des navires;</p> <p>.5 un plan de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence;</p> <p>.6 un système de surveillance de l'exécution du recyclage des navires;</p> <p>.7 un système de tenue de registres montrant comment le recyclage des navires est exécuté;</p> <p>.8 un système permettant de signaler les rejets, les émissions, les événements et les accidents portant atteinte, ou pouvant potentiellement porter atteinte, à la sécurité des travailleurs, à la santé de l'homme et à l'environnement; et</p> <p>.9 un système permettant de signaler les maladies professionnelles, accidents, lésions corporelles et autres effets dommageables pour la sécurité des travailleurs et la santé de l'homme,</p> <p>compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.</p> | <p>.4 ein Programm für die angemessene Unterrichtung und Schulung von Arbeitern im Hinblick auf einen sicheren und umweltgerechten Betrieb der Abwrackeinrichtung;</p> <p>.5 einen Notfallbereitschafts- und Hilfsplan;</p> <p>.6 ein System zur Leistungskontrolle beim Recycling von Schiffen;</p> <p>.7 ein Aufzeichnungssystem über die Durchführung des Recyclings von Schiffen;</p> <p>.8 ein Meldesystem für austretende Stoffe, Emissionen, Zwischenfälle und Unfälle, die die Sicherheit der Arbeiter, die menschliche Gesundheit und die Umwelt schädigen oder möglicherweise schädigen;</p> <p>.9 ein Meldesystem für berufsbedingte Krankheiten, Unfälle, Verletzungen und andere nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeiter und die menschliche Gesundheit,</p> <p>wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.</p> |
|--|--|---|

Regulation 19

**Prevention
of adverse effects
to human health
and the environment**

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish and utilize procedures to:

- .1 prevent explosions, fires, and other unsafe conditions by ensuring that Safe-for-hot work conditions and procedures are established, maintained and monitored throughout Ship Recycling;
- .2 prevent harm from dangerous atmospheres and other unsafe conditions by ensuring that Safe-for-entry conditions and procedures are established, maintained, and monitored in ship spaces, including confined spaces and enclosed spaces, throughout Ship Recycling;
- .3 prevent other accidents, occupational diseases and injuries or other adverse effects on human health and the environment; and
- .4 prevent spills or emissions throughout Ship Recycling which may cause harm to human health and/or the environment,

taking into account guidelines developed by the Organization.

Règle 19

**Prévention
des effets nocifs
pour la santé de l'homme
et l'environnement**

Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent établir et appliquer des procédures visant à:

- .1 prévenir les explosions, les incendies et autres risques en garantissant que des conditions et des procédures de sécurité en vue du travail à chaud sont mises en place, maintenues et surveillées du début à la fin du recyclage des navires;
- .2 éviter tout préjudice dû à des atmosphères dangereuses et autres conditions présentant des risques en s'assurant que des conditions et des procédures de sécurité sont mises en place, maintenues et surveillées dans les espaces des navires, y compris les espaces confinés et fermés, du début à la fin du recyclage des navires;
- .3 prévenir les autres accidents, maladies professionnelles et blessures ou autres effets nocifs pour la santé de l'homme et l'environnement; et
- .4 prévenir, du début à la fin du recyclage des navires, les déversements ou émissions qui risquent de porter atteinte à la santé de l'homme et/ou à l'environnement,

compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

Regel 19

**Verhütung
nachteiliger Auswirkungen
auf die menschliche Gesundheit
und die Umwelt**

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen führen Verfahren ein und wenden sie an, um

- .1 Explosionen, Brände und sonstige mangelhafte Sicherheitsbedingungen zu verhüten, indem sie sicherstellen, dass während des gesamten Recyclings von Schiffen Bedingungen und Verfahren festgelegt, aufrechterhalten und überwacht werden, die sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;
- .2 einen Schaden aufgrund gefährlicher Luftverhältnisse und sonstiger mangelhafter Sicherheitsbedingungen zu verhüten, indem sie sicherstellen, dass während des gesamten Recyclings von Schiffen in den Bereichen des Schiffes, einschließlich enger und geschlossener Bereiche, Bedingungen und Verfahren festgelegt, aufrechterhalten und überwacht werden, die ein sicheres Begehen ermöglichen;
- .3 sonstige Unfälle, berufsbedingte Krankheiten und Verletzungen oder andere nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu verhüten;
- .4 das Austreten von Flüssigkeiten oder Emissionen, die die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt möglicherweise schädigen, während des gesamten Recyclings von Schiffen zu verhüten,

wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

Regulation 20**Safe and environmentally sound management of Hazardous Materials**

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall ensure safe and environmentally sound removal of any Hazardous Material contained in a ship certified in accordance with regulation 11 or 12. The person(s) in charge of the recycling operations and the workers shall be familiar with the requirements of this Convention relevant to their tasks and, in particular, actively use the Inventory of Hazardous Materials and the Ship Recycling Plan, prior to and during the removal of Hazardous Materials.

2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall ensure that all Hazardous Materials detailed in the Inventory are identified, labelled, packaged and removed to the maximum extent possible prior to cutting by properly trained and equipped workers, taking into account the guidelines developed by the Organization, in particular:

- .1 hazardous liquids, residues and sediments;
- .2 substances or objects containing heavy metals such as lead, mercury, cadmium and hexavalent chromium;
- .3 paints and coatings that are highly flammable and/or lead to toxic releases;
- .4 asbestos and materials containing asbestos;
- .5 PCB and materials containing PCBs, ensuring that heat inducing equipment is avoided during such operations;
- .6 CFCs and halons; and
- .7 other Hazardous Materials not listed above and that are not a part of the ship structure.

3 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide for and ensure safe and environmentally sound management of all Hazardous Materials and wastes removed from the ship recycled at that Ship Recycling Facility. Waste management and disposal sites shall be identified to provide for the further safe and environmentally sound management of materials.

4 All wastes generated from the recycling activity shall be kept separate from recyclable materials and equipment, labelled, stored in appropriate conditions that do not

Règle 20**Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses**

1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent assurer, en toute sécurité et d'une manière écologiquement rationnelle, l'enlèvement de toutes les matières potentiellement dangereuses d'un navire qui possède les certificats ou visas prévus par la règle 11 ou 12. La ou les personnes responsables des opérations de recyclage et les travailleurs doivent avoir une bonne connaissance des prescriptions de la présente Convention qui se rapportent à leurs tâches et, en particulier, utiliser activement, avant et pendant l'enlèvement des matières potentiellement dangereuses, l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses et le plan de recyclage du navire.

2 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent s'assurer que toutes les matières potentiellement dangereuses répertoriées dans l'Inventaire sont identifiées, étiquetées, emballées et retirées dans toute la mesure du possible avant le découpage par des travailleurs dûment formés et disposant d'un équipement approprié, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation, en particulier:

- .1 les liquides, résidus et sédiments potentiellement dangereux;
- .2 les substances ou objets contenant des métaux lourds tels que le plomb, le mercure, le cadmium et le chrome hexavalent;
- .3 les peintures et revêtements qui sont hautement inflammables et/ou donnent lieu à des émanations toxiques;
- .4 l'amiante et les matières et matériaux contenant de l'amiante;
- .5 les PCB et les matières et matériaux contenant des PCB, en veillant à ce que l'utilisation de matériel produisant de la chaleur soit évitée pendant de telles opérations;
- .6 les CFC et les halons; et
- .7 les autres matières potentiellement dangereuses qui ne sont pas mentionnées ci-dessus et qui ne font pas partie de la structure du navire.

3 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent permettre et assurer la gestion sûre et écologiquement rationnelle de toutes les matières et de tous les déchets potentiellement dangereux enlevés des navires qui y sont recyclés. Il faut identifier des sites de gestion et d'élimination des déchets qui permettent de gérer ultérieurement ces matières d'une manière sûre et écologiquement rationnelle.

4 Tous les déchets issus de l'activité de recyclage doivent être entreposés à part des matériaux et de l'équipement recyclables, être étiquetés, être stockés dans des condi-

Regel 20**Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien**

1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen gewährleisten die sichere und umweltgerechte Entfernung aller gefährlichen Materialien, die in einem Schiff, dem nach Regel 11 oder 12 ein Zeugnis erteilt wurde, enthalten sind. Die für die Recyclingarbeiten verantwortliche Person oder die dafür verantwortlichen Personen und die Arbeiter müssen mit den für ihre Aufgaben einschlägigen Vorschriften dieses Übereinkommens vertraut sein und insbesondere das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien und den Schiffsrecyclingplan vor und während der Entfernung von gefährlichen Materialien aktiv nutzen.

2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen stellen sicher, dass unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien alle im Bestandsverzeichnis aufgeführten gefährlichen Materialien vor der Durchführung von Schneidarbeiten durch fachlich geschulte und geeignet ausgerüstete Arbeiter soweit irgend möglich ermittelt, gekennzeichnet, verpackt und entfernt werden, insbesondere

- .1 gefährliche Flüssigkeiten, Rückstände und Sedimente;
- .2 Stoffe oder Gegenstände, die Schwermetalle wie Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertiges Chrom enthalten;
- .3 Farben und Beschichtungen, die leicht entzündlich sind und/oder zu giftigen Freisetzung führen;
- .4 Asbest und asbesthaltige Materialien;
- .5 PCB und PCB-haltige Materialien, wobei sicherzustellen ist, dass der Einsatz wärmeerzeugender Geräte während solcher Arbeiten vermieden wird;
- .6 FCKW und Halone;
- .7 weitere hier nicht aufgeführte gefährliche Materialien, die nicht Teil des Schiffskörpers sind.

3 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen ermöglichen und gewährleisten die sichere und umweltgerechte Behandlung aller gefährlichen Materialien und Abfälle, die aus dem in der betreffenden Abwrackeinrichtung recycelten Schiff entfernt werden. Es sind Standorte für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle anzugeben, um die weitere sichere und umweltgerechte Behandlung der Materialien zu ermöglichen.

4 Alle bei den Recyclingtätigkeiten entstehenden Abfälle werden getrennt von recyclingfähigen Materialien und Ausrüstungsgegenständen gehalten, gekennzeichnet,

pose a risk to the workers, human health or the environment and only transferred to a waste management facility authorized to deal with their treatment and disposal in a safe and environmentally sound manner.

tions appropriées qui ne posent aucun risque pour les travailleurs, la santé de l'homme ou l'environnement et être transférés uniquement dans une installation de gestion des déchets autorisée à les traiter et à les éliminer d'une manière sûre et écologiquement rationnelle.

unter geeigneten Bedingungen, die keine Gefahr für die Arbeiter, die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen, gelagert und nur an solche Anlagen zur Abfallbehandlung verbracht, die eine Zulassung dafür haben, sie in sicherer und umweltgerechter Weise zu behandeln und zu entsorgen.

Regulation 21

Emergency preparedness and response

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish and maintain an emergency preparedness and response plan. The plan shall be made having regard to the location and environment of the Ship Recycling Facility, and shall take into account the size and nature of activities associated with each Ship Recycling operation. The plan shall furthermore:

- .1 ensure that the necessary equipment and procedures to be followed in the case of an emergency are in place, and that drills are conducted on a regular basis;
- .2 ensure that the necessary information, internal communication and coordination are provided to protect all people and the environment in the event of an emergency at the Ship Recycling Facility;
- .3 provide for communication with, and information to, the relevant Competent Authority(ies), the neighbourhood and emergency response services;
- .4 provide for first-aid and medical assistance, fire-fighting and evacuation of all people at the Ship Recycling Facility, pollution prevention; and
- .5 provide for relevant information and training to all workers of the Ship Recycling Facility, at all levels and according to their competence, including regular exercises in emergency prevention, preparedness and response procedures.

Règle 21

Préparation et intervention en cas de situation d'urgence

Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie établissent et tiennent à jour un plan de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence. Ce plan est établi compte tenu de l'emplacement et de l'environnement de l'installation de recyclage des navires, ainsi que de l'ampleur et de la nature des activités liées à chaque opération de recyclage de navires. Ce plan doit en outre:

- .1 garantir que l'équipement nécessaire est disponible, que les procédures à suivre en cas d'urgence sont en place et que des exercices sont organisés régulièrement;
- .2 garantir que la communication de tous les renseignements nécessaires est prévue et que toutes les communications internes et la coordination requises sont en place pour protéger toutes les personnes et l'environnement en cas de situation d'urgence dans l'installation de recyclage des navires;
- .3 prévoir des moyens qui permettent de communiquer avec l'Autorité ou les Autorités compétentes pertinentes, les autorités locales et les services d'intervention d'urgence et de leur fournir des renseignements;
- .4 prévoir des secours d'urgence et une assistance médicale, des procédures de lutte contre l'incendie et d'évacuation de toutes les personnes se trouvant dans l'installation de recyclage des navires, ainsi que des mesures de prévention de la pollution; et
- .5 assurer la communication de renseignements pertinents à tous les travailleurs de l'installation de recyclage des navires, à tous les niveaux et selon leurs compétences, et assurer leur formation, y compris des exercices réguliers sur les procédures de prévention, de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence.

Regel 21

Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen erstellen einen Notfallplan und bringen ihn stets auf den neuesten Stand. Der Plan wird unter Berücksichtigung des Standorts und der Umgebung der Abwrackeinrichtung erstellt und muss den Umfang und die Art der mit jedem Schiffsrecyclingvorgang verbundenen Tätigkeiten berücksichtigen. Außerdem muss der Plan

- .1 sicherstellen, dass die notwendige Ausrüstung und die in einem Notfall zu befolgenden Verfahren bereitstehen und dass regelmäßige Übungen durchgeführt werden;
- .2 sicherstellen, dass die notwendigen Informationen, die interne Kommunikation und die Koordinierung gegeben sind, um alle Personen und die Umwelt bei einem Notfall in der Abwrackeinrichtung zu schützen;
- .3 die Kommunikation mit der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden, der Umgebung und den Notfalldiensten sowie deren Unterrichtung vorsehen;
- .4 Erste Hilfe und medizinische Versorgung, Brandbekämpfung und Evakuierung aller Personen in der Abwrackeinrichtung sowie Umweltschutzmaßnahmen vorsehen;
- .5 eine angemessene Unterrichtung und Schulung aller Arbeiter der Abwrackeinrichtung auf allen Ebenen und entsprechend ihren Zuständigkeiten vorsehen, einschließlich regelmäßiger Übungen zum Katastrophenschutz und zur Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung.

Regulation 22

Worker safety and training

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide for worker safety by measures including:

- .1 ensuring the availability, maintenance and use of personal protective equipment and clothing needed for all Ship Recycling operations;

Règle 22

Sécurité et formation des travailleurs

1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent garantir la sécurité des travailleurs en prenant notamment des mesures pour:

- .1 assurer la disponibilité, l'entretien et l'utilisation des vêtements et de l'équipement de protection individuelle requis pour toutes les opérations de recyclage

Regel 22

Sicherheit und Schulung der Arbeiter

1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen gewährleisten die Sicherheit der Arbeiter unter anderem durch folgende Maßnahmen:

- .1 Sicherstellen der Verfügbarkeit, Instandhaltung und Benutzung einer persönlichen Schutzausrüstung und Schutzkleidung, die für alle Arbeiten im Zu-

	de navires;	sammenhang mit dem Recycling von Schiffen erforderlich ist;
.2 ensuring that training programmes are provided to enable workers to safely undertake all Ship Recycling operations they are tasked to do; and	.2 veiller à ce que des programmes de formation permettent aux travailleurs d'exécuter en toute sécurité toutes les opérations de recyclage des navires qui leur sont confiées; et	.2 Sicherstellen von Schulungsprogrammen, um die Arbeiter in die Lage zu versetzen, alle ihnen aufgetragenen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen sicher auszuführen;
.3 ensuring that all workers at the Ship Recycling Facility have been provided with appropriate training and familiarization prior to performing any Ship Recycling operation.	.3 veiller à ce que tous les travailleurs de l'installation de recyclage des navires aient été correctement formés et familiarisés avant d'exécuter une quelconque opération de recyclage de navire.	.3 Sicherstellen, dass alle Arbeiter der Abwrackeinrichtung vor der Ausführung von Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen in ausreichender Weise geschult und mit der Einrichtung vertraut gemacht worden sind.
2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide and ensure the use of personal protective equipment for operations requiring such use, including:	2 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent fournir un équipement de protection individuelle et veiller à ce qu'il soit utilisé pour les opérations qui le nécessitent, y compris:	2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen stellen eine persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung und stellen deren Verwendung für Arbeiten sicher, bei denen sie notwendig ist; zu dieser Schutzausrüstung gehören
.1 head protection;	.1 protection de la tête;	.1 Kopfschutz;
.2 face and eye protection;	.2 protection du visage et des yeux;	.2 Gesichts- und Augenschutz;
.3 hand and foot protection;	.3 protection des mains et des pieds;	.3 Hand- und Fußschutz;
.4 respiratory protective equipment;	.4 protection des voies respiratoires;	.4 Atemschutzausrüstung;
.5 hearing protection;	.5 protection de l'ouïe;	.5 Gehörschutz;
.6 protectors against radioactive contamination;	.6 protection contre la contamination radioactive;	.6 Strahlenschutz;
.7 protection from falls; and	.7 protection contre les chutes; et	.7 Fallschutz;
.8 appropriate clothing.	.8 vêtements adaptés.	.8 geeignete Kleidung.
3 Ship Recycling Facilities authorized by a Party may co-operate in providing for training of workers. Taking into account the guidelines developed by the Organization, the training programmes set forth in paragraph 1.2 of this regulation shall:	3 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie peuvent coopérer pour assurer la formation des travailleurs. Compte tenu des directives élaborées par l'Organisation, les programmes de formation prévus au paragraphe 1.2 de la présente règle doivent:	3 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen können bei der Schulung der Arbeiter zusammenarbeiten. Unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien müssen die in Absatz 1.2 genannten Schulungsprogramme
.1 cover all workers including contractor personnel and employees in the Ship Recycling Facility;	.1 prendre en considération tous les travailleurs, y compris les sous-traitants, et les employés de l'installation de recyclage des navires;	.1 alle Arbeiter, einschließlich des Personals von Subunternehmern, und Angestellte der Abwrackeinrichtung einbeziehen;
.2 be conducted by Competent persons;	.2 être exécutés par des personnes compétentes;	.2 von fachkundigen Personen durchgeführt werden;
.3 provide for initial and refresher training at appropriate intervals;	.3 assurer une formation initiale et des cours de perfectionnement à intervalles appropriés;	.3 Erst- und Wiederholungsschulungen in geeigneten Zeitabständen vorsehen;
.4 include participants' evaluation of their comprehension and retention of the training;	.4 prévoir d'évaluer ce que les participants ont compris et ont retenu de la formation;	.4 eine Teilnehmerbewertung der Schulung hinsichtlich ihres Verständnisses und ihrer Lernerfolge enthalten;
.5 be reviewed periodically and modified as necessary; and	.5 être passés en revue régulièrement et être modifiés si nécessaire; et	.5 in regelmäßigen Zeitabständen überprüft und, falls erforderlich, geändert werden;
.6 be documented.	.6 être étayés par des documents.	.6 dokumentiert werden.

Regulation 23**Reporting on incidents, accidents, occupational diseases and chronic effects**

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall report to the Competent Authority(ies) any incident, accident, occupational diseases, or chronic effects causing, or with the potential of causing, risks to workers safety, human health and the environment.

Règle 23**Compte rendu des incidents, accidents, maladies professionnelles et effets chroniques**

1 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent signaler à l'Autorité ou aux Autorités compétentes tout incident, accident, maladie professionnelle ou effet chronique présentant ou pouvant présenter des risques

Regel 23**Meldung von Zwischenfällen, Unfällen, berufsbedingten Krankheiten und Langzeitauswirkungen**

1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen melden der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden alle Zwischenfälle, Unfälle, berufsbedingten Krankheiten oder Langzeitauswirkungen, die eine Gefahr für die

	pour la sécurité des travailleurs, la santé de l'homme et l'environnement.	Sicherheit der Arbeiter, die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen oder möglicherweise darstellen.
2 Reports shall contain a description of the incident, accident, occupational disease, or chronic effect, its cause, the response action taken and the consequences and corrective actions to be taken.	2 Les comptes rendus doivent comprendre une description de l'incident, de l'accident, de la maladie professionnelle ou de l'effet chronique et en indiquer la cause et décrire les mesures prises et les conséquences et les mesures correctives à prendre.	2 Die Meldungen müssen eine Beschreibung des Zwischenfalls, des Unfalls, der berufsbedingten Krankheit oder der Langzeitauswirkungen, ihrer Ursache, der ergriffenen Maßnahmen sowie der Folgen und der zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen enthalten.
Chapter 4 Reporting Requirements	Chapitre 4 Prescriptions en matière de notification	Kapitel 4 Meldevorschriften
Regulation 24 Initial notification and reporting requirements	Règle 24 Prescriptions relatives à la notification initiale et à l'établissement du rapport	Regel 24 Erstmitteilung und Meldevorschriften
1 A shipowner shall notify the Administration in due time and in writing of the intention to recycle a ship in order to enable the Administration to prepare for the survey and certification required by this Convention.	1 Un propriétaire de navires ayant l'intention de recycler un navire doit en informer l'Administration en temps voulu, par écrit, afin qu'elle puisse faire les préparatifs nécessaires pour les visites et la délivrance des certificats prescrites par la présente Convention.	1 Ein Schiffseigentümer teilt der Verwaltung rechtzeitig schriftlich die Absicht mit, ein Schiff recyceln zu lassen, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, Vorbereitungen für die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Besichtigungen und die darin vorgeschriebene Zeugniserteilung zu treffen.
2 A Ship Recycling Facility when preparing to receive a ship for recycling shall notify in due time and in writing its Competent Authority(ies) of the intent. The notification shall include at least the following ship details:	2 Une installation de recyclage de navires qui se prépare à recevoir un navire à recycler le notifie en temps voulu, par écrit, à son Autorité ou ses Autorités compétentes. Cette notification inclut au minimum les caractéristiques suivantes du navire:	2 Eine Abwrackeinrichtung, die sich darauf vorbereitet, ein Schiff zum Recycling anzunehmen, teilt ihrer zuständigen Behörde oder ihren zuständigen Behörden diese Absicht rechtzeitig schriftlich mit. Die Mitteilung enthält mindestens die folgenden Angaben zum Schiff:
.1 name of the State whose flag the ship is entitled to fly;	.1 nom de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon;	.1 Name des Staates, dessen Flagge zu führen das Schiff berechtigt ist;
.2 date on which the ship was registered with that State;	.2 date à laquelle le navire a été immatriculé dans cet État;	.2 Datum, an dem das Schiff in diesem Staat in das Schiffsregister eingetragen worden ist;
.3 ship's identification number (IMO number);	.3 numéro d'identification du navire (numéro OMI);	.3 Schiffsidentifikationsnummer (IMO-Nummer);
.4 hull number on new-building delivery;	.4 numéro de la coque au moment de la livraison du navire neuf;	.4 Rumpfnummer am Tag der Ablieferung des neuen Schiffes;
.5 name and type of the ship;	.5 nom et type du navire;	.5 Name und Typ des Schiffes;
.6 port at which the ship is registered;	.6 port où le navire est immatriculé;	.6 Heimathafen des Schiffes;
.7 name and address of the Shipowner as well as the IMO registered owner identification number;	.7 nom et adresse du propriétaire du navire, ainsi que le numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit;	.7 Name und Anschrift des Schiffseigentümers sowie IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Schiffseigentümer;
.8 name and address of the company as well as the IMO company identification number;	.8 nom et adresse de la compagnie, ainsi que le numéro OMI d'identification de la compagnie;	.8 Name und Anschrift des Unternehmens sowie IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen;
.9 name of all classification society(ies) with which the ship is classed;	.9 nom de toutes les sociétés de classification auprès desquelles le navire est classé;	.9 Bezeichnung aller Klassifikationsgesellschaften, von denen das Schiff klassifiziert worden ist;
.10 ship's main particulars (Length overall (LOA), Breadth (Moulded), Depth (Moulded), Lightweight, Gross and Net tonnage, and engine type and rating);	.10 principales caractéristiques du navire (longueur hors tout, largeur (hors membrures), creux (sur quille), poids léger, jauges brute et nette et type de moteur et sa puissance);	.10 die wichtigsten Angaben zum Schiff (Länge über alles), Breite (auf Mallkante gemessen), Seitenhöhe (auf Mallkante gemessen), Eigengewicht, Brutto- und Nettoraumzahl sowie Maschinentyp und Auslegung);
.11 Inventory of Hazardous Materials; and	.11 Inventaire des matières potentiellement dangereuses; et	.11 Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien;
.12 draft ship recycling plan for approval pursuant to regulation 9.	.12 projet de plan de recyclage du navire destiné à être approuvé en application de la règle 9.	.12 Entwurf des Schiffsrecyclingplans, der nach Regel 9 genehmigt werden soll.

3 When the ship destined to be recycled has acquired the International Ready for Recycling Certificate, the Ship Recycling Facility shall report to its Competent Authority(ies) the planned start of the Ship Recycling. The report shall be in accordance with the reporting format in Appendix 6, and shall at least include a copy of the International Ready for Recycling Certificate. Recycling of the ship shall not start prior to the submission of the report.

Regulation 25

Reporting upon completion

When the partial or complete recycling of a ship is completed in accordance with the requirements of this Convention, a Statement of Completion shall be issued by the Ship Recycling Facility and reported to its Competent Authority(ies). This report must be compiled as shown in appendix 7. The Competent Authority(ies) shall send a copy of the Statement to the Administration which issued the International Ready for Recycling Certificate for the ship. The Statement shall be issued within 14 days of the date of partial or completed Ship Recycling in accordance with the Ship Recycling Plan and shall include a report on incidents and accidents damaging human health and/or the environment, if any.

3 Lorsque le navire destiné à être recyclé a obtenu le certificat international attestant qu'il est prêt pour le recyclage, l'installation de recyclage des navires informe l'Autorité ou les Autorités compétentes dont elle relève de la date à laquelle elle escompte commencer à recycler le navire. Cette notification doit être établie suivant le modèle figurant à l'appendice 6 et doit être accompagnée d'au moins une copie du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage. Le recyclage du navire ne doit pas débiter tant que cette notification n'a pas été soumise.

Règle 25

Notification de l'achèvement du recyclage

Lorsque le recyclage partiel ou total du navire est achevé conformément aux prescriptions de la présente Convention, l'installation de recyclage des navires publie un avis d'achèvement et en informe l'Autorité ou les Autorités compétentes dont elle relève. Cette notification doit être établie suivant le modèle figurant à l'appendice 7. L'Autorité compétente adresse une copie de cet avis à l'Administration qui a délivré le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage. L'avis doit être publié dans les 14 jours qui suivent la date d'achèvement du recyclage partiel ou total du navire conformément à son plan de recyclage et doit inclure un rapport sur les incidents et accidents qui auront pu porter atteinte à la santé de l'homme et/ou à l'environnement.

3 Wenn das für das Recycling bestimmte Schiff das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit erhalten hat, meldet die Abwrackeinrichtung ihrer zuständigen Behörde oder ihren zuständigen Behörden den geplanten Beginn des Recyclings. Die Meldung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Meldeformular in Anhang 6 und muss mindestens eine Kopie des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit enthalten. Mit dem Recycling des Schiffes darf vor der Abgabe der Meldung nicht begonnen werden.

Regel 25

Meldung nach Abschluss der Arbeiten

Nach Abschluss des teilweisen oder vollständigen Recyclings eines Schiffes in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Übereinkommens wird von der Abwrackeinrichtung eine Erklärung über den Abschluss der Arbeiten ausgestellt und an ihre zuständige Behörde oder ihre zuständigen Behörden weitergeleitet. Die Meldung muss so verfasst sein, wie es in Anhang 7 gezeigt ist. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden übermitteln der Verwaltung, die das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit erteilt hat, eine Kopie der Erklärung. Die Erklärung wird innerhalb von 14 Tagen nach Abschluss des teilweisen oder vollständigen Recyclings des Schiffes in Übereinstimmung mit dem Schiffsrecyclingplan ausgestellt und enthält einen Bericht über etwaige Zwischenfälle und Unfälle, die die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt schädigen.

Appendix 1

Controls of Hazardous Materials

Hazardous Material	Definitions	Control measures
Asbestos	Materials containing asbestos	For all ships, new installation of materials which contain asbestos shall be prohibited.
Ozone-depleting substances	Ozone-depleting substances means controlled substances defined in paragraph 4 of article 1 of the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer, 1987, listed in Annexes A,B,C or E to the said Protocol in force at the time of application or interpretation of this Annex. Ozone-depleting substances that may be found on board ship include, but are not limited to: Halon 1211 Bromochlorodifluoromethane Halon 1301 Bromotrifluoromethane Halon 2402 1,2-Dibromo-1,1,2,2-tetrafluoroethane (also known as Halon 114B2) CFC-11 Trichlorofluoromethane CFC-12 Dichlorodifluoromethane CFC-113 1,1,2-Trichloro-1,2,2-trifluoroethane CFC-114 1,2-Dichloro-1,1,2,2-tetrafluoroethane CFC-115 Chloropentafluoroethane	New installations which contain ozone-depleting substances shall be prohibited on all ships, except that new installations containing hydrochlorofluorocarbons (HCFCs) are permitted until 1 January 2020.
Polychlorinated biphenyls (PCB)	“Polychlorinated biphenyls” means aromatic compounds formed in such a manner that the hydrogen atoms on the biphenyl molecule (two benzene rings bonded together by a single carbon-carbon bond) may be replaced by up to ten chlorine atoms	For all ships, new installation of materials which contain Polychlorinated biphenyls shall be prohibited.
Anti-fouling compounds and systems	Anti-fouling compounds and systems regulated under Annex I to the International Convention on the Control of Harmful Anti-fouling Systems on Ships, 2001 (AFS Convention) in force at the time of application or interpretation of this Annex.	1. No ship may apply anti-fouling systems containing organotin compounds as a biocide or any other anti-fouling system whose application or use is prohibited by the AFS Convention. 2. No new ships or new installations on ships shall apply or employ anti-fouling compounds or systems in a manner inconsistent with the AFS Convention.

Appendix 2

Minimum List of items for the Inventory of Hazardous Materials

Any Hazardous Materials listed in Appendix 1
Cadmium and Cadmium Compounds
Hexavalent Chromium and Hexavalent Chromium Compounds
Lead and Lead Compounds
Mercury and Mercury Compounds
Polybrominated Biphenyl (PBBs)
Polybrominated Diphenyl Ethers (PBDEs)
Polychlorinated Naphthalenes (more than 3 chlorine atoms)
Radioactive Substances
Certain Shortchain Chlorinated Paraffins (Alkanes, C ₁₀ – C ₁₃ , chloro)

Appendix 3

Form
of the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials

**International Certificate on Inventory
of Hazardous Materials**

(Note: This certificate shall be supplemented by Part I of the Inventory of Hazardous Materials)

(Official seal)

(State)

Issued under the provisions of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") under the authority of the Government of

.....
(Full designation of the country)

by

.....
(Full designation of the person or organization authorized
under the provisions of the Convention)

Particulars of the Ship

Name of Ship	
Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

Particulars of Part I of the Inventory of Hazardous Materials

Part I of the Inventory of Hazardous Materials identification/verification number:

Note: Part I of the Inventory of Hazardous Materials, as required by regulation 5 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials and must always accompany the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials. Part I of the Inventory of Hazardous Materials should be compiled on the basis of the standard format shown in the guidelines developed by the Organization.

This is to certify:

1. that the ship has been surveyed in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention; and
2. that the survey shows that Part I of the Inventory of Hazardous Materials fully complies with the applicable requirements of the Convention.

Completion date of survey on which this certificate is based: (dd/mm/yyyy)

This certificate is valid until (dd/mm/yyyy)

Issued at
(Place of issue of certificate)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the certificate)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement to extend the Certificate if valid for less than five years where regulation 11.6 applies*

The ship complies with the relevant provisions of the Convention, and this certificate shall, in accordance with regulation 11.6 of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement where the renewal survey has been completed and regulation 11.7 applies*

The ship complies with the relevant provisions of the Convention, and this certificate shall, in accordance with regulation 11.7 of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement at survey shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

Endorsement to extend the validity of the Certificate until reaching the port of survey or for a period of grace where regulation 11.8 or 11.9 applies*

This certificate shall, in accordance with regulation 11.8 or 11.9** of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement for additional survey*

At an additional survey in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention, the ship was found to comply with the relevant provisions of the Convention.

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement at survey shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

** Delete as appropriate.

Appendix 4

Form
of the International Ready for Recycling Certificate

**International Ready
for Recycling Certificate**

(Note: This certificate shall be supplemented by the Inventory of Hazardous Materials and the Ship Recycling Plan)

(Official seal)

(State)

Issued under the provisions of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") under the authority of the Government of

.....
(Full designation of the country)

by

.....
(Full designation of the person or organization authorized
under the provisions of the Convention)

Particulars of the Ship

Name of Ship	
Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

Particulars of the Ship Recycling Facility(ies)

Name of Ship Recycling Facility	
Distinctive Recycling Company identity number*	
Full address	
Date of expiry of DASR	

* This number is based on the Document of Authorization to conduct Ship Recycling (DASR).

Particulars of the Inventory of Hazardous Materials

Inventory of Hazardous Materials identification/verification number:

Note: The Inventory of Hazardous Materials, as required by regulation 5 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Ready for Recycling Certificate and must always accompany the International Ready for Recycling Certificate. The Inventory of Hazardous Materials should be compiled on the basis of the standard format shown in the guidelines developed by the Organization.

Particulars of the Ship Recycling Plan

Ship Recycling Plan identification/verification number:

Note: The Ship Recycling Plan, as required by regulation 9 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Ready for Recycling Certificate and must always accompany the International Ready for Recycling Certificate.

This is to certify:

- 1 that the ship has been surveyed in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention;
- 2 that the ship has a valid Inventory of Hazardous Materials in accordance with regulation 5 of the Annex to the Convention;
- 3 that the Ship Recycling Plan, as required by regulation 9, properly reflects the information contained in the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 and contains information concerning the establishment, maintenance and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions; and
- 4 that the Ship Recycling Facility(ies) where this ship is to be recycled holds a valid authorization in accordance with the Convention.

This certificate is valid until (dd/mm/yyyy)
(Date)

Issued at
(Place of issue of certificate)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the certificate)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement to extend the Validity of the Certificate until reaching the port of the Ship Recycling Facility for a period of Grace where regulation 14.5 applies*

This certificate shall, in accordance with regulation 14.5 of the Annex to the Convention, be accepted as valid for a single point to point voyage

from the port of:

to the port of:

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

Appendix 5

Form
of the Authorization of Ship Recycling Facilities

**Document of Authorization to conduct Ship Recycling (DASR)
in accordance with the requirements of the Hong Kong International Convention for the Safe
and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009**

Issued under the provision of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") under the authority of the Government of:

.....
(Full designation of the country)

by
(Full designation of the Competent Authority under the Convention)

Name of Ship Recycling Facility	
Distinctive Recycling Company identity No.	
Full address of Ship Recycling Facility	
Primary contact person	
Phone number	
E-mail address	
Name, address, and contact information of ownership company	
Working language(s)	

This is to verify that the Ship Recycling Facility has implemented management systems, procedures and techniques in accordance with Chapters 3 and 4 to the Annex to the Convention.

This authorization is valid until and is subject to the limitations identified in the attached supplement.

This authorization is subject to amendment, suspension, withdrawal, or periodic renewal in accordance with regulation 16 of the Annex to the Convention.

Issued at
(Place of issue of the authorization)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the authorization)

.....
(Typed name and title of duly authorized official issuing the authorization)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Supplement to:
Document of Authorization to undertake Ship Recycling (DASR)
in accordance with the Hong Kong International Convention for the Safe
and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009

Notes:

- 1 This record shall be permanently attached to the DASR. The DASR shall be available at the Ship Recycling Facility at all times.
- 2 All procedures, plans and other documents produced by the Ship Recycling Facility and required under the terms to which the DASR has been issued shall be available in the working language of the Ship Recycling Facility and in either English, French or Spanish.
- 3 The authorization is subject to the limitations defined by this supplement.

1 General Terms**1.1 Requirements of the Convention**

The Ship Recycling Facility meets the requirements that it be designed, constructed, and operated in a safe and environmentally sound manner in accordance with the Convention, including meeting the relevant requirements of:

Regulation 16 – Authorization of Ship Recycling Facilities

Regulation 17 – General requirements

Regulation 18 – Ship Recycling Facility Plan

Regulation 19 – Prevention of adverse effects to human health and the environment

Regulation 20 – Safe and environmentally sound management of Hazardous Materials

Regulation 21 – Emergency preparedness and response

Regulation 22 – Worker safety and training

Regulation 23 – Reporting on incidents, accidents, occupational diseases and chronic effects

Regulation 24 – Initial notification and reporting requirements

Regulation 25 – Reporting upon completion

These requirements are imposed on the Ship Recycling Facility by way of

.....
(Identify the permit, licence, authorization, legal standards, or other mechanism that applies)

Ship Recycling Facility Plan identification/verification number:

1.2 Acceptance of ships

For ships to which the Convention applies and ships treated similarly pursuant to Article 3.4 of the Convention, the Ship Recycling Facility can only accept a ship for recycling in accordance with regulation 17 of the Annex to the Convention.

1.3 Safe-for-hot work and Safe-for-entry conditions

The Ship Recycling Facility is capable of establishing, maintaining and monitoring Safe-for-hot work and Safe-for-entry conditions throughout the Ship Recycling process.

1.4 Management of Hazardous Materials

The Ship Recycling Facility is designed, constructed, operated, and required to ensure that all Hazardous Materials' management shall be safe and environmentally sound in compliance with the Convention and with all relevant local or national regulations/requirements.

1.5 Map and location of Ship Recycling operations

A map of the boundary of the Ship Recycling Facility and the location of Ship Recycling operations within it, is attached.

2 Capability of Ship Recycling Facility**2.1 Size of ships**

The Ship Recycling Facility is authorized to accept a ship for recycling subject to the following size limitations:

Maximum Size		Other Limitations
Length		
Breadth		
Lightweight		

2.2 Safe and Environmentally Sound Management of Hazardous Materials

The Ship Recycling Facility is authorized to accept a ship for recycling that contains Hazardous Materials as specified in the following table subject to the conditions noted below:

Hazardous Material (*4)	Management of Hazardous Materials			Authorization/Limitations
	Removal Y/N (*2)	Storage Y/N	Process (*1) Y/N (*3)	
Asbestos				
Ozone-depleting substances				
Polychlorinated biphenyls (PCB)				
Anti-fouling compounds and systems				
Cadmium and Cadmium Compounds				
Hexavalent Chromium and Hexavalent Chromium Compounds				
Lead and Lead Compounds				
Mercury and Mercury Compounds				
Polybrominated Biphenyl (PBBs)				
Polybrominated Diphenyl Ethers (PBDEs)				
Polychlorinated Naphthalenes (more than 3 chlorine atoms)				
Radioactive substances				
Certain Shortchain Chlorinated Paraffins (Alkanes, C ₁₀ – C ₁₃ , chloro)				
Hazardous liquids, residues and sediments				
Paints and coatings that are highly flammable and/or lead to toxic release				
Other Hazardous Materials not listed above and that are not a part of the ship structure (specify)				

Notes:

*1 Process means the processing of Hazardous Materials in the Ship Recycling Facility, such as:

- a. incineration of Hazardous Materials;
- b. reclamation of Hazardous Materials; and
- c. treatment of oily residues.

*2 If Yes (Y), indicate in the Ship Recycling Facility Plan the responsible personnel authorized to carry out the removal, with the certificate number or other relevant information.

*3 If No (N), describe in the Ship Recycling Plan where the Hazardous Materials are to be processed/disposed.

*4 These Hazardous Materials are specified in Appendices 1 and 2 and regulation 20 of the Convention.

Appendix 6
Form
of Report of planned Start of Ship Recycling

The
(Name of Ship Recycling Facility)

located at
(Full Ship Recycling Facility address)

Authorized in accordance with the requirements of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") to conduct Ship Recycling under the authority of the Government of:

.....
(Full designation of country)

as indicated in the Document of Authorization to conduct Ship Recycling issued at

.....
(Place of authorization)

by
(Full designation of the Competent Authority under the Convention)

on (dd/mm/yyyy)
(Date of issue)

Hereby reports that the Ship Recycling Facility is ready in every respect to start the recycling of the vessel
(IMO number)

The International Ready for Recycling Certificate issued under the provisions of the Convention under the authority of the Government of

.....
(Full designation of country)

by
(Full designation of the person or organization authorized under the provisions of the Convention)

on (dd/mm/yyyy)
(Date of issue)

is enclosed.

Signed

Appendix 7
Form
of the Statement of Completion of Ship Recycling

Statement of Completion of Ship Recycling

This document is a statement of completion of Ship Recycling for

.....
(Name of the ship when it was received for recycling/at the point of deregistration)

Particulars of the Ship as received for recycling

Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

This confirms that:

The ship has been recycled in accordance with the Ship Recycling Plan as part of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") at

.....
(Name and location of the authorized Ship Recycling Facility)

and the recycling of the ship as required by the Convention was completed on:

(dd/mm/yyyy)
(Date of completion)

Issued at
(Place of issue of the Statement of Completion)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue)
(Signature of the owner of the Ship Recycling Facility or
a representative acting on behalf of the owner)

Appendice 1

Réglementation des matières potentiellement dangereuses

Matière potentiellement dangereuse	Définitions	Mesures de contrôle
Amiante	Matériaux contenant de l'amiante	Dans le cas de tous les navires, il est interdit d'installer des matériaux neufs qui contiennent de l'amiante.
Substances qui appauvrissent la couche d'ozone	«Substance qui appauvrit la couche d'ozone» désigne une substance réglementée, telle que définie au paragraphe 4 de l'article premier du Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone, 1987, qui figure sur la liste de l'Annexe A, B, C ou E dudit Protocole en vigueur à la date de l'application ou de l'interprétation de la présente Annexe. Les «substances qui appauvrissent la couche d'ozone» que l'on peut trouver à bord des navires comprennent, sans toutefois s'y limiter, les substances suivantes: Halon 1211 Bromochlorodifluorométhane Halon 1301 Bromotrifluorométhane Halon 2402 1,2-Dibromo-1,1,2,2-tétrafluoréthane (également appelé Halon 114B2) CFC-11 Trichlorofluorométhane CFC-12 Dichlorodifluorométhane CFC-113 1,1,2-Trichloro-1,2,2-trifluoroéthane CFC-114 1,2-Dichloro-1,1,2,2-tétrafluoroéthane CFC-115 Chloropentafluoroéthane	Les installations nouvelles contenant des substances qui appauvrissent la couche d'ozone sont interdites à bord de tous les navires; toutefois, les installations nouvelles contenant des hydrochlorofluorocarbones (HCFC) sont autorisées jusqu'au 1 ^{er} janvier 2020.
Polychlorobiphényles (PCB)	«Polychlorobiphényles» s'entend des composés aromatiques dont la structure est telle que les atomes d'hydrogène de la molécule de biphényle (deux cycles benzéniques reliés par une seule liaison carbone-carbone) peuvent être remplacés par un nombre d'atomes de chlore allant jusqu'à dix.	Dans le cas de tous les navires, il est interdit d'installer des matériaux neufs qui contiennent des polychlorobiphényles.
Composés et systèmes antisalissure	Composés et systèmes antisalissure réglementés par l'Annexe I de la Convention internationale de 2001 sur le contrôle des systèmes antisalissure nuisibles sur les navires (Convention AFS) en vigueur à la date de l'application ou de l'interprétation de la présente Annexe.	1. Aucun navire ne doit appliquer des systèmes antisalissure contenant des composés organostanniques en tant que biocide ni aucun autre système antisalissure dont l'application ou l'utilisation est interdite par la Convention AFS. 2. Aucun navire neuf ni aucune installation nouvelle à bord de navires ne doit appliquer ou utiliser de composés ou systèmes antisalissure d'une manière qui ne soit pas conforme à la Convention AFS.

Appendice 2

Liste des éléments devant au moins figurer
dans l'inventaire des matières potentiellement dangereuses

Toutes matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1
Cadmium et composés du cadmium
Chrome hexavalent et composés de chrome hexavalent
Plomb et composés du plomb
Mercure et composés du mercure
Biphényles polybromés (PBB)
Éthers diphényles polybromés (PBDE)
Naphtalènes polychlorés (plus de 3 atomes de chlore)
Matières radioactives
Certaines paraffines chlorées à chaîne courte (chloroalcanes C ₁₀ – C ₁₃)

Appendice 3

Modèle
de certificat international attestant que le navire
possède un inventaire des matières potentiellement dangereuses

**Certificat international
attestant que le navire possède un inventaire des matières potentiellement dangereuses**

(Note: Le présent certificat doit être accompagné de la Partie I de l'Inventaire
des matières potentiellement dangereuses).

(Cachet officiel)

(État)

Délivré en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par

.....
(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme autorisé
en vertu des dispositions de la Convention)

Caractéristiques du navire

Nom du navire	
Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Caractéristiques de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses

Numéro d'identification/de vérification de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses:

Note: La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, telle que prescrite par la règle 5 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses et doit toujours accompagner ce certificat. La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses devrait être établie conformément au modèle type figurant dans les directives élaborées par l'Organisation.

Il est certifié:

1. que le navire a été visité conformément aux dispositions de la règle 10 de l'Annexe à la Convention; et
2. qu'à la suite de cette visite, il a été constaté que la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses satisfaisait pleinement aux prescriptions applicables de la Convention.

Date d'achèvement de la visite sur la base de laquelle le présent certificat est délivré: (jj/mm/aaaa)

Le présent certificat est valable jusqu'au (jj/mm/aaaa)

Délivré à
(Lieu de délivrance du certificat)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre le certificat)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa de prorogation du certificat, s'il est valable pour une durée inférieure à cinq ans, en cas d'application de la règle 11.6*

Le navire satisfait aux dispositions pertinentes de la Convention et le présent certificat, conformément à la règle 11.6 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa):

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa apposé après achèvement de la visite de renouvellement, en cas d'application de la règle 11.7*

Le navire satisfait aux dispositions pertinentes de la Convention et le présent certificat, conformément à la règle 11.7 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa) :

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa doit être faite et être ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

Visa de prorogation de la validité du certificat jusqu'à l'arrivée au port de visite ou pour une période de grâce, en cas d'application de la règle 11.8 ou 11.9*

Le présent certificat, conformément à la règle 11.8 ou 11.9** de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa):

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Attestation de visite supplémentaire*

Lors d'une visite supplémentaire effectuée conformément à la règle 10 de l'Annexe à la Convention, il a été constaté que le navire satisfaisait aux dispositions pertinentes de la Convention.

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa/de la présente attestation doit être faite et ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

** Biffer la mention inutile.

Appendice 4

Modèle
de certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage

**Certificat international
attestant que le navire est prêt pour le recyclage**

(Note: Le présent certificat doit être accompagné de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses et du plan de recyclage du navire).

(Cachet officiel)

(État)

Délivré en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par

.....
*(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme autorisé
en vertu des dispositions de la Convention)*

Caractéristiques du navire

Nom du navire	
Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Caractéristiques de l'installation ou des installations de recyclage des navires

Nom de l'installation de recyclage des navires	
Numéro d'identification distinctif de la compagnie de recyclage*	
Adresse complète	
Date d'expiration de l'autorisation	

* Ce numéro se trouve dans l'autorisation de procéder au recyclage des navires.

Caractéristiques de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses

Numéro d'identification/de vérification de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses:

Note: L'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, tel que prescrit par la règle 5 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage et doit toujours accompagner ce certificat. L'Inventaire des matières potentiellement dangereuses devrait être établi conformément au modèle figurant dans les directives élaborées par l'Organisation.

Caractéristiques du plan de recyclage du navire

Numéro d'identification/de vérification du plan de recyclage du navire:

Note: Le plan de recyclage du navire, tel que prescrit par la règle 9 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage et doit toujours accompagner ce certificat.

Il est certifié:

- 1 que le navire a été visité conformément aux dispositions de la règle 10 de l'Annexe à la Convention;
- 2 que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses en cours de validité conforme aux dispositions de la règle 5 de l'Annexe à la Convention;
- 3 que le plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9 reprend bien les renseignements figurant dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 et contient des renseignements sur la mise en place, le maintien et la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud; et
- 4 que l'installation ou les installations de recyclage des navires où le présent navire doit être recyclé possèdent une autorisation en cours de validité conforme à la Convention.

Le présent certificat est valable jusqu'au (jj/mm/aaaa)
(Date)

Délivré à
(Lieu de délivrance du certificat)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre le certificat)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa de prorogation de la validité du certificat jusqu'à l'arrivée au port de l'installation de recyclage des navires ou pour une période de grâce, en cas d'application de la règle 14.5*

Le présent certificat, conformément à la règle 14.5 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable pour un voyage unique direct

du port de:

au port de:

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa doit être faite et être ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

Appendice 5

Modèle
d'autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

**Autorisation de procéder au recyclage de navires conformément aux prescriptions
de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr
et écologiquement rationnel des navires, 2009**

Délivrée en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par
(Titre officiel complet de l'Autorité compétente en vertu de la Convention)

Nom de l'installation de recyclage des navires	
Numéro d'identification distinctif de la compagnie de recyclage	
Adresse complète de l'installation de recyclage des navires	
Principal point de contact	
Numéro de téléphone	
Courriel	
Nom, adresse et coordonnées de la société mère	
Langue(s) de travail	

Il est vérifié que l'installation de recyclage des navires a mis en place des systèmes, procédures et techniques de gestion conformes aux chapitres 3 et 4 de l'Annexe à la Convention.

La présente autorisation est valable jusqu'au et est soumise aux restrictions énoncées dans le supplément joint.

La présente autorisation est susceptible d'être modifiée, suspendue, retirée ou renouvelée périodiquement conformément à la règle 16 de l'Annexe à la Convention.

Délivré à
(Lieu de délivrance de l'autorisation)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre l'autorisation)

.....
(Nom et fonction, en caractères d'imprimerie, de l'agent dûment autorisé qui délivre l'autorisation)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

**Supplément à:
l'autorisation de procéder au recyclage de navires conformément à
la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr
et écologiquement rationnel des navires, 2009**

Notes:

- 1 La présente fiche doit être jointe en permanence à l'autorisation de procéder au recyclage des navires. L'autorisation doit pouvoir être consultée à tout moment à l'installation de recyclage des navires.
- 2 Les procédures, plans et autres documents fournis par l'installation de recyclage des navires et prescrits aux termes des conditions dans lesquelles l'autorisation a été délivrée doivent tous être disponibles dans la langue de travail de l'installation de recyclage des navires, ainsi qu'en anglais, en espagnol ou en français.
- 3 L'autorisation est soumise aux restrictions énoncées dans le présent supplément.

1 Conditions Générales**1.1 Prescriptions de la Convention**

L'installation de recyclage des navires est conçue, construite et exploitée d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément aux prescriptions de la Convention et satisfait aux prescriptions pertinentes ci-après:

Règle 16 – Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

Règle 17 – Prescriptions générales

Règle 18 – Plan relatif à l'installation de recyclage des navires

Règle 19 – Prévention des effets nocifs pour la santé de l'homme et l'environnement

Règle 20 – Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses

Règle 21 – Préparation et intervention en cas de situation d'urgence

Règle 22 – Sécurité et formation des travailleurs

Règle 23 – Compte rendu des incidents, accidents, maladies professionnelles et effets chroniques

Règle 24 – Prescriptions relatives à la notification initiale et à l'établissement du rapport

Règle 25 – Notification de l'achèvement du recyclage

Ces prescriptions sont imposées à l'installation de recyclage des navires au moyen de

.....
(Indiquer le permis, la licence, l'autorisation, les normes juridiques ou autre mécanisme qui est applicable)

Numéro d'identification/de vérification du plan relatif à l'installation de recyclage des navires

1.2 Acceptation des navires

En ce qui concerne les navires auxquels la Convention s'applique et les navires soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 de la Convention, l'installation de recyclage des navires ne peut accepter un navire en vue de le recycler que conformément à la règle 17 de l'Annexe à la Convention.

1.3 Conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud

L'installation de recyclage des navires est capable de mettre en place, maintenir et surveiller les conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud tout au long du processus de recyclage des navires.

1.4 Gestion des matières potentiellement dangereuses

L'installation de recyclage des navires est conçue, construite et exploitée et tenue de procéder à la gestion de toutes les matières potentiellement dangereuses d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément à la Convention et à toutes les règles/prescriptions locales ou nationales pertinentes.

1.5 Carte et lieu des opérations de recyclage des navires

Une carte indiquant les limites de l'installation de recyclage des navires et le lieu des opérations de recyclage des navires effectuées dans son enceinte est jointe.

2 Capacité de l'installation de recyclage des navires**2.1 Dimensions des navires**

L'installation de recyclage des navires est autorisée à accepter de recycler un navire dont les dimensions ne dépassent pas les limites suivantes:

Dimensions maximales		Autres restrictions
Longueur		
Largeur		
Poids lège		

2.2 Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses

L'installation de recyclage des navires est autorisée à accepter de recycler un navire qui contient les matières potentiellement dangereuses mentionnées dans le tableau suivant sous réserve des conditions indiquées ci-après:

Matière potentiellement dangereuse (*4)	Gestion des matières potentiellement dangereuses			Autorisation/Restrictions
	Élimination O/N (*2)	Stockage O/N	Traitement (*1) O/N (*3)	
Amiante				
Substances qui appauvrissent la couche d'ozone				
Polychlorobiphényles (PCB)				
Composés et systèmes antisalissure				
Cadmium et composés du cadmium				
Chrome hexavalent et composés de chrome hexavalent				
Plomb et composés du plomb				
Mercure et composés du mercure				
Biphényles polybromés (PBB)				
Éthers diphényles polybromés (PBDE)				
Naphtalènes polychlorés (plus de 3 atomes de chlore)				
Matières radioactives				
Certaines paraffines chlorées à chaîne courte (chloroalcane C ₁₀ – C ₁₃)				
Liquides, résidus et sédiments potentiellement dangereux				
Peintures et revêtements qui sont hautement inflammables et/ou donnent lieu à des émanations toxiques				
Autres matières potentiellement dangereuses qui ne sont pas mentionnées ci-dessus et qui ne font pas partie de la structure du navire (préciser)				

Notes:

*1 Par traitement, il faut entendre le traitement des matières potentiellement dangereuses dans l'installation de recyclage des navires, tel que:

- a. l'incinération des matières potentiellement dangereuses;
- b. la récupération des matières potentiellement dangereuses; et
- c. le traitement des résidus d'hydrocarbures.

*2 Si oui (O), indiquer, dans le plan relatif à l'installation de recyclage des navires, le personnel responsable qui est autorisé à procéder à l'enlèvement, en précisant le numéro du certificat ou tout autre renseignement pertinent.

*3 Si non (N), indiquer, dans le plan de recyclage du navire, le lieu où les matières potentiellement dangereuses vont être traitées/éliminées.

*4 Ces matières potentiellement dangereuses sont mentionnées dans les appendices 1 et 2 et dans la règle 20 de la Convention.

Appendice 6**Modèle
de notification du début escompté du recyclage du navire**

Le (La)
(Nom de l'installation de recyclage des navires)

situé(e) à
(Adresse complète de l'installation de recyclage des navires)

qui est autorisé(e), conformément aux prescriptions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée "la Convention"), à procéder au recyclage de navires au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

ainsi qu'il est indiqué dans l'autorisation de procéder au recyclage de navires

délivrée à
(Lieu de l'autorisation)

par
(Titre officiel complet de l'Autorité compétente en vertu de la Convention)

le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance)

Notifie par la présente que l'installation de recyclage des navires est prête à tous égards à entreprendre le recyclage du navire
(Numéro IMO)

Le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage, qui a été délivré conformément aux dispositions de la Convention au nom du Gouvernement

.....
(Nom officiel complet du pays)

par
(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme reconnu autorisé en vertu des dispositions de la Convention)

le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance)

est joint.

Signé

Appendice 7**Modèle
d'avis d'achèvement du recyclage du navire****Avis d'achèvement du recyclage du navire**

Le présent document est un avis d'achèvement du recyclage du navire

.....
(Nom du navire à son arrivée en vue d'être recyclé/au moment de la radiation de l'immatriculation)

Caractéristiques du navire à son arrivée en vue d'être recyclé

Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Il est confirmé:

que le navire a été recyclé conformément au plan de recyclage du navire dans le cadre de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») à

.....
(Nom et emplacement de l'installation de recyclage des navires autorisée)

et que le recyclage du navire, tel que prescrit par la Convention, a été achevé le

..... (jj/mm/aaaa)
(Date d'achèvement)

Délivré à
(Lieu de délivrance de l'avis d'achèvement)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature du propriétaire de l'installation de recyclage des navires
ou d'un représentant agissant en son nom)

Anhang 1

Beschränkung der gefährlichen Materialien

Gefährliches Material	Begriffsbestimmungen	Beschränkungsmaßnahmen
Asbest	Asbesthaltige Materialien	Bei allen Schiffen ist der Neueinbau von asbesthaltigen Materialien verboten.
Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	Der Ausdruck „Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen“ bezeichnet geregelte Stoffe im Sinne des Artikels 1 Nummer 4 des Montrealer Protokolls von 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, welche in Anlage A, B, C oder E des genannten Protokolls in seiner zum Zeitpunkt der Anwendung oder Auslegung der vorliegenden Anlage geltenden Fassung aufgeführt sind. Zu den Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, welche an Bord von Schiffen vorkommen können, gehören unter anderem die folgenden: Halon 1211 Bromchlordifluormethan Halon 1301 Bromtrifluormethan Halon 2402 1,2-Dibrom-1,1,2,2-tetrafluorethan (auch unter der Bezeichnung Halon 114B2 bekannt) CFC-11 Trichlorfluormethan CFC-12 Dichlordifluormethan CFC-113 1,1,2-Trichlor-1,2,2-trifluorethan CFC-1,2-Dichlor-1,1,2,2-tetrafluorethan CFC-115 Chlorpentafluorethan	Neueinbauten, die Stoffe enthalten, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, sind auf allen Schiffen verboten; Neueinbauten, die teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten, sind jedoch bis zum 1. Januar 2020 zulässig.
Polychlorierte Biphenyle (PCB)	Der Ausdruck „polychlorierte Biphenyle“ bezeichnet aromatische Verbindungen, die so zusammengesetzt sind, dass die Wasserstoffatome auf dem Biphenylmolekül (zwei Benzolringe, die durch eine Einfachverbindung von Kohlenstoffatomen verbunden sind) durch bis zu zehn Chloratome ersetzt werden können.	Bei allen Schiffen ist der Neueinbau von Materialien, die polychlorierte Biphenyle enthalten, verboten.
Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme	Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme im Sinne der Anlage I des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Übereinkommen) in seiner zum Zeitpunkt der Anwendung oder Auslegung der vorliegenden Anlage geltenden Fassung.	1. Auf keinem Schiff dürfen Bewuchsschutzsysteme, die zinnorganische Verbindungen als Biozide enthalten, oder andere Bewuchsschutzsysteme, deren Aufbringung oder Verwendung nach dem AFS-Übereinkommen verboten ist, aufgebracht werden. 2. Auf neuen Schiffen und bei Neueinbauten auf Schiffen dürfen Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, oder Bewuchsschutzsysteme nicht in einer Weise aufgebracht oder verwendet werden, die mit dem AFS-Übereinkommen unvereinbar ist.

Anhang 2

Liste von Einträgen, die mindestens im Bestandsverzeichnis
der gefährlichen Materialien enthalten sein müssen

Alle in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien
Cadmium und Cadmiumverbindungen
Sechswertiges Chrom und sechswertige Chromverbindungen
Blei und Bleiverbindungen
Quecksilber und Quecksilberverbindungen
Polybromierte Biphenyle (PBB)
Polybromierte Diphenylether (PBDE)
Polychlorierte Naphtaline (mehr als 3 Chloratome)
Radioaktive Stoffe
Bestimmte kurzkettige chlorierte Paraffine (Alkane, C ₁₀ – C ₁₃ , Chlor)

Anhang 3**Muster****des Internationalen Zeugnisses über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien****Internationales Zeugnis
über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien**

(Anmerkung: Dieses Zeugnis ist durch Teil I des Bestandsverzeichnisses
der gefährlichen Materialien zu ergänzen.)

(Dienstsiegel)

(Staat)

Ausgestellt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch

.....
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

Angaben zum Schiff

Name des Schiffes	
Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoreaumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Angaben zu Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien

Identifikations-/Prüfnummer des Teiles I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien:

Anmerkung: Teil I des in Regel 5 der Anlage vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien und muss dem Internationalen Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien immer beiliegen. Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien soll auf der Grundlage des Standardformulars, das in den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien enthalten ist, erstellt werden.

Hiermit wird bescheinigt, dass

1. das Schiff nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens besichtigt worden ist und
2. die Besichtigung ergeben hat, dass Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien in jeder Hinsicht den anwendbaren Vorschriften dieses Übereinkommens entspricht.

Abschlussdatum der Besichtigung, auf der dieses Zeugnis beruht: (TT/MM/JJJJ)

Dieses Zeugnis gilt bis (TT/MM/JJJJ)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung des Zeugnisses)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der das Zeugnis ausstellt)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk zur Verlängerung des Zeugnisses, wenn es weniger als fünf Jahre gültig ist und Regel 11 Absatz 6 Anwendung findet*

Das Schiff entspricht den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens, und dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 6 der Anlage des Übereinkommens bis zum (TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk, wenn die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen worden ist und Regel 11 Absatz 7 Anwendung findet*

Das Schiff entspricht den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens, und dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 7 der Anlage des Übereinkommens bis zum (TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite des Vermerks wird bei der Besichtigung kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

Vermerk zur Verlängerung der Gültigkeit des Zeugnisses bis zum Erreichen des Besichtigungshafens oder um eine Nachfrist, wenn Regel 11 Absatz 8 oder 9 Anwendung findet*

Dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 8 oder 9** der Anlage des Übereinkommens bis zum
(TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk über eine zusätzliche Besichtigung*

Bei einer zusätzlichen Besichtigung nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens wurde festgestellt, dass das Schiff den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens entspricht.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite des Vermerks wird bei der Besichtigung kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

** Nichtzutreffendes streichen.

Anhang 4

Muster
des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit

**Internationales Zeugnis
über die Recyclingfähigkeit**

(Anmerkung: Dieses Zeugnis ist durch das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien
und den Schiffsrecyclingplan zu ergänzen.)

(Dienstsiegel)

(Staat)

Ausgestellt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch

.....
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

Angaben zum Schiff

Name des Schiffes	
Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoreaumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Angaben zu der Abwrackeinrichtung oder den Abwrackeinrichtungen

Name der Abwrackeinrichtung	
Kennnummer des Recyclingunternehmens*	
vollständige Anschrift	
Datum des Ablaufs der Zulassung	

* Diese Nummer ist in der Zulassung zur Durchführung des Recyclings von Schiffen enthalten.

Angaben zum Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien

Identifikations-/Prüfnummer des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien:

Anmerkung: Das in Regel 5 der Anlage des Übereinkommens vorgeschriebene Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit und muss dem Internationalen Zeugnis über die Recyclingfähigkeit immer beiliegen. Das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien soll auf der Grundlage des Standardformulars, das in den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien enthalten ist, erstellt werden.

Angaben zum Schiffsrecyclingplan

Identifikations-/Prüfnummer des Schiffsrecyclingplans:

Anmerkung: Der in Regel 9 der Anlage des Übereinkommens vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit und muss dem Internationalen Zeugnis über die Recyclingfähigkeit immer beiliegen.

Hiermit wird bescheinigt, dass

- 1 das Schiff nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens besichtigt worden ist;
- 2 das Schiff über ein gültiges Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien nach Regel 5 der Anlage des Übereinkommens verfügt;
- 3 der in Regel 9 vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan die im in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien enthaltenen Angaben richtig wiedergibt und Angaben enthält, die die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;
- 4 die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen, in denen das Schiff recycelt werden soll, über eine gültige Zulassung nach diesem Übereinkommen verfügen.

Dieses Zeugnis gilt bis (TT/MM/JJJJ)
(Datum)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung des Zeugnisses)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der das Zeugnis ausstellt)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk zur Verlängerung der Gültigkeit des Zeugnisses bis zum Erreichen des Hafens der Abwrackeinrichtung bei einer Nachfrist, wenn Regel 14 Absatz 5 Anwendung findet*

Dieses Zeugnis wird nach Regel 14 Absatz 5 der Anlage des Übereinkommens für eine einzelne direkte Reise

vom Hafen

zum Hafen

als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite der Bestätigung wird kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

Anhang 5

Muster
der Zulassung von Abwrackeinrichtungen

**Zulassungsdokument für die Durchführung des Recyclings von Schiffen
nach Maßgabe des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen**

Erteilt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen zuständigen Behörde)

Name der Abwrackeinrichtung	
Kennnummer des Recyclingunternehmens	
Vollständige Anschrift der Abwrackeinrichtung	
Hauptansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail-Adresse	
Name, Anschrift und Kontaktdaten des Inhaberunternehmens	
Arbeitssprache(n)	

Hiermit wird bestätigt, dass die Abwrackeinrichtung Managementsysteme, Verfahren und Techniken in Übereinstimmung mit den Kapiteln 3 und 4 der Anlage des Übereinkommens eingeführt hat.

Diese Zulassung gilt bis und unterliegt den in der angefügten Beilage aufgeführten Beschränkungen.

Diese Zulassung kann in Übereinstimmung mit Regel 16 der Anlage des Übereinkommens geändert, ausgesetzt, entzogen oder in regelmäßigen Abständen verlängert werden.

Erteilt in
(Ort der Erteilung der Zulassung)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Erteilung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Zulassung erteilt)

.....
(Name und Amtsbezeichnung des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Zulassung erteilt, in Maschinenschrift)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Beilage
zum Zulassungsdokument für die Durchführung
des Recyclings von Schiffen nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen

Anmerkungen:

- 1 Diese Aufzeichnung ist mit dem Zulassungsdokument fest zu verbinden. Das Zulassungsdokument muss jederzeit in der Abwrackeinrichtung verfügbar sein.
- 2 Alle Verfahren, Pläne und anderen Dokumente, die von der Abwrackeinrichtung erstellt werden und aufgrund der Bedingungen, unter denen die Zulassung erteilt worden ist, erforderlich sind, müssen in der Arbeitssprache der Abwrackeinrichtung und in Englisch, Französisch oder Spanisch vorliegen.
- 3 Die Zulassung unterliegt den in dieser Beilage festgelegten Beschränkungen.

1. Allgemeine Bedingungen**1.1 Vorschriften des Übereinkommens**

Die Abwrackeinrichtung hält die Vorschriften ein, denen zufolge sie in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen sicher und umweltgerecht entworfen, gebaut und betrieben werden muss; dies schließt die einschlägigen Vorschriften folgender Regeln ein:

Regel 16 – Zulassung von Abwrackeinrichtungen

Regel 17 – Allgemeine Vorschriften

Regel 18 – Betriebsplan der Abwrackeinrichtung

Regel 19 – Verhütung nachteiliger Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt

Regel 20 – Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien

Regel 21 – Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung

Regel 22 – Sicherheit und Schulung der Arbeiter

Regel 23 – Meldung von Zwischenfällen, Unfällen, berufsbedingten Krankheiten und Langzeitauswirkungen

Regel 24 – Erstmitteilung und Meldevorschriften

Regel 25 – Meldung nach Abschluss der Arbeiten

Diese Vorschriften werden der Abwrackeinrichtung auferlegt durch:

.....
(Die Erlaubnis, Lizenz oder Zulassung sowie die Rechtsnormen oder eine sonstige geltende Regelung ist anzugeben)

Identifikations-/Prüfnummer des Betriebsplans der Abwrackeinrichtung:

1.2 Annahme von Schiffen

In Bezug auf Schiffe, auf die das Übereinkommen Anwendung findet, und Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 des Übereinkommens entsprechend behandelt werden, kann die Abwrackeinrichtung ein Schiff nur in Übereinstimmung mit Regel 17 der Anlage des Übereinkommens zum Recycling annehmen.

1.3 Bedingungen, die sichere feuergefährliche Arbeiten und ein sicheres Begehen ermöglichen

Die Abwrackeinrichtung ist in der Lage, während der gesamten Recyclingarbeiten Bedingungen festzulegen, aufrechtzuerhalten und zu überwachen, die sichere feuergefährliche Arbeiten und ein sicheres Begehen ermöglichen.

1.4 Behandlung von gefährlichen Materialien

Die Abwrackeinrichtung ist entworfen, gebaut, betrieben und dazu verpflichtet sicherzustellen, dass die Behandlung aller gefährlichen Materialien unter Einhaltung des Übereinkommens und aller einschlägigen örtlichen oder nationalen Regeln/Vorschriften sicher und umweltgerecht erfolgt.

1.5 Karte und Ort der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen

Eine Karte ist beigelegt, aus der die Begrenzung der Abwrackeinrichtung und der Ort innerhalb der Einrichtung ersichtlich werden, an dem Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen durchgeführt werden.

2. Kapazität der Abwrackeinrichtung**2.1 Größe der Schiffe**

Die Abwrackeinrichtung wird dafür zugelassen, ein Schiff zum Recycling anzunehmen, sofern folgende Größenbeschränkungen eingehalten werden:

Höchstzulässige Größe		Sonstige Beschränkungen
Länge		
Breite		
Eigengewicht		

2.2 Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien

Die Abwrackeinrichtung wird dafür zugelassen, ein Schiff, das die in der folgenden Tabelle aufgeführten gefährlichen Materialien enthält, zum Recycling anzunehmen, sofern die nachstehenden Bedingungen erfüllt werden:

Gefährliches Material (*4)	Behandlung von gefährlichen Materialien			Zulassung/Beschränkungen
	Entfernung J/N (*2)	Lagerung J/N	Verarbeitung (*1) J/N (*3)	
Asbest				
Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen				
Polychlorierte Biphenyle (PCB)				
Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme				
Cadmium und Cadmiumverbindungen				
Sechswertiges Chrom und sechswertige Chromverbindungen				
Blei und Bleiverbindungen				
Quecksilber und Quecksilberverbindungen				
Polybromierte Biphenyle (PBB)				
Polybromierte Diphenylether (PBDE)				
Polychlorierte Naphtaline (mehr als 3 Chloratome)				
Radioaktive Stoffe				
Bestimmte kurzkettige Chlorparaffine (Alkane, C ₁₀ – C ₁₃ , Chlor)				
Gefährliche Flüssigkeiten, Rückstände und Sedimente				
Farben und Beschichtungen, die hochentzündlich sind und/oder giftige Gase abgeben				
Sonstige hier nicht aufgeführte gefährliche Materialien, die nicht Teil des Schiffskörpers sind (genau angeben)				

Anmerkungen:

*1 Verarbeitung bezeichnet das Verarbeiten gefährlicher Materialien in der Abwrackeinrichtung, wie etwa

- a. die Verbrennung gefährlicher Materialien;
- b. die Rückgewinnung gefährlicher Materialien;
- c. die Behandlung ölhaltiger Rückstände.

*2 Falls ja (J), sind im Betriebsplan der Abwrackeinrichtung die zuständigen Mitarbeiter anzugeben, die ermächtigt sind, die Entfernung durchzuführen, zusammen mit der Zeugnisnummer oder sonstigen sachdienlichen Angaben.

*3 Falls nein (N), ist im Schiffsrecyclingplan anzugeben, wo die gefährlichen Materialien verarbeitet/entsorgt werden sollen.

*4 Diese gefährlichen Materialien sind in den Anhängen 1 und 2 und in Regel 20 des Übereinkommens aufgeführt.

Anhang 6**Muster
der Meldung über den geplanten Beginn des Recyclings eines Schiffes**

Die
(Name der Abwrackeinrichtung)

in
(vollständige Anschrift der Abwrackeinrichtung)

die nach Maßgabe des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

dafür zugelassen ist, das Recycling von Schiffen durchzuführen, wie aus der in

.....
(Ort der Erteilung der Zulassung)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen zuständigen Behörde)

am (TT/MM/JJJJ)
(Datum der Erteilung der Zulassung)

erteilten Zulassung für die Durchführung des Recyclings von Schiffen ersichtlich,

meldet hiermit, dass die Abwrackeinrichtung in jeder Hinsicht bereit ist, mit dem Recycling des Schiffes
zu beginnen. (IMO-Nummer)

Das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit, das nach dem Übereinkommen im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

am (TT/MM/JJJJ) ausgestellt worden ist,
(Datum der Ausstellung)

ist beigefügt.

gezeichnet

Anhang 7**Muster
der Erklärung über den Abschluss des Recyclings eines Schiffes****Erklärung über den Abschluss des Recyclings eines Schiffes**

Dieses Dokument ist eine Erklärung über den Abschluss des Recyclings des Schiffes

.....
(Name des Schiffes bei der Aufnahme zum Recycling/am Abmeldungsort)

Angaben zum Schiff bei der Aufnahme zum Recycling

Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoreumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Hiermit wird bestätigt, dass

das Schiff in Übereinstimmung mit dem Schiffsrecyclingplan als Teil des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) recycelt worden ist in

.....
(Name und Ort der zugelassenen Abwrackeinrichtung)

und das Recycling des Schiffes nach Maßgabe des Übereinkommens abgeschlossen wurde am

(TT/MM/JJJJ)
(Datum des Abschlusses des Recyclings)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung der Erklärung über den Abschluss des Recyclings)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung) (Unterschrift des Eigentümers der Abwrackeinrichtung oder eines Vertreters, der im Namen des Eigentümers handelt)

**Gesetz
zu der Entschlieung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013
ber die Änderung des Londoner Protokolls
zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten
der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings**

Vom 4. Dezember 2018

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Der Entschlieung LP.4(8) ber die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, wie sie die Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 am 18. Oktober 2013 angenommen haben, wird zugestimmt.

(2) Die Entschlieung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Entschlieung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 nach Artikel 21 Absatz 3 des Londoner Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Svenja Schulze

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

EntschlieÙung LP.4(8)
über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung
des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung
und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
(angenommen am 18. Oktober 2013)

Resolution LP.4(8)
on the amendment to the London Protocol to regulate
the placement of matter for ocean fertilization
and other marine geoengineering activities
(Adopted on 18 October 2013)

Résolution LP.4(8)
portant adoption de l'amendement au Protocole de Londres
visant à réglementer le dépôt de matières effectué au titre d'activités
de fertilisation des océans et d'autres activités de géo-ingénierie marine
(Adoptée le 18 octobre 2013)

(Übersetzung)

The eighth meeting of Contracting Parties to the 1996 protocol to the convention on the prevention of marine pollution by dumping of wastes and other matter 1972,

La huitième réunion des Parties contractantes au Protocole de 1996 à la Convention de 1972 sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets,

Die Achte Sitzung der Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 –

recalling the objectives of the 1996 Protocol to the London Convention ("London Protocol") that include the protection and preservation of the marine environment from all sources of pollution,

rappelant les objectifs du Protocole de 1996 à la Convention de Londres (« Protocole de Londres »), qui sont notamment de protéger et de préserver le milieu marin contre toutes les sources de pollution,

eingedenk der Zielsetzungen des Protokolls vom 7. November 1996 zum Londoner Übereinkommen („Londoner Protokoll“), welche die Erhaltung der Meeresumwelt sowie ihren Schutz vor allen Ursachen der Verschmutzung umfassen;

recalling that, in implementing the London Protocol, Contracting Parties are obliged to apply a precautionary approach to environmental protection,

rappelant aussi que, en appliquant le Protocole de Londres, les Parties contractantes sont tenues d'appliquer une approche de précaution en matière de protection de l'environnement,

eingedenk dessen, dass die Vertragsparteien verpflichtet sind, bei der Durchführung des Londoner Protokolls beim Schutz der Umwelt von einem Vorsorgeansatz auszugehen;

recognizing the importance of the conservation and sustainable use of the oceans and seas and of their resources for sustainable development and that oceans, seas and coastal areas form an integrated and essential component of the Earth's ecosystem and are critical to sustaining it,

reconnaissant qu'il est important de sauvegarder et d'utiliser de façon durable les océans et les mers et leurs ressources pour garantir un développement durable et que les océans, les mers et les zones côtières font partie intégrante de l'écosystème de la Terre et en sont un élément essentiel et jouent un rôle crucial dans sa viabilité,

in Anerkennung der Bedeutung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Ozeane und Meere und ihrer Schätze für die nachhaltige Entwicklung und der Tatsache, dass Ozeane, Meere und Küstengebiete einen untrennbaren und wesentlichen Bestandteil des Ökosystems der Erde bilden und für dessen Erhaltung von entscheidender Bedeutung sind;

noting the ongoing work on geoengineering within the context of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) and the relevant parts of the IPCC Fifth Assessment Report as well as the outcomes of the IPCC expert meeting on geoengineering (Lima, Peru, 2011),

notant les travaux en cours sur la géo-ingénierie marine dans le contexte des travaux du GIEC et les parties pertinentes du cinquième rapport d'évaluation du GIEC, ainsi que les résultats de la réunion d'experts du GIEC sur la géo-ingénierie marine (Lima, Pérou, 2011),

in Anbetracht der laufenden Arbeiten zum Thema Geo-Engineering im Rahmen der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen (IPCC) und der entsprechenden Teile des Fünften Sachstandsberichts des IPCC sowie der Ergebnisse des IPCC-Sachverständigentreffens über Geo-Engineering (Lima, Peru, 2011);

noting United Nations General Assembly resolution A/RES/67/78 on “Oceans and the law of the sea” which recalled the importance of marine scientific research for understanding and conserving the world’s marine environment and resources; and United Nations General Assembly resolution 62/215, concerning “Oceans and the law of the sea”, adopted on 22 December 2007, which in its paragraph 98 “encourages States to support the further study and enhance understanding of ocean iron fertilization”,

recalling resolution LC-LP.1(2008) that agreed that the scope of the London Convention and the London Protocol includes ocean fertilization activities,

reiterating ongoing concerns about the potential environmental impacts of ocean fertilization and noting the concerns about ocean fertilization expressed by, *inter alia*, the United Nations General Assembly, the United Nations Conference on Sustainable Development, the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity and the Intergovernmental Oceanographic Commission of UNESCO,

recalling resolution LC-LP.2(2010) which affirmed that the London Convention and the London Protocol should continue to work towards providing a global, transparent and effective control and regulatory mechanism for ocean fertilization and other activities that fall within the scope of the London Convention and the London Protocol and have the potential to cause harm to the marine environment,

concerned about the potential widespread, long-lasting or severe impacts on the marine environment of the placement of matter from unregulated ocean fertilization activities and other proposed marine geo-engineering techniques, and determined to put in place a science based, global, transparent and effective control and regulatory mechanism for such activities,

noting decisions X/33 and XI/20 of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity which invited Parties to ensure, in accordance with the precautionary approach, that no climate-related geoengineering activities take place “in the absence of science based, global, transparent and effective control and regulatory mechanisms for geoengineering and that the Eleventh Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity con-

notant la résolution A/RES/67/78 sur « Les océans et le droit de la mer », par laquelle l’Assemblée générale des Nations Unies a rappelé que la recherche scientifique marine était importante pour comprendre et préserver l’environnement et les ressources marines du monde et la résolution 62/215 de l’Assemblée générale des Nations Unies intitulée « Les océans et le droit de la mer », adoptée le 22 décembre 2007 qui, au paragraphe 98, « encourage les États à appuyer la poursuite des travaux d’étude visant à mieux comprendre la fertilisation des océans par apport de fer »,

rappelant également la résolution LC-LP.1(2008), par laquelle il a été décidé que le champ d’application de la Convention de Londres et du Protocole de Londres comprenait les activités de fertilisation des océans,

réitérant les préoccupations continues à l’égard de l’impact potentiel de la fertilisation des océans sur l’environnement et notant les préoccupations exprimées au sujet de la fertilisation des océans par notamment l’Assemblée générale des Nations Unies, la Conférence des Nations Unies sur le développement durable, la Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique et la Commission océanographique intergouvernementale de l’UNESCO,

rappelant par ailleurs la résolution LC-LP.2(2010), qui affirmait que la Convention de Londres et le Protocole de Londres devraient continuer à fournir un mécanisme de contrôle et de réglementation efficace et transparent, à l’échelle mondiale, des activités de fertilisation des océans et d’autres activités qui relèvent du champ d’application de ces instruments et sont susceptibles d’avoir des effets préjudiciables sur le milieu marin,

inquiète des effets durables ou graves généralisés que le dépôt de matières provenant des activités de fertilisation des océans non réglementées et autres techniques de géo-ingénierie marine proposées peuvent avoir sur le milieu marin et résolue à mettre en place un mécanisme de contrôle et de réglementation mondial transparent et efficace qui ait un fondement scientifique pour de telles activités,

notant en outre que, par les décisions X/33 et XI/20, la Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique a invité les Parties à s’assurer, conformément à l’approche de précaution, qu’il n’y aura pas d’activités de géo-ingénierie en matière de climat tant qu’un mécanisme de contrôle et de réglementation mondial efficace et transparent ayant un fondement scientifique ne sera pas en place pour la géo-ingénierie et que la

in Beachtung der Resolution A/RES/67/78 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über „Ozeane und Seerecht“, in der darauf hingewiesen wird, dass die wissenschaftliche Meeresforschung eine wichtige Rolle dabei spielt, die Meeresumwelt und die Meeresschätze der Welt zu verstehen und zu erhalten, sowie der am 22. Dezember 2007 verabschiedeten Resolution 62/215 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über „Ozeane und Seerecht“, die unter Ziffer 98 die Staaten „ermutigt (...), die weitere Erforschung der Eisendüngung der Ozeane zu unterstützen, um mehr Erkenntnisse darüber zu gewinnen“;

eingedenk der Entschließung LC-LP.1 (2008), durch die vereinbart wurde, dass Tätigkeiten der Meeresdüngung in den Geltungsbereich des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls fallen;

unter abermaliger Betonung der anhaltenden Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der Meeresdüngung auf die Umwelt und in Anbetracht der unter anderem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und der Zwischenstaatlichen Ozeanografischen Kommission der UNESCO zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die Meeresdüngung;

unter Hinweis auf die Entschließung LC-LP.2(2010), in der bekräftigt wurde, dass das Londoner Übereinkommen und das Londoner Protokoll auch weiterhin auf die Schaffung eines globalen, transparenten und wirksamen Kontroll- und Regelungsmechanismus für Tätigkeiten der Meeresdüngung und für andere Tätigkeiten hinwirken sollen, die in den Geltungsbereich des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls fallen und in der Meeresumwelt Schäden verursachen können;

besorgt über die möglichen weitreichenden, lang anhaltenden oder schwerwiegenden Auswirkungen, die das Absetzen von Stoffen aus unregelmäßigen Tätigkeiten der Meeresdüngung und anderen geplanten Techniken des marinen Geo-Engineerings auf die Meeresumwelt haben kann, und entschlossen, einen wissenschaftlich fundierten globalen, transparenten und wirksamen Kontroll- und Regelungsmechanismus für solche Tätigkeiten zu schaffen;

in Anbetracht dessen, dass die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt durch ihre Beschlüsse X/33 und XI/20 die Vertragsparteien aufgefordert hat, in Übereinstimmung mit dem Vorsorgeansatz sicherzustellen, dass „ohne wissenschaftlich fundierte globale, transparente und wirksame Mechanismen zur Kontrolle und Regelung des Geo-Engineerings“ keine klimabezogenen Tätigkeiten des Geo-Engineerings stattfinden

cluded “that there is no single geoengineering approach that currently meets basic criteria for effectiveness, safety and affordability and that approaches may prove difficult to deploy or govern”,

emphasizing that ocean fertilization and other types of marine geoengineering should not be considered as a substitute for mitigation measures to reduce carbon dioxide emissions,

1. adopts the following amendments to the London Protocol, in accordance with Article 21 of the Protocol, as set out in the annex to this resolution;

2. reaffirms that resolutions LC-LP.1(2008) and LC-LP.2(2010) continue to apply for all Contracting Parties, pending the entry into force of the amendments to the London Protocol set out in the annex to this resolution for those Contracting Parties that accept them;

3. confirms that the Assessment Framework for Scientific Research involving Ocean Fertilization adopted by the Contracting Parties to the London Convention and the London Protocol in 2010 is the relevant specific assessment framework referred to in annex 4 for ocean fertilization and should continue to be used to determine, with utmost caution, whether a proposed ocean fertilization activity constitutes legitimate scientific research that is not contrary to the aims of the London Protocol;

4. reaffirms that new and relevant scientific information and knowledge on ocean fertilization and other marine geoengineering activities should continue to be reviewed by the Contracting Parties to the London Protocol in the context of the amendments; and

5. decides that the Contracting Parties to the London Protocol should continue to develop guidance for listing additional marine geoengineering¹ activities in annex 4 that includes a multi-stakeholder approach consistent with article 21;

6. decides also that Contracting Parties to the London Protocol should undertake further work to develop the arrangements for seeking independent expert advice referred to in paragraph 12 of annex 5.

onzième Conférence des Parties à la Convention sur la diversité biologique a conclu qu’il n’existe aucune approche de géo-ingénierie qui satisfasse actuellement aux critères fondamentaux pour être efficace, sûre et abordable et que des approches pourraient s’avérer difficiles à déployer ou à régir,

soulignant que la fertilisation des océans et autres types de géo-ingénierie marine ne devraient pas être considérés comme pouvant remplacer les mesures d’atténuation visant à réduire les émissions de dioxyde de carbone,

1. adopte les amendements au Protocole de Londres, conformément à l’article 21 dudit Protocole, dont le texte figure à l’annexe de la présente résolution ;

2. réaffirme que les résolutions LC-LP.1(2008) et LC-LP.2(2010) restent applicables à toutes les Parties contractantes jusqu’à ce que les amendements au Protocole de Londres figurant à l’annexe de la présente résolution entrent en vigueur à l’égard des Parties contractantes qui les acceptent ;

3. confirme que le Cadre pour l’évaluation des recherches scientifiques impliquant la fertilisation des océans, adopté par les Parties contractantes à la Convention de Londres et au Protocole de Londres en 2010, est le cadre d’évaluation spécifique pertinent visé à l’annexe 4 pour la fertilisation des océans et devrait continuer à être utilisé pour déterminer, en observant la plus grande prudence, si une activité de fertilisation des océans proposée constitue une recherche scientifique légitime qui n’est pas contraire aux objectifs du Protocole de Londres ;

4. réaffirme que les nouvelles informations et connaissances scientifiques pertinentes sur la fertilisation des océans et autres activités de géo-ingénierie marine devraient continuer à être passées en revue par les Parties contractantes au Protocole de Londres dans le contexte de ces amendements ;

5. décide que les Parties contractantes au Protocole de Londres devraient continuer à élaborer des recommandations pour faire figurer dans l’annexe 4 des activités de géo-ingénierie marine additionnelles¹ qui incluent une approche multipartite conforme à l’article 21 ;

6. décide aussi que les Parties contractantes au Protocole de Londres devraient entreprendre d’autres travaux pour mettre au point des arrangements visant à solliciter l’avis d’experts indépendants, comme cela est mentionné au paragraphe 12 de l’annexe 5.

den, und dass die Elfte Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu dem Schluss kam, „dass es keinen einzigen Geo-Engineering-Ansatz gibt, der gegenwärtig die grundlegenden Kriterien im Hinblick auf Wirksamkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit erfüllt, und dass sich manche Ansätze als schwer einsetzbar oder steuerbar erweisen können“;

unter Betonung dessen, dass die Meeresdüngung und andere Formen des marinen Geo-Engineerings nicht als Ersatz für Minderungsmaßnahmen zur Verminderung von Kohlendioxid-Emissionen angesehen werden sollen –

1. beschließt nach Artikel 21 des Londoner Protokolls die in der Anlage zu dieser EntschlieÙung aufgeführten Änderungen des Londoner Protokolls;

2. bekräftigt, dass die EntschlieÙungen LC-LP.1(2008) und LC-LP.2(2010) für alle Vertragsparteien so lange fortgelten, bis die in der Anlage zu dieser EntschlieÙung aufgeführten Änderungen des Londoner Protokolls für die Vertragsparteien, die sie annehmen, in Kraft treten;

3. bestätigt, dass der von den Vertragsparteien des Londoner Übereinkommens und des Londoner Protokolls 2010 verabschiedete Bewertungsrahmen für wissenschaftliche Forschung, die Tätigkeiten der Meeresdüngung beinhaltet, den in Anlage 4 genannten einschlägigen spezifischen Bewertungsrahmen für die Meeresdüngung darstellt und weiterhin dazu genutzt werden soll, mit äußerster Vorsicht festzustellen, ob es sich bei einer geplanten Tätigkeit der Meeresdüngung um rechtmäßige wissenschaftliche Forschung handelt, die nicht den Zielen des Londoner Protokolls widerspricht;

4. bekräftigt, dass neue und einschlägige wissenschaftliche Informationen und Kenntnisse über die Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings im Zusammenhang mit den Änderungen auch weiterhin von den Vertragsparteien des Londoner Protokolls überprüft werden sollen;

5. beschließt, dass die Vertragsparteien des Londoner Protokolls auch weiterhin für die Auflistung weiterer Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings¹ in Anlage 4 Leitlinien entwickeln sollen, die einen Ansatz beinhalten, der die verschiedenen Betroffenen einbezieht und dabei mit Artikel 21 im Einklang steht;

6. beschließt außerdem, dass die Vertragsparteien des Londoner Protokolls weitere Arbeiten durchführen sollen, um Vorkehrungen für die Einholung des in Anlage 5 Absatz 12 genannten Rates unabhängiger Sachverständiger zu treffen.

¹ See also explanatory text in the Report of the Meeting of Contracting Parties, paragraph 4.12.

¹ Voir aussi les explications données au paragraphe 4.12 du rapport de la Réunion des Parties contractantes.

¹ Siehe auch Erläuterungstext in Absatz 4.12 des Berichts der Sitzung der Vertragsparteien.

AnlageÄnderungen des Artikels 1 und neuer Artikel 6^{bis} und neue Anlagen 4 und 5**Annex**Amendments to article 1 and new article 6^{bis} and new annexes 4 and 5**Annexe**Amendements à l'article 1 et nouvel article 6^{bis} et nouvelles annexes 4 et 5

Article 1 Definitions	Article 1 Définitions	Artikel 1 Begriffsbestimmungen
Add new paragraph, as follows:	Un nouveau paragraphe est ajouté comme suit :	Folgender neuer Absatz wird eingefügt:
“5^{bis} “Marine geoengineering” means a deliberate intervention in the marine environment to manipulate natural processes, including to counteract anthropogenic climate change and/or its impacts, and that has the potential to result in deleterious effects, especially where those effects may be widespread, long lasting or severe.”	« 5^{bis} La « géo-ingénierie marine » désigne une intervention délibérée dans le milieu marin visant à manipuler des processus naturels, notamment contrecarrer les changements climatiques d'origine anthropique et/ou leurs incidences, et qui est susceptible de se traduire par des effets nuisibles, en particulier lorsque ces effets peuvent être étendus, durables ou graves. »	„5^{bis} Der Ausdruck „marines Geo-Engineering“ bezeichnet einen vorsätzlichen Eingriff in die Meeresumwelt, der zum Ziel hat, natürliche Prozesse zu manipulieren und dadurch unter anderem den durch den Menschen verursachten Klimaänderungen und/oder ihren Auswirkungen entgegenzuwirken, und der nachteilige Folgen haben kann, insbesondere wenn diese Folgen weitreichend, lang anhaltend oder schwerwiegend sind.“
Add new article, as follows:	Un nouvel article est ajouté comme suit :	Folgender neuer Artikel wird eingefügt:
“Article 6^{bis} Marine geoengineering activities	« Article 6^{bis} Activités de géo-ingénierie marine	„Artikel 6^{bis} Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
1 Contracting Parties shall not allow the placement of matter into the sea from vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea for marine geoengineering activities listed in annex 4, unless the listing provides that the activity or the subcategory of an activity may be authorized under a permit.	1 Les Parties contractantes n'autorisent pas le dépôt de matières dans la mer à partir de navires, aéronefs, plates-formes ou autres ouvrages en mer aux fins des activités de géo-ingénierie marine énumérées à l'annexe 4, sauf s'il est indiqué dans la liste que l'activité ou la sous catégorie d'une activité peut être autorisée en vertu d'un permis.	1 Die Vertragsparteien erlauben nicht das in die See erfolgende Absetzen von Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, es sei denn, in der Auflistung ist vorgesehen, dass die Tätigkeit oder die Unterkategorie der Tätigkeit durch eine Erlaubnis genehmigt werden kann.
2 Contracting Parties shall adopt administrative or legislative measures to ensure that the issuance of permits and permit conditions comply with provisions of annex 5 and takes into account any Specific Assessment Framework developed for an activity and adopted by the Meeting of the Contracting Parties. A permit shall only be issued after the activity has undergone assessment which has determined that pollution of the marine environment from the proposed activity is, as far as practicable, prevented or reduced to a minimum. A permit shall only be issued if the outcome of the assessment is that the activity is not contrary to the aims of the Protocol.	2 Les Parties contractantes adoptent des mesures administratives ou législatives visant à garantir que la délivrance des permis et les conditions dont ils sont assortis respectent les dispositions de l'annexe 5 et tiennent compte de tout cadre spécifique pour l'évaluation élaboré pour une activité et adopté par la Réunion des Parties contractantes. Un permis ne peut être délivré qu'après que l'activité a fait l'objet d'une évaluation qui a déterminé que la pollution du milieu marin résultant de l'activité envisagée est, dans toute la mesure du possible en pratique, évitée ou réduite au minimum. Un permis ne peut être délivré que si les résultats de l'évaluation indiquent que l'activité n'est pas contraire aux objectifs du Protocole.	2 Die Vertragsparteien ergreifen Verwaltungs- oder Gesetzgebungsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die Erteilung von Erlaubnissen und die hierfür geltenden Bedingungen den Bestimmungen der Anlage 5 entsprechen, und berücksichtigen jeden spezifischen Bewertungsrahmen, der für eine Tätigkeit entwickelt und von der Sitzung der Vertragsparteien angenommen worden ist. Eine Erlaubnis wird erst nach einer Bewertung der Tätigkeit erteilt, die zu der Feststellung geführt hat, dass die durch die geplante Tätigkeit verursachte Verschmutzung der Meeresumwelt so weit wie möglich verhütet oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Eine Erlaubnis kann nur dann erteilt werden, wenn die Bewertung ergibt, dass die Tätigkeit nicht den Zielen des Protokolls widerspricht.
3 Article 4 does not apply to activities listed in annex 4.”	3 L'article 4 ne s'applique pas aux activités énumérées à l'annexe 4. »	3 Artikel 4 findet keine Anwendung auf die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten.“
Add new annex, as follows:	Une nouvelle annexe est ajoutée comme suit :	Folgende neue Anlage wird angefügt:

“Annex 4
Marine geoengineering activities

1 Ocean fertilization

- .1 Ocean fertilization is any activity undertaken by humans with the principal intention of stimulating primary productivity in the oceans. Ocean fertilization does not include conventional aquaculture, or mariculture, or the creation of artificial reefs.
- .2 All ocean fertilization activities other than those referred to in paragraph .3 shall not be permitted.
- .3 An ocean fertilization activity may only be considered for a permit if it is assessed as constituting legitimate scientific research taking into account any specific placement assessment framework.”

Add new annex, as follows:

“Annex 5
Assessment framework for
matter that may be considered
for placement under annex 4

General

1 The purpose of this Framework is:

- .1 to assess placement activities listed in annex 4; and
- .2 to be the basis for developing Specific Assessment Frameworks for placement activities listed in annex 4.

2 Specific Assessment Frameworks developed for placement activities listed in annex 4 shall meet the requirements of this annex and may provide further guidance for assessing and issuing permits.

3 Parties meeting the terms of any Specific Assessment Framework that has been adopted by the Parties shall be deemed to be in compliance with this annex.

Description of activity

4 It first has to be determined whether the proposed activity is an activity covered by the listing in annex 4 and may be permitted in accordance with that annex. The determination requires a full description of the proposed placement activity, including its purpose and covering all stages. It furthermore requires a description of both the working practices during the different stages and the wastes produced (if any) in the relevant stage.

« Annexe 4
Activités de géo-ingénierie marine

1 Fertilisation des océans

- .1 La fertilisation des océans désigne toute activité entreprise par l'homme avec l'intention principale de stimuler la productivité primaire des océans. L'aquaculture classique, ou mariculture, et la création de récifs artificiels n'entrent pas dans le champ de la définition de la fertilisation des océans.
- .2 Toutes les activités de fertilisation des océans autres que celles mentionnées à l'alinéa .3 sont interdites.
- .3 Un permis de fertilisation des océans peut être délivré uniquement pour les activités qui sont considérées comme des travaux de recherche scientifique légitimes compte tenu de tout cadre spécifique pour l'évaluation des dépôts. »

Une nouvelle annexe est ajoutée comme suit :

« Annexe 5
Cadre pour l'évaluation
des matières dont le dépôt peut être
envisagé en vertu de l'annexe 4

Généralités

1 Le présent Cadre a pour objet :

- .1 d'évaluer les activités de dépôts énumérées à l'annexe 4 ; et
- .2 de servir de base à l'élaboration de cadres spécifiques pour l'évaluation des activités de dépôts énumérées à l'annexe 4.

2 Les cadres spécifiques élaborés pour l'évaluation des activités de dépôts énumérées à l'annexe 4 doivent satisfaire aux prescriptions de la présente annexe et peuvent fournir des recommandations supplémentaires pour l'évaluation et la délivrance des permis.

3 Les Parties qui satisfont aux conditions d'un cadre spécifique pour l'évaluation qui a été adopté par les Parties sont réputées se conformer à la présente annexe.

Description de l'activité

4 Il faut d'abord déterminer si l'activité envisagée est une activité visée par la liste de l'annexe 4 et si elle peut être autorisée aux termes de ladite annexe. Pour ce faire, il faut procéder à une description complète de l'activité de dépôt envisagée, notamment son objectif et toutes ses étapes. En outre, cette description doit indiquer aussi bien les pratiques de travail au cours de chaque étape que les déchets produits (le cas échéant) lors de l'étape en question.

„Anlage 4
Tätigkeiten des
marinen Geo-Engineerings

1 Meeresdüngung

- .1 Der Ausdruck „Meeresdüngung“ bezeichnet jede Tätigkeit, die von Menschen in der vorrangigen Absicht durchgeführt wird, die Primärproduktivität der Ozeane anzuregen. Der Ausdruck „Meeresdüngung“ umfasst nicht die herkömmliche Aquakultur oder die marine Aquakultur oder die Schaffung künstlicher Riffe.
- .2 Alle Tätigkeiten der Meeresdüngung, bei denen es sich nicht um die in Absatz .3 genannten Tätigkeiten handelt, sind verboten.
- .3 Eine Erlaubnis für eine Tätigkeit der Meeresdüngung kann nur dann erteilt werden, wenn die Tätigkeit unter Berücksichtigung eines spezifischen Bewertungsrahmens für das Absetzen als rechtmäßige wissenschaftliche Forschung bewertet wird.“

Folgende neue Anlage wird angefügt:

„Anlage 5
Bewertungsrahmen für Stoffe,
die für das Absetzen nach Anlage 4
in Frage kommen

Allgemeines

1 Zweck dieses Rahmens ist es,

- .1 die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten zu bewerten und
- .2 als Grundlage für die Entwicklung spezifischer Bewertungsrahmen für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten zu dienen.

2 Die spezifischen Bewertungsrahmen, die für die in Anlage 4 aufgeführten Tätigkeiten des Absetzens entwickelt worden sind, müssen den Anforderungen dieser Anlage genügen und können weitere Leitlinien für die Bewertung und die Erteilung von Erlaubnissen vorsehen.

3 Erfüllen die Vertragsparteien die Bestimmungen eines von den Vertragsparteien verabschiedeten spezifischen Bewertungsrahmens, so gilt dies als Einhaltung dieser Anlage durch die betreffenden Vertragsparteien.

Beschreibung der Tätigkeit

4 Zunächst ist festzustellen, ob es sich bei der geplanten Tätigkeit um eine unter die Auflistung in Anlage 4 fallende Tätigkeit handelt und ob sie nach der genannten Anlage erlaubt werden darf. Für diese Feststellung bedarf es einer vollständigen Beschreibung der geplanten Tätigkeit einschließlich ihres Zwecks und unter Einbeziehung aller Phasen. Außerdem ist eine Beschreibung der Arbeitsverfahren in den verschiedenen Phasen und der (gegebenenfalls) anfallenden Abfälle in der jeweiligen Phase erforderlich.

5 The proposal shall demonstrate that: • the proposed activity is for a purpose other than mere disposal; • it is designed to fulfil its purpose; • the rationale, goals, methods, scale, timings and locations as well as predicted benefits and risks are stated as a clear justification for the proposal; • the proposed activity has the financial resources available to fulfil the programme of work before it commences.	5 La proposition doit démontrer que : • l'activité est envisagée à des fins autres que la simple élimination ; • elle est conçue de façon à pouvoir remplir son objectif ; • la raison d'être, les buts, les méthodes utilisées, l'envergure, le calendrier et le lieu d'exécution du projet sont dûment déclarés et les avantages et les risques anticipés le justifient clairement ; • l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires pour exécuter le programme des travaux avant qu'ils ne commencent.	5 Bei dem Antrag ist der Nachweis zu erbringen, dass • die geplante Tätigkeit einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung dient; • die Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, ihren Zweck zu erfüllen; • die Beweggründe, die Ziele, die Methoden, die Größenordnung, die Zeitplanung und die Orte sowie der voraussichtliche Nutzen und die Risiken als eindeutige Rechtfertigung des Antrags angegeben werden; • für die geplante Tätigkeit die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung des Arbeitsprogramms zur Verfügung stehen, bevor mit dieser begonnen wird.
6 A detailed description and characterization of the placement and all its constituents is an essential precondition for the assessment of the proposed activity and the basis for a decision as to whether a permit may be issued. If the proposed activity is so poorly characterized that proper assessment cannot be made a permit shall not be issued.	6 Le fait de décrire et de caractériser en détail le dépôt et tous ses éléments constitutifs est une condition préalable essentielle à l'évaluation de l'activité envisagée et sert de base à la décision de délivrer ou non un permis. Si les caractéristiques de l'activité envisagée sont insuffisantes au point de ne pas permettre une évaluation correcte, il ne faut pas délivrer de permis.	6 Eine ausführliche Beschreibung und Kennzeichnung des abzusetzenden Stoffes und all seiner Bestandteile ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bewertung der geplanten Tätigkeit und bildet die Grundlage für eine Entscheidung darüber, ob eine Erlaubnis erteilt werden kann. Wenn die geplante Tätigkeit so unzureichend gekennzeichnet ist, dass eine ordnungsgemäße Bewertung nicht vorgenommen werden kann, darf eine Erlaubnis nicht erteilt werden.
Marine Scientific Research related to Marine Geoengineering	Recherche scientifique marine relative à la géo-ingénierie marine	Wissenschaftliche Meeresforschung im Zusammenhang mit marinem Geo-Engineering
7 Potential marine geoengineering techniques may require specific marine scientific research in order to, <i>inter alia</i>: • better understand the natural processes which will be affected; • understand their potential impacts on the marine environment; • understand their potential efficacy for geoengineering purposes; and • be able to effectively apply the assessment framework(s) to proposals for marine geoengineering.	7 Les techniques potentielles de géo-ingénierie marine peuvent nécessiter des travaux de recherche scientifique marine spécifiques afin, notamment, de : • mieux comprendre les processus naturels qui seront affectés ; • comprendre leurs incidences potentielles sur le milieu marin ; • comprendre leur efficacité potentielle en termes de géo-ingénierie ; et • pouvoir appliquer efficacement le ou les cadres pour l'évaluation aux projets de géo-ingénierie marine.	7 Mögliche Techniken des marinen Geo-Engineerings können spezifische wissenschaftliche Meeresforschung erfordern, um unter anderem • die natürlichen Abläufe, die betroffen sein werden, besser zu verstehen; • die möglichen Auswirkungen der Techniken auf die Meeresumwelt zu verstehen; • die mögliche Wirksamkeit der Techniken für die Zwecke des Geo-Engineerings zu verstehen; • eine wirksame Anwendung des Bewertungsrahmens beziehungsweise der Bewertungsrahmen auf Anträge in Bezug auf marines Geo-Engineering zu ermöglichen.
8 In case of such a specific marine scientific research activity, the following considerations apply: • the proposed activity is designed to answer questions that will add to scientific knowledge. Proposals should state their rationale, research goals, scientific hypotheses and methods, scale, timings, duration and locations with clear justification for why the expected outcomes cannot reasonably be achieved by other methods.	8 Dans le cas d'une telle activité spécifique de recherche scientifique marine, les critères suivants s'appliquent : • l'activité envisagée est conçue pour répondre à des questions qui contribueront aux connaissances scientifiques. Les propositions devraient indiquer leur motivation, les buts de la recherche, les hypothèses et les méthodes scientifiques, l'échelle de grandeur, le calendrier, la durée et les lieux et être accompagnées d'une justification indiquant clairement pourquoi les résultats escomptés ne peuvent raisonnablement être obtenus par d'autres méthodes ;	8 Für eine solche spezifische Tätigkeit der wissenschaftlichen Meeresforschung gelten folgende Kriterien: • Die geplante Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, Antworten auf Fragen zu liefern, die zum wissenschaftlichen Erkenntnisstand beitragen. Die Anträge sollen Angaben zu ihren Beweggründen, Forschungszielen, wissenschaftlichen Hypothesen und Methoden, zur Größenordnung, Zeitplanung, Dauer und zu den Orten enthalten sowie eine eindeutige Begründung, weshalb die zu erwartenden Ergebnisse nach vernünftigem Ermessen nicht mit anderen Methoden erzielbar sind.

- the research methodology to be applied should be appropriate and based on best available scientific knowledge and technology. The methodology should be described in sufficient detail to allow a peer review.
- the proposed activity is subject to scientific peer review at appropriate stages in the assessment process.
- economic interests do not influence the design, conduct and/or outcomes of the proposed activity. There should not be any financial and/or economic gain arising directly from the experiment or its outcomes. This does not preclude payment for services rendered in support of the experiment or future financial impacts of patented technology.
- the proponents of the proposed activity make a commitment to publish the results in peer reviewed scientific publications and include a plan in the proposal to make the data and outcomes publicly available in an appropriate and specified time-frame.
- the proposed activity has the financial resources available before the work commences to fulfil the program of work.
- la méthode de recherche à appliquer devrait être appropriée et fondée sur les meilleures connaissances scientifiques et technologies disponibles. Cette méthode devrait être décrite suffisamment en détail pour pouvoir faire l'objet d'un examen par des pairs ;
- l'activité envisagée fait l'objet d'un examen scientifique collégial à des étapes appropriées du processus d'évaluation ;
- les intérêts économiques n'influencent pas la conception, la conduite et/ou les résultats de l'activité envisagée. L'expérience ou ses résultats ne devraient donner lieu à aucun gain financier et/ou économique direct. Cela ne doit pas exclure la rémunération des services rendus à l'appui de l'expérience, ni les incidences financières futures d'une technologie brevetée ;
- les auteurs du projet s'engagent à publier les résultats dans des publications scientifiques soumises à un examen collégial et indiquent dans la proposition comment il est prévu de rendre les données et les résultats accessibles au public dans un délai spécifié ;
- l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires avant que les travaux ne commencent pour exécuter le programme des travaux.
- Die zu verwendende Forschungsmethode soll angemessen sein und sich auf die besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Technologien stützen. Die Methode soll mit ausreichender Genauigkeit beschrieben werden, damit eine Überprüfung durch unabhängige Gutachter desselben Fachgebiets möglich ist.
- Die geplante Tätigkeit unterliegt in geeigneten Phasen des Bewertungsverfahrens einer wissenschaftlichen Überprüfung durch unabhängige Gutachter desselben Fachgebiets.
- Wirtschaftliche Interessen haben keinen Einfluss auf die Planung, Durchführung und/oder die Ergebnisse der geplanten Tätigkeit. Aus dem Versuch oder seinen Ergebnissen sollen sich keine unmittelbaren finanziellen und/oder wirtschaftlichen Vorteile ergeben. Dies schließt die Vergütung erbrachter Dienstleistungen zur Unterstützung des Versuchs und der künftige finanzielle Auswirkungen einer patentierten Technologie nicht aus.
- Die Antragsteller der geplanten Tätigkeit verpflichten sich, die Ergebnisse in wissenschaftlichen Publikationen zu veröffentlichen, die durch unabhängige Gutachter desselben Fachgebiets überprüft werden, und legen in dem Antrag dar, wie sie beabsichtigen, die Daten und Ergebnisse innerhalb eines angemessenen, näher bestimmten Zeitrahmens öffentlich verfügbar zu machen.
- Für die geplante Tätigkeit stehen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung des Arbeitsprogramms zur Verfügung, bevor mit den Arbeiten begonnen wird.

9 Paragraphs 4 and 6 above also apply to marine scientific research.

Consultation

10 Where the placement activity proposed for consideration by a Contracting Party may have any effect in any area of the sea in which another State is entitled to exercise jurisdiction in accordance with international law or in any area of the sea beyond the jurisdiction of any State, potentially affected countries and relevant regional intergovernmental agreements and arrangements should be identified and notified and a plan should be developed for ongoing consultations on the potential impacts, and to encourage scientific cooperation.

11 Contracting Parties should encourage proponents of listed activities to initiate early consultations with stakeholders so that they can address any issues prior to submitting proposals. Contracting Parties shall establish a consultation process with all relevant stakeholders nationally or internationally when a proposal is submitted. This con-

9 Les dispositions des paragraphes 4 et 6 ci dessus s'appliquent aussi à la recherche scientifique marine.

Consultation

10 Si les activités de dépôt qu'une Partie contractante propose aux fins d'examen risquent d'avoir un impact quelconque sur toute zone de mer sur laquelle un autre État est habilité à exercer sa juridiction conformément au droit international ou sur toute zone de mer située au delà de la juridiction d'un quelconque État, il faudrait recenser les pays et les accords ou arrangements régionaux intergouvernementaux pertinents susceptibles d'être affectés et les informer de ce risque, mais aussi mettre au point un plan visant à assurer des consultations permanentes sur les impacts potentiels et à favoriser la coopération scientifique.

11 Les Parties contractantes devraient inciter les auteurs des activités énumérées à entamer des consultations anticipées avec les parties prenantes de sorte qu'ils puissent examiner toutes les questions avant de soumettre les propositions. Les Parties contractantes doivent mettre en place un processus de consultation avec toutes les

9 Die Absätze 4 und 6 finden auch auf die wissenschaftliche Meeresforschung Anwendung.

Konsultation

10 Wenn eine Tätigkeit des Absetzens, für die eine Vertragspartei eine Prüfung beantragt, Auswirkungen auf ein Seegebiet haben kann, in dem ein anderer Staat nach dem Völkerrecht befugt ist, Hoheitsrechte auszuüben, oder auf ein anderes Seegebiet, das nicht zum Hoheitsbereich eines Staates gehört, sollen die möglicherweise betroffenen Länder und einschlägigen regionalen zwischenstaatlichen Übereinkünfte und Abmachungen benannt und eine entsprechende Notifikation abgegeben werden sowie Pläne für fortlaufende Konsultationen über die möglichen Auswirkungen erarbeitet und die wissenschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden.

11 Die Vertragsparteien sollen die Antragsteller der aufgeführten Tätigkeiten ermutigen, frühzeitige Konsultationen mit den Betroffenen einzuleiten, damit sie sich vor der Einreichung der Anträge mit allen Fragen befassen können. Wenn ein Antrag eingereicht wird, richten die Vertragsparteien ein Konsultationsverfahren mit allen einschlägi-

sultation process shall be carried out during the assessment process and before a final permit decision is made. Consent should be sought from all countries with jurisdiction or interests in the region of potential impact without prejudice to international law. Where the placement activity has the potential to have any effects on an area subject to a regional intergovernmental agreement or arrangement, the process should include consultation with the relevant regional organization, with a view to ensuring consistency with applicable regional objectives and requirements.

12 Contracting Parties should consider any advice on proposals for activities listed in annex 4 from independent international experts or an independent international advisory group of experts, especially in situations where paragraph 10 applies. The advice could address scientific, technical, social or economic aspects of the proposal. It shall, as appropriate, include a peer review of the information and data provided by the proponent with regard to its scientific and technical quality. In situations where paragraph 10 applies, potentially affected countries could seek such advice from independent international experts or an independent international advisory group of experts.

Information for assessment

13 A common set of information is required for each of the assessment elements of the framework below, namely:

- Placement site selection
- Assessment of matter to be placed into the marine environment
- Assessment of potential effects including the Impact Hypothesis
- Risk management
- Monitoring including the environmental baseline

Placement site selection

14 In order to address placement site selection, Contracting Parties shall require the following information, as appropriate, to evaluate and to justify the selection of the site(s):

- the physical, geological, chemical, and biological conditions at the proposed site and the area of potential impact, and the uncertainties in these

parties prenantes concernées au niveau national ou international lorsqu'une proposition est soumise. Ce processus de consultation doit se dérouler parallèlement au processus d'évaluation mais avant de prendre une décision définitive en matière de permis. Il faudrait obtenir le consentement de tous les États ayant juridiction ou des intérêts dans la région d'impact potentiel, sans que cela ne porte atteinte au droit international. Lorsque l'activité de dépôt est susceptible d'avoir un effet quelconque sur une zone visée par un accord ou arrangement régional intergouvernemental, il faudrait notamment consulter l'organisation régionale pertinente afin de garantir la cohérence avec les objectifs et prescriptions régionaux pertinents.

12 Les Parties contractantes devraient examiner tout avis sur les propositions d'activités énumérées à l'annexe 4 issu d'experts internationaux indépendants ou d'un groupe consultatif international indépendant d'experts, en particulier dans les situations où s'applique le paragraphe 10. Cet avis pourrait porter sur les aspects scientifiques, techniques, sociaux ou économiques de la proposition. Il doit, selon qu'il convient, comprendre un examen par des pairs des renseignements et données fournis par le déposant en ce qui concerne leur qualité scientifique et technique. Dans les situations où s'applique le paragraphe 10, les pays potentiellement affectés pourraient solliciter cet avis auprès d'experts internationaux indépendants ou d'un groupe consultatif international indépendant d'experts.

Renseignements aux fins de l'évaluation

13 Un ensemble commun de renseignements est requis pour chaque élément d'évaluation du cadre ci dessous, à savoir :

- Choix du site de dépôt
- Évaluation des matières devant faire l'objet d'un dépôt dans le milieu marin
- Évaluation des effets potentiels, y compris l'hypothèse d'impact
- Gestion des risques
- Surveillance, y compris les conditions environnementales de référence.

Choix du site du dépôt

14 Pour traiter la question du choix du site du dépôt, les Parties contractantes doivent exiger les informations suivantes, selon qu'il convient, pour évaluer et justifier le choix du ou des sites :

- les conditions physiques, géologiques, chimiques et biologiques du site proposé, et les incertitudes que celles-ci suscitent par rapport à

gen Betroffenen auf nationaler und internationaler Ebene ein. Dieses Konsultationsverfahren findet parallel zum Bewertungsverfahren und vor der endgültigen Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis statt. Unbeschadet des Völkerrechts soll die Zustimmung aller Länder mit Hoheitsrechten oder Interessen in der von möglichen Auswirkungen betroffenen Region eingeholt werden. Wenn die Tätigkeit des Absetzens Auswirkungen auf ein Gebiet haben kann, das Gegenstand einer regionalen zwischenstaatlichen Übereinkunft oder Abmachung ist, soll das Verfahren eine Konsultation mit der zuständigen Regionalorganisation beinhalten, um die Übereinstimmung mit den anwendbaren regionalen Zielen und Vorschriften sicherzustellen.

12 Die Vertragsparteien sollen die Ratschläge unabhängiger internationaler Sachverständiger oder einer unabhängigen internationalen beratenden Sachverständigengruppe zu Anträgen auf in Anlage 4 aufgeführte Tätigkeiten prüfen, insbesondere in den Fällen, in denen Absatz 10 Anwendung findet. Die Ratschläge können sich auf wissenschaftliche, technische, soziale oder wirtschaftliche Aspekte des Antrags beziehen. Sie müssen gegebenenfalls eine durch unabhängige Gutachter desselben Fachgebiets vorgenommene Überprüfung der vom Antragsteller vorgelegten Informationen und Daten auf ihre wissenschaftliche und technische Qualität beinhalten. In den Fällen, in denen Absatz 10 Anwendung findet, können die möglicherweise betroffenen Länder diese Ratschläge bei unabhängigen internationalen Sachverständigen oder einer unabhängigen internationalen beratenden Sachverständigengruppe einholen.

Angaben für die Bewertung

13 Für jedes Bewertungselement des nachstehenden Rahmens ist ein standardmäßiger Satz von Angaben erforderlich, und zwar im Einzelnen für

- die Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll,
- die Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen,
- die Bewertung möglicher Auswirkungen einschließlich der Wirkungshypothese,
- das Risikomanagement,
- die Überwachung einschließlich des als Bezugsgröße dienenden Ausgangszustands der Umwelt.

Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll

14 Um sich mit der Wahl des Ortes, an dem das Absetzen erfolgen soll, zu befassen, benötigen die Vertragsparteien gegebenenfalls folgende Angaben, damit sie die Wahl des Ortes beziehungsweise der Orte beurteilen und begründen können:

- physikalische, geologische, chemische und biologische Bedingungen an dem geplanten Ort und in dem von möglichen Auswirkungen betrof-

conditions in relation to the proposed activity;

- the impact on amenities, values and other uses of the sea at the proposed site and in the area of potential impacts;
- any constituent fluxes associated with the activity in relation to existing fluxes of substances in the marine environment; and
- economic and operational feasibility.

Assessment of matter to be placed into the marine environment

15 Characterization and assessment of matter proposed to be placed into the marine environment, including its constituents shall take into account as appropriate:

- .1 origin, total amount, form and average composition and fate;
- .2 properties: physical, chemical, biochemical and biological;
- .3 toxicity;
- .4 persistence: physical, chemical and biological; and
- .5 accumulation and biotransformation in biological materials or sediments.

Assessment of potential effects

16 Assessment of potential effects shall lead to the "Impact Hypothesis", a concise statement of the expected consequences of the placement activity within the area of the activity and within the area of potential impacts, including transboundary effects. It provides a basis for deciding whether to approve, reject or suggest revisions to the proposed placement activity and for defining risk management and mitigation measures and environmental monitoring requirements.

17 The assessment of potential effects should integrate information on the characteristics of the proposed placement activity, conditions at the proposed site(s), any relevant fluxes, and any proposed construction techniques. The assessment shall specify the potential effects on human health, on marine ecosystem structure and dynamics including sensitivity of species, populations, communities, habitats and processes, amenities and other legitimate uses of the sea. It shall define the nature, temporal and spatial scales and duration of expected impacts based on reasonably conservative assumptions.

l'activité envisagée ;

- l'impact sur les agréments, les valeurs et les autres utilisations de la mer au site considéré et dans la zone d'impact potentiel ;
- tous flux de constituants liés à l'activité par rapport aux flux de substances existants dans le milieu marin ; et
- la viabilité économique et opérationnelle.

Évaluation des matières devant faire l'objet d'un dépôt dans le milieu marin

15 Il faut caractériser et évaluer les matières qu'il est envisagé de déposer dans le milieu marin, y compris leurs constituants, en tenant compte des éléments suivants :

- .1 origine, quantité totale, forme, composition moyenne et devenir ;
- .2 propriétés physiques, chimiques, biochimiques et biologiques ;
- .3 toxicité ;
- .4 persistance physique, chimique et biologique ; et
- .5 accumulation et biotransformation dans des matières ou des sédiments biologiques.

Évaluation des effets potentiels

16 L'évaluation des effets potentiels doit conduire à « l'hypothèse d'impact », un exposé concis sur les conséquences probables des activités de dépôt dans la zone de l'activité et dans la zone des impacts potentiels, y compris les effets transfrontaliers. L'évaluation fournit une base permettant de décider s'il convient d'approuver, de refuser ou de modifier l'activité de dépôt envisagée et d'arrêter les mesures de gestion et d'atténuation des risques et les dispositions requises en matière de surveillance de l'environnement.

17 L'évaluation des effets potentiels devrait comporter des renseignements sur les caractéristiques de l'activité de dépôts envisagée, les conditions régnant au(x) site(s) proposé(s), tous les éventuels flux et toutes les techniques de construction proposées. L'évaluation doit préciser les effets potentiels sur la santé de l'homme, sur la structure et la dynamique de l'écosystème marin, y compris la vulnérabilité des espèces, populations, communautés, habitats et processus, sur les agréments et les autres utilisations légitimes de la mer. Elle doit définir la nature, les échelles temporelles et spatiales ainsi que la durée des impacts probables en se fondant sur des hypothèses raisonnablement prudentes.

fenen Gebiet sowie Unsicherheiten, die sich aus diesen Bedingungen in Verbindung mit der geplanten Tätigkeit ergeben;

- Auswirkungen auf die Annehmlichkeiten, wertvolle Bestandteile der Umwelt und andere Nutzungen des Meeres am geplanten Ort und in dem von möglichen Auswirkungen betroffenen Gebiet;
- bei der Tätigkeit entstehender Strom der Bestandteile im Verhältnis zu den in der Meeresumwelt bestehenden Strömen von Stoffen;
- wirtschaftliche und betriebstechnische Durchführbarkeit.

Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen

15 Bei der Kennzeichnung und Bewertung der Stoffe, die in die Meeresumwelt abgesetzt werden sollen, einschließlich ihrer Bestandteile ist gegebenenfalls Folgendes zu berücksichtigen:

- .1 Herkunft, Gesamtmenge, Form und durchschnittliche Zusammensetzung sowie Verbleib;
- .2 physikalische, chemische, biochemische und biologische Eigenschaften;
- .3 Toxizität;
- .4 physikalische, chemische und biologische Beständigkeit;
- .5 Ansammlung und biologische Umwandlung in biologische Materialien oder Ablagerungen.

Bewertung möglicher Auswirkungen

16 Aus der Bewertung der möglichen Auswirkungen muss sich eine „Auswirkungshypothese“ ergeben, das heißt eine prägnante Darstellung der zu erwartenden Folgen der Tätigkeit des Absetzens innerhalb des Gebiets, in dem die Tätigkeit stattfindet, und innerhalb des von möglichen Auswirkungen betroffenen Gebiets einschließlich grenzüberschreitender Auswirkungen. Sie bildet die Grundlage für eine Entscheidung, ob die geplante Tätigkeit genehmigt oder abgelehnt wird oder eine Abänderung der Tätigkeit vorgeschlagen wird, sowie für die Festlegung der Risikomanagement- und -minderungsmaßnahmen und der Vorschriften für die Umweltüberwachung.

17 In die Bewertung der möglichen Auswirkungen sollen Informationen über die Eigenschaften der geplanten Tätigkeit des Absetzens, über die Bedingungen am geplanten Ort oder an den geplanten Orten, über alle maßgeblichen Stoffströme sowie über alle geplanten Konstruktionstechniken einfließen. Bei der Bewertung sind die möglichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die Struktur und Dynamik des Meeresökosystems, einschließlich der Empfindlichkeit der Arten, Populationen, Gemeinschaften, Lebensräume und Abläufe sowie auf Annehmlichkeiten und andere rechtmäßige Nutzungen des Meeres zu nennen. Dabei sind auch die Art, der zeitliche und räumliche Rahmen sowie die Dauer

18 An analysis of the proposed placement activity should be considered in the light of an assessment of the following concerns: human health risks, environmental costs, hazards, (including accidents), economics and exclusion of future uses. Cumulative impacts from repeated activities or from other activities may also be a relevant consideration. If this assessment reveals that adequate information is not available to determine the likely effects of the proposed placement activity then this activity shall not be considered further.

19 Each assessment of potential effects shall conclude with a statement supporting a decision to approve, reject or suggest revisions to a proposed placement activity.

Risk management

20 Risk Management procedures are necessary to ensure that, as far as practicable, environmental risks are minimized, *inter alia*, through mitigation and contingency planning, and the benefits maximized and that a precautionary approach is applied.

21 Strategies to manage or mitigate risks need to be appropriate for the risks under consideration. They may be imposed as additional conditions by a Contracting Party or included as an intrinsic part of the proposal. The strategies may include temporal, spatial or operational restrictions.

22 Contingency planning will also need to be considered for responding to monitoring in cases where the Impact Hypothesis is found to be incorrect. This may include the cessation of placement activities.

Monitoring

23 A well-designed monitoring regime is necessary and should consider both short and long-term impacts and, where possible, determine whether the activity has achieved its purpose.

24 The purpose of monitoring is to verify that permit conditions are met – compliance monitoring – and that the assumptions made during the permit review and site selection process were correct and sufficient to protect the environment and human health – field monitoring. It is essential that such monitoring programmes have clearly defined objectives. The type, frequency and extent of monitoring will depend on the Impact Hypothesis as well as on predicted local and regional consequences.

18 Il conviendrait d'analyser l'activité de dépôt envisagée à la lumière d'une évaluation des éléments suivants: risques pour la santé de l'homme, coûts pour l'environnement, dangers (y compris les accidents), aspects économiques et exclusion des utilisations futures. L'analyse des impacts cumulés résultant d'activités répétées ou d'autres activités pourrait également présenter un intérêt. Si cette évaluation révèle que l'on ne dispose pas d'éléments d'information suffisants pour déterminer les effets probables de l'activité de dépôt envisagée, celle-ci ne doit pas être examinée plus avant.

19 Chaque évaluation des effets potentiels doit se terminer par un exposé appuyant la décision d'approuver, de refuser ou de modifier une activité de dépôt envisagée.

Gestion des risques

20 Les procédures de gestion des risques sont nécessaires pour garantir, dans toute la mesure du possible, que les risques pour l'environnement seront réduits au minimum, notamment par le biais de mesures d'atténuation et d'une planification d'urgence, les avantages scientifiques optimisés et les principes de précaution appliqués.

21 Les stratégies de gestion ou d'atténuation des risques doivent être adaptées aux risques en question. Elles peuvent être imposées comme conditions supplémentaires par une Partie contractante ou faire partie intégrante de la proposition. Ces stratégies peuvent comprendre des restrictions temporelles, géographiques ou opérationnelles.

22 La planification d'urgence devra aussi être envisagée en réponse aux activités de surveillance dans les cas où l'hypothèse d'impact se révélerait incorrecte. Il peut s'agir d'une interruption des activités de dépôt.

Surveillance

23 Il est nécessaire de disposer d'un régime de surveillance bien conçu et d'envisager les impacts à court et à long terme et, dans la mesure du possible, de déterminer si l'activité a atteint ses objectifs.

24 La surveillance a pour objet de vérifier qu'il est satisfait aux conditions dont le permis est assorti – contrôle de la conformité – et que les hypothèses posées pendant l'examen du permis et le processus de sélection du site étaient correctes et suffisantes pour protéger l'environnement et la santé de l'homme – surveillance sur le terrain. Il est indispensable que les objectifs de ces programmes de surveillance soient clairement définis. Le type, la fréquence et le degré de surveillance dépendront de l'hypothèse d'impact et des conséquences anticipées aux niveaux local et régional.

der zu erwartenden Auswirkungen auf der Grundlage angemessener und vorsichtiger Annahmen zu bestimmen.

18 Eine Analyse der geplanten Tätigkeit des Absetzens ist vor dem Hintergrund einer Bewertung der folgenden Aspekte durchzuführen: Risiken für die menschliche Gesundheit, Umweltkosten, Gefahren (einschließlich Unfälle), Wirtschaftlichkeit sowie Ausschluss künftiger Nutzungen. Die kumulativen Auswirkungen wiederholter Tätigkeiten oder anderer Tätigkeiten können ebenfalls eine maßgebliche Erwägung darstellen. Wenn sich aus einer solchen Bewertung ergibt, dass für die Bestimmung der möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit des Absetzens keine ausreichenden Informationen vorliegen, so darf diese Tätigkeit nicht weiter erwogen werden.

19 Jede Bewertung der möglichen Auswirkungen muss mit einer Stellungnahme enden, ob eine geplante Tätigkeit genehmigt oder abgelehnt wird oder eine Abänderung der Tätigkeit vorgeschlagen wird.

Risikomanagement

20 Risikomanagementverfahren sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Umwelttrisiken so weit wie möglich auf ein Mindestmaß beschränkt werden, unter anderem durch Minderung und Notfallplanung, und dass größtmöglicher Nutzen erzielt wird und von einem Vorsorgeansatz ausgegangen wird.

21 Die Risikomanagement- oder -minderungsstrategien müssen für die betreffenden Risiken geeignet sein. Sie können von einer Vertragspartei als zusätzliche Bedingungen auferlegt oder als fester Bestandteil in den Antrag aufgenommen werden. Die Strategien können auch zeitliche, räumliche oder betriebstechnische Einschränkungen umfassen.

22 Die Notfallplanung muss auch als Reaktion auf Überwachungsmaßnahmen in Fällen in Erwägung gezogen werden, in denen sich die Auswirkungshypothese als unzutreffend erweist. Dies kann die Einstellung der Tätigkeiten des Absetzens beinhalten.

Überwachung

23 Es ist ein planvoll ausgearbeitetes Überwachungssystem erforderlich; es soll sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Auswirkungen berücksichtigen und nach Möglichkeit ermitteln, ob die Tätigkeit ihren Zweck erfüllt hat.

24 Zweck der Überwachung ist es, zu überprüfen, ob die Genehmigungsbedingungen eingehalten werden (Einhaltungsüberwachung) und ob die Annahmen, die während der Überprüfung der Erlaubnis und während der Auswahl des Ortes zugrunde gelegt wurden, zutrafen und ausreichen, die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu schützen (Feldüberwachung). Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass solche Überwachungsprogramme eindeutig festgelegte Ziele haben. Art, Häufigkeit und Umfang der Überwachung hängen von der Auswirkungshypothese sowie von den voraussichtlichen lokalen und regionalen Folgen ab.

25 Monitoring is also used to determine the area of impact and to ascertain that changes are within the range of those predicted. The establishment of baseline conditions prior to a placement activity as well as monitoring of control sites is essential for ongoing monitoring and the detection of any impacts beyond those predicted.

Permit
and permit conditions

26 A decision to issue a permit shall only be made if:

- .1 the assessment has been satisfactorily completed and has shown that the proposed activity is an activity covered by the listing in annex 4 and may be permitted in accordance with that annex;
- .2 the activity is designed to fulfil its purpose. It has to be demonstrated that the proposed activity has the financial resources available before it commences to fulfil the programme of work including any permit conditions requiring e.g. mitigation, contingency planning and monitoring;
- .3 all impact evaluations are satisfactorily completed;
- .4 the risk management and monitoring requirements have been determined;
- .5 conditions are in place to ensure that, as far as practicable, environmental disturbance and detriment would be minimized and the benefits maximized;
- .6 the consultation requirements are fulfilled pursuant to paragraphs 10, 11 and 12;
- .7 it is determined that pollution of the marine environment from the proposed activity is, as far as practicable, prevented or reduced to a minimum, therefore not contrary to the aims of the Protocol.

27 In case that adequate information is not available to make the determinations in paragraph 26, the permitting authority shall request additional information before taking a decision or shall not issue a permit.

28 The provisions of the permit shall ensure, as far as practicable, that risks for human health and the marine environment are avoided, environmental disturbance and detriment are minimized and the benefits

25 La surveillance permet aussi de déterminer la région d'impact et de vérifier que les modifications restent dans le cadre de ce qui était prévu. La mise en place de conditions de base avant une activité de dépôt ainsi que la surveillance des sites de contrôle sont essentielles pour surveiller en permanence et détecter tout impact allant au delà de ceux qui ont été prévus.

Permis et conditions
dont le permis est assorti

26 La décision de délivrer un permis doit être prise uniquement aux conditions suivantes :

- .1 l'évaluation a donné des résultats satisfaisants et a montré que l'activité envisagée était une activité prévue dans la liste de l'annexe 4 et qu'elle peut être autorisée conformément à ladite annexe ;
- .2 l'activité est conçue de façon à remplir ses objectifs. Il doit être démontré que l'activité envisagée dispose des ressources financières nécessaires avant qu'elle ne commence pour exécuter le programme des travaux, y compris toutes les conditions de délivrance de permis, comme l'atténuation, la planification d'urgence et la surveillance ;
- .3 toutes les évaluations d'impact ont donné des résultats satisfaisants ;
- .4 les prescriptions en matière de gestion des risques et de surveillance ont été établies ;
- .5 il existe des conditions qui permettent de garantir, autant que faire se peut, que les atteintes à l'environnement ou sa détérioration seront réduites au minimum et que les avantages seront optimisés ;
- .6 il est satisfait aux prescriptions relatives à la consultation conformément aux paragraphes 10, 11 et 12 ;
- .7 il est établi que la pollution du milieu marin due à l'activité proposée sera, si possible en pratique, empêchée ou réduite au minimum, et par conséquent non contraire aux objectifs du Protocole.

27 Si elle ne dispose pas d'informations adéquates pour parvenir aux conclusions énoncées au paragraphe 26, l'autorité chargée de la délivrance des permis doit demander des renseignements supplémentaires avant de prendre une décision ou ne doit pas délivrer de permis.

28 Dans la mesure où cela est possible dans la pratique, les dispositions du permis doivent être de nature à éviter les risques pour la santé de l'homme et le milieu marin, à réduire au minimum les conséquences

25 Die Überwachung dient auch dazu, das von Auswirkungen betroffene Gebiet zu bestimmen und sicherzustellen, dass die Veränderungen sich im vorhergesagten Bereich bewegen. Die Festlegung der als Bezugsgröße dienenden Ausgangsbedingungen im Vorfeld einer Tätigkeit des Absetzens sowie die Überwachung von Kontrollstandorten sind für die fortlaufende Überwachung und die Feststellung aller Auswirkungen, die über die vorhergesagten hinausgehen, von wesentlicher Bedeutung.

Erlaubnis und
Genehmigungsbedingungen

26 Eine Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis wird nur dann getroffen, wenn

- .1 die Bewertung zufriedenstellend abgeschlossen worden ist und gezeigt hat, dass es sich bei der geplanten Tätigkeit um eine unter die Auflistung in Anlage 4 fallende Tätigkeit handelt und dass sie nach der genannten Anlage erlaubt werden darf;
- .2 die Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, ihren Zweck zu erfüllen. Es muss der Nachweis erbracht werden, dass für die geplante Tätigkeit die erforderlichen finanziellen Mittel zur Durchführung des Arbeitsprogramms zur Verfügung stehen, bevor mit dieser begonnen wird; dies schließt alle Genehmigungsbedingungen, die z. B. Minderung, Notfallplanung und Überwachung vorschreiben, ein;
- .3 alle Beurteilungen in Bezug auf die Umweltauswirkungen zufriedenstellend abgeschlossen sind;
- .4 die Risikomanagement- und Überwachungsvorschriften festgelegt worden sind;
- .5 Bedingungen vorliegen, die so weit wie möglich sicherstellen, dass die Beeinträchtigung und Schädigung der Umwelt auf ein Mindestmaß beschränkt und größtmöglicher Nutzen erzielt wird;
- .6 die Konsultationsvorschriften nach den Absätzen 10, 11 und 12 erfüllt sind;
- .7 festgestellt worden ist, dass die durch die geplante Tätigkeit verursachte Verschmutzung der Meeresumwelt so weit wie möglich verhütet oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird und deshalb nicht den Zielen des Protokolls widerspricht.

27 Wenn keine ausreichenden Informationen vorliegen, um die Feststellungen nach Absatz 26 zu treffen, fordert die zuständige Behörde weitere Informationen an, bevor sie eine Entscheidung trifft, oder sie erteilt keine Erlaubnis.

28 Die Erlaubnis soll so weit wie möglich sicherstellen, dass Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Meeresumwelt vermieden, die Beeinträchtigung und Schädigung der Umwelt auf ein Min-

maximized. Any permit issued shall contain conditions specifying among others:

- .1 the types and sources of matter to be placed;
- .2 the location of the placement site(s);
- .3 the methods to be used in achieving the placement activity;
- .4 risk management, monitoring and reporting requirements; and
- .5 removal and/or disposal/reuse/recycling of items, as appropriate, at the end of placement activity.

29 Permits should be reviewed at regular intervals, taking into account the results of monitoring, the objectives of monitoring programmes and relevant research. Review of monitoring results will indicate whether field programmes need to be continued, revised or terminated and will contribute to informed decisions regarding the continuance, modification or revocation of permits. Monitoring provides an important feedback mechanism into future permitting decisions for the protection of human health and the marine environment.

Reporting

30 The outcomes of any assessment and documentation of any permit issued shall be reported to the Secretariat and shall be made publicly available at or shortly after the time the decision is made. The Secretariat should then inform Contracting Parties."

perturbantes ou préjudiciables pour l'environnement et à maximiser les avantages. Tout permis délivré doit comporter des conditions, en précisant, notamment :

- .1 les types et l'origine des matières qui doivent être déposées ;
- .2 l'emplacement du ou des sites de dépôt ;
- .3 les méthodes utilisées pour mener à bien l'activité de dépôt ;
- .4 les dispositions requises en matière de gestion des risques, de surveillance et de notification ; et
- .5 le retrait et/ou l'élimination/la réutilisation/le recyclage des éléments du dépôt, selon qu'il convient, à la fin de l'activité de dépôt.

29 Il faudrait revoir les permis à intervalles réguliers, en tenant compte des résultats de la surveillance, des objectifs des programmes de surveillance et des recherches appropriées. L'examen des résultats de la surveillance permettra de savoir si les programmes sur le terrain doivent être poursuivis, remaniés ou abandonnés, et contribuera à la prise de décisions bien fondées s'agissant du renouvellement, de la modification ou de l'annulation des permis. On disposera ainsi d'un mécanisme d'information en retour important pour la protection de la santé de l'homme et du milieu marin.

Notification

30 Les résultats de toute évaluation doivent être notifiés et les documents relatifs à tout permis être transmis au Secrétariat, et être rendus accessibles au public au moment où la décision est prise. Le Secrétariat devrait ensuite informer toutes les Parties contractantes. »

destmaß beschränkt und größtmöglicher Nutzen erzielt wird. Jede erteilte Erlaubnis muss Bedingungen enthalten, aus denen unter anderem Folgendes hervorgeht:

- .1 Typ und Herkunft der abzusetzenden Stoffe;
- .2 Ort(e), an dem beziehungsweise an denen das Absetzen erfolgen soll;
- .3 zur Durchführung der Tätigkeit des Absetzens anzuwendende Methoden;
- .4 Vorschriften in Bezug auf Risikomanagement, Überwachung und Berichterstattung;
- .5 gegebenenfalls Entfernung und/oder Beseitigung/Wiederverwendung/Verwertung von Gegenständen nach Beendigung der Tätigkeit des Absetzens.

29 Erlaubnisse sind in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, wobei besonderes Augenmerk auf die Ergebnisse der Überwachung, die Ziele der Überwachungsprogramme und einschlägige Forschung zu richten ist. Die Überprüfung der Überwachungsergebnisse gibt Aufschluss darüber, ob die Programme vor Ort fortgesetzt, abgeändert oder beendet werden müssen, und ermöglicht fundierte Entscheidungen in Bezug auf eine Fortsetzung, Änderung oder Aufhebung von Erlaubnissen. Die Überwachung stellt bei künftigen Genehmigungsentscheidungen einen wichtigen Rückmelungsmechanismus für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Meeresumwelt dar.

Berichterstattung

30 Über die Ergebnisse jeder Bewertung und die Dokumentation zu jeder erteilten Erlaubnis ist dem Sekretariat Bericht zu erstatten und die Ergebnisse und die Dokumentation sind öffentlich verfügbar zu machen, sobald oder kurz nachdem die Entscheidung getroffen wird. Anschließend soll das Sekretariat die Vertragsparteien unterrichten."

Folgeänderungen

Consequential amendments

Amendements à apporter en conséquence

Consequential amendments are shown, as follows:

Article 1.9 of the Protocol is amended as follows: "Permit" means permission granted in advance and in accordance with relevant measures adopted pursuant to article 4.1.2, 6bis or 8.2

Article 3.1 of the Protocol is amended as follows: "In implementing this Protocol, Contracting Parties shall apply a precautionary approach to environmental protection from dumping of wastes or other matter or from placement of matter for marine geo-engineering activities which may be considered for permits according to annex 4".

Article 9.1.2 of the Protocol is amended as follows: "keep records of the nature and quantities of waste or other matter for which ~~dumping~~ permits have been issued and where practicable the quantities actually ~~dumped~~ or placed in accordance with article 6bis, and the location, time and method of ~~dumping~~ or placement; and"

Article 9.2 of the Protocol is amended as follows: "The appropriate authority or authorities of a Contracting Party shall issue permits in accordance with this Protocol in respect of wastes or other matter intended for dumping or, as provided for in article 6bis, placement or, as provided for in article 8.2, incineration at sea."

Article 9.3 of the Protocol is amended as follows: "In issuing permits, the appropriate authority or authorities shall comply with the requirements of article 4 and article 6bis, together with such additional criteria, measures and requirements as they may consider relevant."

Article 10.1.2 of the Protocol is amended as follows: "vessels and aircraft loading in its territory the wastes or other matter which are to be dumped, ~~or~~ incinerated, or placed in accordance with article 6bis, at sea; and"

Article 10.1.3 of the Protocol is amended as follows: "vessels, aircraft and platforms or other man-made structures believed to be engaged in dumping, ~~or~~ incineration, or placement in accordance with article 6bis, at sea in areas within

Les amendements à apporter en conséquence sont indiqués ci-après :

L'article 1.9 du Protocole est modifié comme suit : Permis désigne l'autorisation accordée préalablement et conformément aux mesures pertinentes adoptées en application des articles 4.1.2, 6bis ou 8.2.

L'article 3.1 du Protocole est modifié comme suit : « Dans la mise en œuvre du présent Protocole, les Parties contractantes appliquent une approche de précaution en matière de protection de l'environnement contre l'immersion de déchets ou autres matières ou contre le dépôt de matières effectué au titre d'activités de géo-ingénierie marine...qui peuvent être envisagées aux fins de la délivrance de permis conformément à l'annexe 4. »

L'article 9.1.2 du Protocole est modifié comme suit : « enregistrer la nature et les quantités de tous les déchets ou autres matières pour lesquels des permis ~~d'immersion~~ ont été délivrés et, lorsque cela est possible dans la pratique, les quantités qui ont été effectivement immergées, ou déposées conformément aux dispositions de l'article 6bis, ainsi que le lieu, la date et la méthode d'immersion ou de dépôt ; et »

L'article 9.2 du Protocole est modifié comme suit : « La ou les autorités compétentes d'une Partie contractante délivrent des permis conformément au présent Protocole pour les déchets ou autres matières destinés à l'immersion ou, comme il est prévu à l'article 6bis, au dépôt ou, comme il est prévu à l'article 8.2, à l'incinération en mer : »

L'article 9.3 du Protocole est modifié comme suit : « Lors de la délivrance des permis, la ou les autorités compétentes se conforment aux dispositions de l'article 4 et de l'article 6bis, ainsi qu'aux critères, mesures et conditions supplémentaires qu'elles peuvent juger pertinents. »

L'article 10.1.2 du Protocole est modifié comme suit : « les navires et aéronefs chargeant sur son territoire des déchets ou autres matières destinés à être immergés, ~~ou~~ incinérés, ou déposés conformément aux dispositions de l'article 6bis, en mer ; et »

L'article 10.1.3 du Protocole est modifié comme suit : « les navires, aéronefs et plates-formes ou autres ouvrages artificiels présumés effectuer des opérations d'immersion, ~~ou~~ d'incinération, ou de placement conformément aux dispositions de l'article

Nachstehend werden die Folgeänderungen aufgeführt:

Artikel 1 Absatz 9 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Der Ausdruck „Erlaubnis“ bezeichnet eine im Voraus und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Maßnahmen nach Artikel 4 Absatz 1.2, Artikel 6bis oder Artikel 8 Absatz 2 erteilte Genehmigung.“

Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Bei der Durchführung dieses Protokolls gehen die Vertragsparteien beim Schutz der Umwelt gegen das Einbringen von Abfällen oder sonstigen Stoffen oder gegen das Absetzen von Stoffen für Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings, für die eine Erlaubnis nach Anlage 4 erwogen werden kann, von einem Vorsorgeansatz aus.“

Artikel 9 Absatz 1.2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „für das Führen von Unterlagen über Art und Menge aller mit Erlaubnis eingebrachten Abfälle oder sonstigen Stoffe und, sofern möglich, über die tatsächlich eingebrachten oder nach Artikel 6bis abgesetzten Mengen sowie über den Ort, den Zeitpunkt und die Methode des Einbringens oder Absetzens“.

Artikel 9 Absatz 2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden einer Vertragspartei erteilen nach diesem Protokoll Erlaubnisse für Abfälle oder sonstige Stoffe, die für das Einbringen oder nach Artikel 6bis für das Absetzen oder nach Artikel 8 Absatz 2 für die Verbrennung auf See vorgesehen sind und die“.

Artikel 9 Absatz 3 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Bei der Erteilung von Erlaubnissen befolgen die zuständige Behörde beziehungsweise die zuständigen Behörden Artikel 4 und Artikel 6bis und solche zusätzlichen Kriterien, Maßnahmen und Bedingungen, die sie als zweckdienlich ansehen.“

Artikel 10 Absatz 1.2 des Protokolls erhält folgende Fassung: „auf alle Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet Abfälle oder sonstige Stoffe zum Zweck des Einbringens, ~~oder~~ der Verbrennung oder des Absetzens nach Artikel 6bis auf See laden;“.

Artikel 10 Absatz 1.3 erhält folgende Fassung: „auf alle Schiffe, Luftfahrzeuge und Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerke, von denen ein Einbringen, ~~oder~~ eine Verbrennung oder ein Absetzen nach Artikel 6bis auf See in Gebieten ange-

which it is entitled to exercise jurisdiction in accordance with international law.”

Article 13.1 of the Protocol is amended as follows: “Contracting Parties shall, through collaboration within the Organization and in coordination with other competent international organizations, promote bilateral and multilateral support for the prevention, reduction and where practicable elimination of pollution caused by dumping or placement of matter for marine geoengineering activities as provided for in this Protocol to those Contracting Parties that request it ...”.

Article 18.1 of the Protocol is amended as follows: “Meetings of Contracting Parties or Special Meetings of Contracting Parties shall keep under continuing review the implementation of this Protocol and evaluate its effectiveness with a view to identifying means of strengthening action, where necessary, to prevent, reduce and where practicable eliminate pollution caused by dumping, and incineration, or placement in accordance with article 6bis, at sea of wastes or other matter. To these ends, Meetings of Contracting Parties or Special Meetings of Contracting Parties may:”

6bis, en mer dans les zones dans lesquelles elle est habilitée à exercer sa juridiction conformément au droit international. »

L'article 13.1 du Protocole est modifié comme suit : « Les Parties contractantes, par leur collaboration au sein de l'Organisation et en coordination avec d'autres organisations internationales compétentes, facilitent l'appui bilatéral et multilatéral en matière de prévention, de réduction et, lorsque cela est possible dans la pratique, d'élimination de la pollution causée par l'immersion ou le dépôt de matières effectué au titre d'activités de géo-ingénierie marine conformément aux dispositions du présent Protocole, aux Parties contractantes qui en font la demande ... »

L'article 18.1 du Protocole est modifié comme suit : « Lors de leurs Réunions ou de Réunions spéciales, les Parties contractantes procèdent à un examen suivi de la mise en œuvre du présent Protocole et évaluent son efficacité en vue d'identifier les moyens de renforcer, s'il y a lieu, les mesures destinées à prévenir, réduire et, lorsque cela est possible dans la pratique, éliminer la pollution causée par l'immersion, et l'incinération, ou le dépôt conformément aux dispositions de l'article 6bis, de déchets et autres matières en mer. À ces fins, lors de leurs Réunions ou de Réunions spéciales, les Parties contractantes peuvent notamment : »

nommen wird, in denen sie nach dem Völkerrecht befugt ist, Hoheitsrechte auszuüben.“

Artikel 13 Absatz 1 des Protokolls erhält folgende Fassung: „Die Vertragsparteien fördern durch Zusammenarbeit innerhalb der Organisation und in Abstimmung mit anderen zuständigen internationalen Organisationen zum Zweck der Verhütung, Verringerung und, sofern möglich, Beseitigung der durch das Einbringen oder Absetzen von Stoffen für Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings verursachten Verschmutzung, wie in diesem Protokoll vorgesehen, die bilaterale und multilaterale Unterstützung derjenigen Vertragsparteien, die Hilfe beantragen ...“.

Artikel 18 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Auf den Sitzungen oder Sondersitzungen nehmen die Vertragsparteien eine laufende Überprüfung der Durchführung dieses Protokolls vor und bewerten seine Wirksamkeit mit dem Ziel, erforderlichenfalls Mittel zur Verstärkung der Maßnahmen, die auf die Verhütung, Verringerung und, sofern möglich, Beseitigung der durch das Einbringen und Verbrennen oder Absetzen nach Artikel 6^{bis} von Abfällen und sonstigen Stoffen auf See verursachten Verschmutzung abzielen, zu benennen. Zu diesem Zweck können die Vertragsparteien auf ihren Sitzungen oder Sondersitzungen“.

Hinweis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit:

Die Unterstreichungen und Streichungen sind nicht Teil des neuen Wortlauts, sondern kennzeichnen lediglich die gegenüber der bisherigen Fassung geänderten Textstellen.

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Mittelamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 20. November 2018

Das in San Salvador am 12. September 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Mittelamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 (Vorhaben: „Programm zur Unternehmensentwicklung und KKMU-Förderung in Zentralamerika II“ und „Programm zur Abwasserentsorgung in Zentralamerika“) ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 12. September 2018

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. November 2018

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ulrike Metzger

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Mittelamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration
über Finanzielle Zusammenarbeit 2017

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Mittelamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration
– im Folgenden „Bank“ genannt –

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in Mittelamerika beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen in San Salvador vom 18. Oktober 2017 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Bank, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen von insgesamt bis zu 140 000 000 Euro (in Worten: einhundertvierzig Millionen Euro) für die Vorhaben

- a) „Programm zur Unternehmensentwicklung und KKMU-Förderung in Zentralamerika II“ bis zu 50 000 000 Euro (in Worten: fünfzig Millionen Euro),
- b) „Programm zur Abwasserentsorgung in Zentralamerika“ bis zu 90 000 000 Euro (in Worten: neunzig Millionen Euro),

zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Bank zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und der Bank zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und b genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von 4 Jahren

nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

Artikel 3

Die Bank bemüht sich darum, dass der Abschluss und die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge in den Mitgliedsstaaten der Bank von Steuern und sonstigen Abgaben befreit werden.

Artikel 4

Die Bank bemüht sich darum, dass bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen überlassen wird, dass keine Maßnahmen getroffen werden, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und dass gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen erteilt werden.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen; die Kündigung wird 30 Tage nach Eingang bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(4) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(5) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Tegucigalpa am 12. September 2018 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei je-
der Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Karin Jahr de Guerrero

Für die Mittelamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration
Dr. Nick Rischbieth

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 18,55 € (17,50 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Genfer Fassung des Haager Abkommens über die internationale Eintragung von Designs

Vom 21. November 2018

Die Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung von Designs (BGBl. 2009 II S. 837, 838; 2016 II S. 59, 60) wird nach ihrem Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe b für

San Marino
am 26. Januar 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Oktober 2018 (BGBl. II S. 510).

Berlin, den 21. November 2018

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Guido Hildner